BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

April 1963 DM 2,50
Postverlagsort Köln - G 1800 E

16. April 1963

INHALT

- Chronik des Monats März 1963 S. 249
- Berichte und Kommentare S. 252

- Die Lage:
  Manfred Pahl-Rugenstein: Gefahren und Chancen unserer Politik S. 257

- Dr. Rudolf Hilf: Deutschlands Ostgrenze S. 264
- Sebastian Haffner: Einziger Ausweg: Disengagement S. 271
- Arno Behrisch: „Reihenweise Dummheiten in der Europapolitik" S. 273
- Oreste Rosenfeld, Paris: Die Außenpolitik de Gaulles S. 276
- Prof. Dr. Ossip K. Flechtheim: Ursachen, Charakter, Wirkungen des Nationalsozialismus (I) S. 282
- Dr. Günther Anders: Resistance heute S. 287
- Gerhard Zwerenz: „Germania das große Kind" S. 293
- Herbert Mochalski: Zur Geschichte der Entstehung der Bundesrepublik Deutschland (II) S. 296
- Dr. Achim v. Borries: Demokratie und Planung — Hinweis auf Karl Mannheim (I) S. 300

- Aus der Wirtschaft S. 306

- Anmerkungen, Glossen, Zuschriften S. 312

- Buchbesprechungen S. 316

- Dokumente zum Zeitgeschehen (u. a. Das römische Manifest gegen den Hunger in der Welt) S. 322

HERAUSGEBER:

Hilde Bentele
Franz Beyer
Hermann Etzel
Gerhard Gollwitzer
Manfred Pahl-Rugenstein
Hermann Rauschning
Hans Rheinfelder
Robert Scholl
Karl Graf von Westphalen

Pahl-Rugenstein Verlag Köln Barbarossaplatz 2

VIII. Jahrgang Heft 4

Verehrter Leser!

In einer Zeit vieler Preissteigerungen auf allen Gebieten bedarf es sicherlich keiner langen Erklärungen und Begründungen, wenn der Verlag nun ankündigen muß, daß der Heft-Preis der „Blätter" für das Einzelheft ab April 2,50 DM beträgt. Für bereits geleistete Abonnementszahlungen erfolgen die Auslieferungen ohne Nachberechnung.

Die mehrfachen Lohnerhöhungen im Druckgewerbe und die übrigen angestiegenen Kosten zwingen dem Verlag diesen Schritt einfach auf, wenn anders nicht eine wesentliche Einschränkung des Umfangs und Inhalts der Zeitschrift hingenommen werden soll. Dies aber dürfte am wenigsten dem Sinne unserer Bezieher entsprechen. Bitte, verehrter Leser, versagen Sie uns deshalb nicht Ihr Verständnis!

Der Verlag

BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK
Herausgeber: Hilde Bentele, Franz Beyer, Hermann Etzel, Gerhard Gollwitzer, Manfred Pahl-Rugenstein, Hermann Rauschning, Hans Rheinfelder, Robert Scholl, Karl Graf von Westphalen.
Redaktion: Dr. Achim v. Borries, Johannes Weidenheim. Verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt, Solingen.
Verlag und Vertrieb: Pahl-Rugenstein Verlag, Köln, Barbarossaplatz 2, Tel. 21 53 36; Postscheckkonto: Köln 65 14; Bankverbindung: Deutsche Bank Köln.
Erscheinungsweise: Um den 10. jeden Monats. Preis DM 2,50, zuzüglich DM —,20 Porto oder Postzustellgebühr.
Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen; die Rücksendung kann nur erfolgen, wenn Rückporto beiliegt. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion
Druck: Franz W. Wesel, Druckhaus, Baden-Baden. Printed in Germany.

Berichte und Kommentare

Die Grenzen*) der Grandeur

So überraschend die große Streikbewegung der französischen Arbeiter für viele Betrachter diesseits und jenseits des Rheins war, so sehr führt sie zu wichtigen Lehren. Die bedeutendste: das „starke Regime" zeigte eine unübertreffliche Schwäche. Die sozialen Fragen, die den Ausbruch verursachten, hatte es nicht erkannt; die Macht der Streikenden wurde von ihm unterschätzt. Über allem gab es sich der Gewißheit hin, daß die traditionellen Mittel von Versprechungen und Peitsche die Dinge schon ins rechte Gleis bringen würden. Auf die Streiks — ein verbrieftes verfassungsmäßiges Recht — antwortete es mit der Dienstverpflichtung, die dieses Recht negiert. Statt die Bewegung zu brechen, wurde sie durch diese antidemokratische Maßnahme gestärkt, verbreitert, vertieft. Der Lohnkampf wurde zu einem Kampf um demokratische Freiheit gegen die Willkür eines Regimes, das nur zu sehr die Gewohnheit autoritären Verfügens hat. Die Verordnung zum Arbeitszwang blieb Papier. Die Streiks waren von nun an illegal — und dehnten sich munter von den Kohlen- und Eisengruben zu den Elektrizitäts- und Gaswerken, Eisenbahnen, Metallunternehmen aus. Was einschüchtern sollte, wirkte provozierend: Lohnforderungen paarten sich mit demokratischem Kampf um das Streikrecht und richteten gegenüber dem Regime einen Wall auf, den es sich vorsichtig hütete, gewaltsam anzutasten. Die Sympathie, die den Streiks im ganzen Lande entgegenschlug, konnte in der Tat nicht übersehen werden. Zum erstenmal in der Geschichte der französischen Gewerkschaften versicherten die Grubeningenieure den Arbeitern ihre Solidarität, die große Lehrergewerkschaft und der Studentenverband griffen ein, und auch das Episkopat erklärte sich unmißverständlich für das Recht der Streikenden. Eine Kampagne der Solidarität setzte ein. Überall wurde gesammelt, auf der Straße und auf Bürgermeisterämtern, in Betrieben und Schulen. Die französischen Gewerkschaften sind arm und können nur eine geringe Streikunterstützung zahlen. Ein Streik von mehreren Wochen bringt unweigerlich Elend in die Familien. Daher wird das Ringen hart und erbittert, wenn es lange währt. Die Bergarbeiter bildeten Kolonnen und zogen in die Städte, um die Bevölkerung für sich zu gewinnen. Es gelang ihnen. Das Regime, das gewöhnt ist, sich plebiszitär vom Volke krönen zu lassen, mußte feststellen, daß es den Bergarbeitern gelungen war, in einer Art von Plebiszit sich Volkssympathien zu verschaffen. Und das gerade nachdem die gaullistische Bewegung proklamiert hatte, 1963 solle ein „soziales Jahr" werden und die Arbeiterklasse müsse dem Regime gewonnen werden!

Diese Mobilisierung eines beträchtlichen Teils der Bevölkerung ist völlig neu für den gaullistischen Staat. Bisher war es für ihn üblich, sich auf große Mehrheiten verlassen zu können, zumindest mit deren stummer Passivität zu rechnen. Hatte er nicht erst im Oktober—November letzten Jahres Volksentscheid und Parlamentswahlen erfolgreich auf sein Konto gebucht? Doch das ist die Kehrseite jedes autoritären Regierens, daß es — den Beifall in den Ohren — sich von der Wirklichkeit immer mehr entfernt, bis es

*) Vgl. auch den Aufsatz von Oreste Rosenfeld in diesem Heft.

vor ihr schließlich straucheln muß. De Gaulle nimmt für sich in Anspruch, jenseits jeder Partei einen direkten Dialog mit dem Volk hergestellt zu haben. Große Deklamationen, Tusch und Vivat — bis sich eines Tages ergibt, daß die Bergarbeiterlöhne weit im Rückstand sind, insgesamt eine breite Unzufriedenheit herrscht und viele meinen, Deklamationen und Grandeur seien nicht nahrhaft. Es geht nicht um die Bergarbeiterlöhne allein. Seit fünf Jahren stiegen die Lebenshaltungskosten um 25%. Das inflationäre Tempo ist stationär, viele Löhne halten nicht mit. Es ist jedoch erwiesen, daß die Reichen in der gleichen Zeit noch reicher wurden, daß auch höhere Angestellte und Beamte ihren Wohlstand rascher vermehren als die unteren Schichten. Kurzum, es macht sich bemerkbar, daß in des Generals Umgebung Vertreter von Geschäftsbanken reichlich anzufinden sind, Gewerkschafter jedoch nicht. In dem großen sozialen Aufbegehren klingt das Bewußtsein mit, in den hohen Kommandostellen nicht genügend gehört zu werden. Der „Dialog", auf den der General so stolz ist, wird bereits als ungenügend angesehen. Neben der Lohnfrage wird das Problem der Arbeitszeitverkürzung und der Urlaubsverlängerung auf vier Wochen gestellt. Nachdem bei Renault der vierwöchige Urlaub eingeführt wurde, konnte es nicht ausbleiben, daß dies Beispiel anderwärts Schule macht. Doch es sind nicht allein soziale Fragen, die beunruhigen. Die stetige Inflation hat Ursachen, die viele Gebiete berühren. Preissteigerungen im Einzelhandel, während manche Produktionspreise konstant blieben oder sich gar senkten, weisen nach wie vor auf das ungelenke Gefüge des Zwischenhandels hin. Die Staatsausgaben nehmen üppig zu, insbesondere die militärischer Art. Mit 20 Milliarden Francs erreichen sie Rekordhöhe. Für die Atomrüstung werden im laufenden Jahr allein sechs Milliarden ausgegeben werden. Das ist sicher nur ein Anfang. De Gaulle sieht groß, und die Größe hat bekanntlich keine Grenze, sie hat die Tendenz, über alle Ufer zu gehen.

Daran denkt er. Die Wohlstandssorgen des Volkes interessieren ihn kaum, wenn er nicht gar Verachtung für soviel niedrige Materialität empfindet. Außerdem ist er kein Kenner von Wirtschafts- und Sozialproblemen. Das mögen die Fachleute tun, wenn sie ihm nur die Ruhe gönnen, das außen- und militärpolitische Steckenpferd zu reiten. Von der Streikexplosion war er mehr als jeder andere überrascht, als sie ihn in den Wolken der Grandeur erreichte. Er verspürte keine Lust, herabzusteigen und die Finger in dies Wespennest zu stecken. Eine Rede von ihm war bereits angesagt, dann wurde auf sie verzichtet. De Gaulle hielt das Unternehmen für aussichtslos. Er fühlte, daß er sich jetzt, zum erstenmal in seiner neuen Amtszeit, einer Macht gegenüberfand, an der sein Pathos zerschellen mußte. Er wollte sich nicht vor aller Welt mit dem Makel des Versagens belasten. Und doch trägt er ihn. Auch wenn er sich nicht selber mit Wirtschaftsfragen befaßt, so ist doch der Stempel, den er dem Regime aufdrückt, so nachhaltig, daß er auf diesem Gebiet die Verantwortung trägt wie auf allen anderen. Die wichtigste Lehre, die sich aus dem Ereignis herleiten läßt, kann in die Formel zusammengefaßt werden: De Gaulle, seit 1958 gewöhnt (die öffentliche Meinung nach Bedarf manipulierend), von Sieg zu Sieg zu schreiten, mußte die Grenzen seiner Macht erkennen. Sie wurden im Innern gezogen von den arbeitenden Massen, breiten Schichten des Kleinbürgertums und der Intelligenz. Unter ihnen sind nicht wenige Ja-Sager, die den gaullistischen Volksentscheiden ihren Glanz gaben. Ihre jetzige Haltung bedeutet, daß es gewisse Dinge gibt, die sie auch vom General nicht eigenmächtig entschieden sehen wollen. Und in der Bekundung dieses Willens zeigten sie eine Entschlossenheit, die die Exekutive zum Abwarten zwang — nachdem ihre

Ohnmacht, die Dienstverpflichtung durchzuführen, unterstrichen war. Die Regierung verspürte nicht mehr Lust als der ahnungslose Chef, sich der Sache anzunehmen. Wenn man nicht mehr weiter weiß, heißt es, bildet man einen Ausschuß. Das tat sie, ernannte hohe Beamte und taufte sie „Ausschuß der Weisen". Insgesamt ist ihre These — die auch in der Bundesrepublik nicht neu klingt —, daß die Löhne die wichtigste Quelle der Inflation seien. Andere wichtige Quellen, die wir anführten, werden nicht oder weniger zitiert. Eine Stellungnahme des Christlichen Gewerkschaftsbundes entgegnete darauf, daß die Inflation eine Folge „der Unfähigkeit der Regierung ist, die Preisentwicklung zu beherrschen, und ihren grundlegenden Entscheidungen auf internationalem und militärischem Gebiet entspricht". Wie man sieht, wird somit die Debatte vom reinen Lohnkampf auf das Niveau der Regierungspolitik gehoben. Von den Bergarbeiterlöhnen gelangt man stufenweise über die allgemeine Wirtschaftspolitik zur Force de frappe. Je länger der Streik dauerte, um so deutlicher war dieses Fortschreiten an den gestellten Losungen zu erkennen.

Die Streiks zeigten die Aktionseinheit zwischen den verschiedenen Gewerkschaftsbünden, insbesondere den beiden mächtigsten: dem kommunistischen und dem christlichen. Die eineinhalb Jahrzehnte gespaltene Linke kittet allmählich wieder ihre zerbrochene Einheit und überwindet damit ihre Ohnmacht. Derart klar werden die Fronten, daß die Regierung noch nicht einmal versuchte, den Kommunistenschreck aufzutischen — dessen eingedenk, daß sie dadurch ihren Fall bestenfalls verschlimmert hätte. Die gewerkschaftliche Einigung geht einher mit einem Näherrücken der politischen Kräfte. Und man wohnt erstaunlichen Sinneswandlungen bei. So wirft Mollet, Flügeladjutant de Gaulles 1958 — ein französischer Wehner oder Erler —, dem General heute Diktaturgelüste vor, rühmt Chrustschows „demokratischen Geist" und befürwortet ein Zusammengehen mit den Kommunisten in einer „defensiven Aktion". Dies alles, nachdem er sich von ihnen gegen einen gaullistischen Kandidaten hat ins Parlament wählen lassen. Vor einigen Jahren hätte man solch ein Bild als versponnene Phantasie abgetan. So ändern sich die Zeiten im Zeichen der einst von Mollet gesegneten Fünften Republik. Dafür verantwortlich sind deren immer fühlbarer hervorgekehrten autoritär-großkapitalistischen Züge wie auch — ganz besonders zutreffend für zahlreiche Sozialisten — die antiamerikanische Tendenz des Force-de-frappe-Kurses. Mollet griff auch den Pakt zwischen Paris und Bonn scharf an. Jedoch ist es kein Zufall, wenn die erste breite Massenbewegung, die dem Regime entgegentritt, von den Gewerkschaften geführt wird. Seit langem stellt man den Niedergang der politischen Parteien fest, spricht man von ausgedehnter Entpolitisierung. Dies sind Tatsachen, die niemand ignorieren konnte. Doch war ebenso offensichtlich, daß es eine Vielzahl anderer wacher Interessenten gab, die sich in eine Stärkung der Gewerkschaften oder auch von Vereinigungen, Klubs usw. umsetzten, in denen sich Angehörige verschiedener Richtungen frei trafen. Da wurde um soziale und wirtschaftliche Fragen, auch solche von gesellschaftlicher Bedeutung, gerungen, Thesen wurden konfrontiert und die revisionsbedürftigen Programme werden Schritt um Schritt überholt. Es ist anzunehmen, daß die Repolitisierung durch die letzten Streiks ein mächtiges Stück vorangekommen ist. Niemand wird diese Lehre vergessen. Und de Gaulle wird nicht mehr so regieren können, als gäbe es die Grenze nicht, auf die er stieß.

Die Lehre gilt auch für die Bundesrepublik. Man kann sich denken, daß es in Bonn nicht weniger ratlose Köpfe gab als im Elysée. Wie hatte man sich doch dem großen Mann verschrieben, der — wie Adenauer noch vor kurzem ver-

sicherte — „nicht nur tief in die Vergangenheit, sondern auch weit in die Zukunft blickt"! Seine Atompolitik entzückte, doch nicht minder zog das Kunststück an, mit dem es de Gaulle gelungen zu sein schien, die ewig widerspenstigen Franzosen an die Leine zu legen. Wahrlich, der Mann war groß und verhieß unseren Bonner Klein-Machiavellis ein einig Volk von der Seine bis an die Elbe! Auch sie müssen die Grenze erkennen, an der Charles de Gaulle sich seinen Kopf blau stieß. Es ist die Grenze ihrer eigenen Pläne: das französische Volk liegt nicht an der Leine der Achsen-Strategen. Aber noch in einem anderen Sinne verdient das Ereignis hohe Aufmerksamkeit: Die französischen Wirtschaftssorgen sind den bundesdeutschen nicht unähnlich. In beiden Ländern geht die Geldentwertung voran, genährt von üppig sich entfaltenden Militäretats. Der Satz, den „Die Zeit" schrieb: „Grandeur kostet Geld", ist ohne jede Änderung auf Westdeutschland anwendbar. Das gleiche Wirtschaftsgesetz ist hüben und drüben gültig. Doch rückt man der Sache erst zu Leibe, wenn man das Tabu lüftet, dessen Respektierung zum wohlerzogenen „nationalen" Anstand gehört. Wenn Adenauer seine Abwehr Großbritanniens und der skandinavischen Staaten mit deren sozialistischer und neutralistischer Anfälligkeit begründete, so muß er sich jetzt eingestehen, daß auch das Bündnis mit Paris vor keinen peinlichen Unfällen schützt. Der Metternichschen Restauration ist nun einmal in diesem Jahrhundert kein gutes Los beschieden.

Heinz Abosch, Paris

Annäherung zwischen Vatikan und Moskau?

Der „new look" in den Beziehungen zwischen dem Vatikan und Moskau ist in diesen Tagen, nach der Papst-Audienz der Tochter und des Schwiegersohnes von Chrustschow, besonders deutlich geworden, obwohl die ersten Symptome sich schon während des Konzils offenbarten, an dem Beobachter der russisch-orthodoxen, vom Sowjetstaat kontrollierten Kirche teilnahmen. Es konnte nicht fehlen, daß die entspannende Haltung Papst Johannes XXIII. in der Wahlkampagne, die augenblicklich in Italien anläuft, von den extremistischen Lagern zu einem Hauptthema gemacht wurde: von kommunistischer Seite weist man auf die „Friedenspolitik" des Papstes hin und vergleicht sie mit der Kampagne für den Frieden, die von jeher von den Kommunisten geführt wird; im Lager der Rechtsparteien fühlt man sich zum ersten Male von der Unterstützung der Kirche „a priori" verlassen und polemisiert gegen einen „Papst, der zu weit links steht".

Den Hellhörigen war jedoch nicht entgangen, daß diese Entwicklung sich bereits vor zwei Jahren anbahnte, als Chrustschow anläßlich des achtzigsten Geburtstages Johannes XXIII. seine menschliche Sympathie für den Papst in einem persönlichen Glückwunsch aussprach, während die Sowjetpresse berichtete, man habe es hier mit einem „katholischen Oberhaupt neuen Stils" zu tun, das sich „um die Einfachsten und Demütigsten unter den Gläubigen" bemüht und sich freundlich sogar „mit den eigenen Chauffeuren" unterhält. Dies alles liegt im Zuge einer beiderseitigen Entspannungspolitik, die in diesen Tagen dazu führte, daß dem Papst der „Balzan-Preis" für Friedensbemühungen zugesprochen wurde. Dies neue Klima hat jedoch Chrustschow nicht daran gehindert, genau in den Tagen des Rombesuches seines Schwiegersohnes Adschubej in einer öffentlichen Erklärung die „Unmöglichkeit einer ideologischen Koexistenz mit dem Westen" zu betonen. Sowjetrußland kann sich das leisten, denn seine katholischen Minderheiten, auch in den Satellitenstaaten, stellen kein Problem mehr dar für den ideologischen Unterbau des Sowjetregimes. Worum es Chrustschow geht, ist eine

Verbesserung der Beziehungen zum Heiligen Stuhl auf diplomatischer Ebene. Er würde sich damit ein Instrument sichern, das in der internationalen Politik und in dem Verhältnis zu Amerika einen wesentlichen Vorteil für die sowjetische Politik darstellt. Daher die Bereitschaft, einige der psychologisch bedeutsamen Hindernisse aus dem Weg zu räumen: Beran in der Tschechoslowakei und Mindszenty in Ungarn sind störende Elemente zwischen dem Kreml und dem Vatikan.

Für den Vatikan, oder mindestens für die weitblickende Politik des Papstes, andererseits steht außer Frage, daß eine Neureglung der Beziehungen zwischen Kirche und sozialistischem Staat nach dem polnischen Beispiel einen wesentlichen Fortschritt gegenüber der Lage darstellt, wie sie sich während des Kalten Krieges herauskristallisiert hatte. Die Kirche ist sich heute darüber klar, daß ein „modus vivendi", wie ihn der Kardinal Wyszynski in Warschau erreicht hat, den katholischen Kräften mehr Spielraum bietet als ein Kardinal Mindszenty im goldenen Käfig der amerikanischen Botschaft in Budapest.

Auf beiden Seiten jedoch ist man vorsichtig, denn eine offizielle Entspannung zwischen dem Heiligen Stuhl und dem Kreml setzt große psychologische Umwandlungen voraus, die nur langsam vor sich gehen können — in einer öffentlichen Weltmeinung, die von beiden Seiten während des Kalten Krieges ständig bis zur Weißglut aufgepeitscht wurde. In Moskau betont man die ideologische Unabhängigkeit, im Vatikan greift man auf's schärfste das Castro-Regime in Kuba an, obwohl Kuba der einzige kommunistisch regierte Staat ist, der eine diplomatische Vertretung beim Heiligen Stuhl hat.

Dennoch zeichnet sich bereits heute der Weg ab, den die beiden „Mächte" wohl gehen werden. Die Mission des Kardinals König in Budapest dürfte, falls sie Erfolg hat, grünes Licht bedeuten für einen Besuch Chrustschows in Italien in Erwiderung des Staatsbesuches des ehemaligen Präsidenten der Republik Giovanni Gronchi in Moskau. In der Sowjetpresse wird letztlich häufig die Tatsache unterstrichen, daß der Papst nicht nur Oberhaupt der katholischen Kirche, sondern auch ein Staatsoberhaupt ist. Chrustschow in Rom wird demnach, wie jeder andere Ministerpräsident, diesem „Staatsoberhaupt" seine Aufwartung machen wollen. Und dies dürfte der Auftakt sein für Verhandlungen zwischen dem Vatikan und dem Kreml, um zunächst einmal die formale Regelung der diplomatischen Beziehungen in Angriff zu nehmen. Anläßlich des Besuches von Adschubej erschienen im „Osservatore Romano", dem Presseorgan des Vatikans, Artikel, die sich mit der Frage der Errichtung von „Vatikans-Konsulaten" in jenen Ländern des Ostens beschäftigten, mit denen der Heilige Stuhl „aus den verschiedensten Gründen" keine normalen Beziehungen unterhält. Man weiß, daß solche „Spekulationen", wenn sie im „Osservatore Romano" erscheinen, bereits auf solidem und bestimmt autorisiertem Grund stehen. Lily E. Marx, Rom

Die Lage

Manfred Pahl-Rugenstein

Gefahren und Chancen unserer Politik

1.

Wahlen, so wird oftmals formuliert, sind ein Stimmungsbarometer. Wer dieses Wort genau nimmt, trifft den Nagel auf den Kopf: Die Wahlergebnisse in Berlin und in Rheinland-Pfalz spiegeln den politischen Unmut, das Erschrecken, die Besorgnis, das Angewidertsein von den Woche um Woche sich neu auftürmenden Ereignissen im Regierungslager, kurzum die zum großen Teil emotionelle Unzufriedenheit des Wählers. Was sich nicht zeigte, nicht zeigen konnte, war die klar konturierte Alternative zu den Vorgängen und Tendenzen jener Politik, die man durch den Stimmzettel brandmarkte. Einige Hinweise werden dies verdeutlichen.

In der Bundesrepublik gibt es heute keine einheitliche CDU und keine einheitliche SPD. Seit langem erleben wir das groteske Trauerspiel um die Kanzler-Nachfolge, eine Angelegenheit, die im Licht der Öffentlichkeit allzu leicht als eine bloße Personenfrage aufleuchtet, was gewisse CDU-Kreise durchaus gern sehen. In Wahrheit geht es hierbei jedoch um diametrale politische Gegensätze in der CDU/CSU, um die Grundzüge der Außenpolitik, der Verteidigungspolitik, der Wirtschaftspolitik und im Gefolge dieser Dominanten um die Finanzpolitik und die Notstandsgesetze in der Bundesrepublik. Es ist kein Staatsgeheimnis, daß die von Kanzler Dr. Adenauer betriebene Politik der Stärke, des Kalten Krieges und des Wirtschaftskrieges ihr proklamiertes Ziel, nämlich die Wiedervereinigung und eine friedliche und freie Zukunft des deutschen Volkes, nicht nur nicht erreicht, sondern geradezu fast ausweglos verbaut hat. Eine weitere Fortführung dieser Politik führt das deutsche Volk in eine gefährliche Sackgasse, in eine schroffe Isolierung gegenüber West und Ost, in die Gefahr einer militärischen Katastrophe. Bereits in den Auswirkungen des deutsch-französischen Vertrages vom 22. Januar d. J. und dem Brüsseler Affront de Gaulle's gegen den EWG-Eintritt Großbritanniens wird dies deutlich. Die Vorgänge um das Röhrenembargo machen es vollends klar: Den Primat in der Politik des Kabinetts Dr. Adenauer besitzt die militärische Rüstung einschließlich des Strebens nach Beteiligung an atomaren Waffen. Diese Ausrichtung hat dazu geführt, mußte dazu führen, daß die in Bonn betriebene Politik jetzt geradezu zu einem Schlag ins Gesicht der westdeutschen Wirtschaftsinteressen geworden ist.

Wenn die deutsche Öffentlichkeit voll erkannt hätte, daß das Wiederauftauchen des trotz glänzenden Zapfenstreichs unrühmlich verabschiedeten früheren Verteidigungsministers Strauß, der als Kanzlermacher für die CSU sich von Brentano und Dufhues zugesellen soll, zugleich bedeutet, daß hier das Verlangen nach der atomaren Mitverfügungsgewalt sozusagen im Marschschritt wieder herannaht, so hätte sich diese Tatsache in den Wahlergebnissen für die CDU/CSU geradezu katastrophal abzeichnen müssen. Der Grund dafür, daß die Stimmenverluste der CDU nicht sehr viel größer wurden, liegt zu einem gewichtigen Teil darin, daß ein einheitliches, konstruktives politisches Alternativ-Programm in der SPD zur Zeit trotz vieler Ansätze noch nicht vorhanden ist. Darüber wird weiter unten noch zu sprechen sein.

Dem harten Flügel der CDU, der immer mehr zusammenschmilzt, steht heute eine breitere christ-demokratische Mitte gegenüber, bemüht, mit Kennedy zusammen an der Lösung der deutschen Probleme zu arbeiten, zu einer vernünftigen Formel der Koexistenz zwischen Ost und West zu gelangen und zudem das Gefüge der westdeutschen Wirtschaft konkurrenzfähig zu erhalten. Partei-Exponenten wie Kanzler Dr. Adenauer oder Bundestagsvizepräsident Dr. Jaeger, der kürzlich die begehrten Notstandsrechte mit dem Hinweis darauf verteidigte, daß auch die alten Römer für Notzeiten einen Diktator proklamiert hätten, stehen CDU-Persönlichkeiten wie Dr. Schröder, Prof. Erhard und der Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Dr. Meyers, gegenüber. Auch in führenden CDU-Kreisen gibt es Stimmen, die fragen, wohin diese Isolationspolitik uns führt und ob man so totale Notstandsgesetze, wie der Regierungsentwurf sie fordert, einem Innenminister und seinen politischen Freunden in die Hand geben soll, die es vor dem Parlament (und das heißt vor dem Forum des gesamten Volkes) verteidigten, daß sie sich in der „Spiegel"-Affäre „zugegebenermaßen etwas außerhalb der Legalität" bewegt haben. Und weiter: Was ist es anderes als eine Legalisierung des Bruchs handelsrechtlich verbindlich abgeschlossener internationaler Verträge, wenn durch eine „Verordnung zur Änderung der Ausfuhrliste vom 21. 12. 1962" die Lieferung von 163 000 t Röhren an die Sowjetunion unterbunden wird? Allmählich erhellen sich die hiermit zusammenhängenden Vorgänge. In der Fragestunde des Bundestages mußte der Außenminister zugeben, daß der NATO-Rat hier auf deutsche Initiative hin tätig geworden ist. Jeder Politiker weiß, daß nach der Satzung der NATO, also seit ihrem Bestehen, der NATO-Rat „Beschlüsse" faßt, die den beteiligten Regierungen zugeleitet werden und für diese ohne Ausnahme nur „Empfehlungen" sind, also keinen Eingriff in die souveräne Entscheidungsfreiheit einer Regierung bedeuten. Dr. Schröder mußte zugeben, daß ihm von vornherein bekannt war, daß die britische Regierung diese Röhren nicht als wichtige strategische Rüstungsgüter betrachtet und daß sie es ablehnte, ihrer Wirtschaft in dieser Sache irgendwelche Weisung zu erteilen. Darüber hinaus war und ist es bekannt, daß sowohl Macmillan als auch die britische Opposition die Ausweitung des Handels mit der SU befürworten, da sie darin a priori ein Element der Entspannung und der Heranbildung eines günstigen Klimas für Ost-West-Verhandlungen sehen. Die jetzt sich anbahnende Entwicklung, daß britische und schwedische Firmen das Röhrengeschäft übernehmen — die internationale Wirtschaftsverflechtung zeigt sich z. B. im letzteren Fall auch darin, daß Schweden solche Röhren mit amerikanischer Kohle produziert — kann doch wohl kaum bedeuten, daß diese Länder dem Kommunismus freundlicher gegenüberstehen als die Wirtschaft oder die Öffentlichkeit in der Bundesrepublik. Nicht vergessen werden darf in dieser Sache, daß gewisse Direktoren der westlichen Ölkonzerne und der mit der westdeutschen Wirtschaft konkurrierenden amerikanischen Industrie sich zu dieser Entwicklung durchaus die Hände reiben. Die deutsche Industrie hat das Nachsehen und den Schaden. Sehr deutliche Erklärungen von Dr. Meyers („Wenn wir abgeschlossene Verträge brechen, hören wir auf, ein Rechtsstaat zu sein"), führenden Persönlichkeiten der Stahlindustrie, z. B. Dr. Ochel, und der betroffenen Gewerkschaften zeigen dies deutlich. Befürchtungen werden laut, daß die kommenden neuen Handelsvertrags-Verhandlungen zwischen der SU und der Bundesrepublik erschwert sind, und daß u. a. die lukrativen Schiffbauaufträge des Ostens ausbleiben könnten.

Eine Erkenntnis sollte in bezug auf den Ost-West-Handel das Fundament aller künftigen Überlegungen und Entscheidungen bilden. Prof. Dr. Fritz Baade hat sie in seinen „Sieben Gründen für die Ausweitung der Wirtschaftsbeziehungen zum Ostblock" (Westdeutsches Tageblatt, 23. 3. 63) formuliert:

„Gerade die Erkenntnis, daß der Osten in seiner Lebensfähigkeit in keiner Weise vom Handel mit dem Westen abhängt, führt zu einer sehr wünschenswerten Entkrampfung aller Vorstellungen über den Ost-West-Handel. Beide Seiten können ohne ihn leben, beide Seiten aber können besser leben, wenn sie mit der anderen Welt nicht ein Minimum, sondern ein Maximum an Wirtschaftsbeziehungen unterhalten ... Die westliche und die östliche Welt leben im Zustand eines kalten Krieges, der in einen die ganze Welt vernichtenden heißen Krieg umschlagen kann. Der wirksamste Schutz gegen diese Gefahr besteht darin, daß die Völker im Osten und Westen ihre Staatsmänner zwingen, vom Lippenbekenntnis zur Abrüstung endlich zu Taten überzugehen. Verstärkter Handel zwischen Ost und West kann dazu einen wichtigen Beitrag leisten, nämlich eine Atmosphäre schaffen, in der der ernsthafte Entschluß zu radikalen Rüstungsbeschränkungen leichter gefaßt werden kann."

Offensichtlich hat Bonn das Bestreben, die tiefgreifende Verärgerung in den USA wegen des deutsch-französischen Konsultationspaktes zu kompensieren, indem es das Röhrenembargo anbot und anordnete. Doch diese Angelegenheit ist noch keineswegs ausgestanden. Nicht nur daß die Industrie jetzt nachhaltig verlangt, den Wortlaut dieser NATO-Empfehlung zu erhalten, dabei an ein Gespräch mit Minister Erhard denkend, der, noch vor dem Bundestagsbeschluß, erklärt hatte, daß unter Umständen die bestehenden Bestimmungen trotzdem eine Genehmigung zur Vertragserfüllung bieten würden (die Geheimniskrämerei der Bundesregierung mit dem Wortlaut des Beschlusses gibt dieser Vermutung Bestand), auch der Bundestag selbst hat parlamentarisch die Möglichkeit, sich mit den beschämenden Vorgängen in der Montagssitzung des 18. März (an diesem Tage endete die Einspruchsfrist des Parlamentes gegen die Embargo-Verordnung) keineswegs abzufinden. In dieser Sondersitzung hatte bekanntlich die CDU/CSU, um beim Hammelsprung der Niederlage, d. h. der Aufhebung des Röhren-Embargos, zu entgehen, das Plenum verlassen; das Parlament war, wie die Auszählung ergab, mit nur 245 Abgeordneten beschlußunfähig geworden, und der Präsident des Hauses, Dr. Gerstenmaier, bezeichnete dies als einen „politischen Willensakt". Das Parlament kann sich darauf berufen, in bezug auf die Umstände und Tatsachen, die zu der Embargo-Verordnung führten, falsch unterrichtet oder gar getäuscht worden zu sein, und es kann sich dabei auf sehr konkrete britische Darlegungen stützen. Dies öffnet verfassungsrechtlich verschiedene Wege, um die Angelegenheit weiter zu verfolgen, u. a. auch durch eine neue Beratung und Abstimmung im Plenum. In dem unwirksamen Hammelsprung stimmten FDP und SPD gegen die Regierungsverordnung. Dieses Votum entspricht dem Willen und den Interessen des deutschen Volkes. Wenn FDP und SPD den Auftrag ihrer Wähler wirklich ernst nehmen, dann sollten sie jetzt alles tun, um die demokratischen verfassungsrechtlichen Möglichkeiten, die hier gegeben sind, ins Spiel zu bringen.

2.

Dieses Röhrenembargo, das nicht nur unseren wirtschaftspolitischen Kredit in West und Ost geschmälert und zu Einbußen in der Industrie, bei den betroffenen Arbeitnehmern und an weiteren Stellen unseres Wirtschaftsgefüges, z. B. durch Verladeausfall im Bremer Hafen, geführt hat, ist ein sich logischerweise ergebendes Teilstück der Politik Dr. Adenauers. Ein anderes Glied ist der Vertrag zwischen ihm und de Gaulle. Kaum abgeschlossen, wurde er zu einem Gegenstand ernsthaftesten Mißtrauens bei den Westmächten und im Osten, führte er in der Bundesrepublik zu Auseinandersetzungen zwischen den Parteien und innerhalb der Parteien. Von französischer Seite aus bot er den Rückhalt dazu, England den Hieb von Brüssel zu versetzen. Im Kern dieses Vertrages steht die Verpflichtung

der Bundesrepublik, in militärischen und außenpolitischen Fragen in ständiger Konsultation mit dem Vertragspartner zu handeln und jeweils eine interne Übereinstimmung zu erreichen, bevor politische oder militärische Maßnahmen getroffen werden. Die Ziele des Generals de Gaulle lassen sich kurz dahingehend zusammenfassen, daß er Frankreich zur Führungsmacht einer „Dritten Kraft Europa" machen will, und zwar mit eigener Atommacht. Seit diese Bestrebungen de Gaulle's im politischen Feld bemerkbar wurden, waren sie der Anlaß zu Kontroversen zwischen Frankreich und der USA. Vorläufig, und das wird auch in den nächsten Jahren so bleiben, sind die französischen Bestände an Atomwaffen, gemessen an der Kapazität der USA und der SU, noch sehr gering, ein Tintenspritzer in ein Buch, der den Text nicht auslöschen kann. Leicht aber können sie auch, bei ungünstiger politischer Entwicklung, der Zünder einer europäischen Katastrophe werden oder zumindest der drohend auf den potentiellen Verhandlungspartner gerichtete Lauf einer Waffe, die allein dadurch Entspannungsverhandlungen verhindert. Um mehr zu werden, eine politisch entscheidend „mitredende" Atommacht, bedarf es jahrelanger äußerster wirtschaftlicher und finanzieller Anstrengungen. Das aber bedeutet, daß Politik und Wirtschaft, daß die Freiheiten und Rechte der Demokratie und ihrer Bürger dieser Aufrüstung zur Dritten Kraft restlos unterstellt werden. Es bedeutet weiterhin, daß die USA und die SU sich gezwungen sehen, gegenüber diesem neuen Rüstungszentrum ihrerseits ein erhöhtes Wettrüsten zu betreiben. Welche Auswirkungen das für die Koexistenz-Politik, für den Handel, für die Entspannung in Europa, für die Beendigung des Kalten Krieges, für die Finanzpolitik haben muß, liegt auf der Hand. Ebenfalls ist erkennbar, was ein Anschluß Westdeutschlands an diese Politik bedeutet: nämlich, daß die Wiedervereinigung nicht mehr gewollt ist, die Spaltung endgültig wird, die gemeinsame Wirtschaft den militärischen Weisungen unterstellt wird, und, so bitter das klingt, West-Berlin abgeschrieben ist, denn die Voraussetzungen für die USA in bezug auf ihre Berlin-Haltung würden sich sodann sehr wesentlich geändert haben. In Westdeutschland haben verantwortliche Politiker diese trüben und antinationalen Aspekte des Pariser Abkommens sehr bald deutlich erkannt. Bei der ersten Lesung im Bundesrat lagen Anträge der Länder Hamburg, Bremen und Hessen vor, durch eine Präambel im Vertragstext oder einen Zusatz zum Artikel 2 des Abkommens zu verdeutlichen, daß dieser Vertrag keineswegs dazu dienen dürfe, den Boden der Römischen Verträge zu verlassen oder antibritische und antiamerikanische Tatsachen zu schaffen. Der Kanzler, nach acht Jahren zum erstenmal wieder im Bundesrat, verstand es, diese Einwände in eine staatsrechtlich unverbindliche besondere „Entschließung" abzudrängen, die vom Bundesrat dazu angenommen wurde. Im Bundestag ist man in den Reihen der SPD, der FDP und auch in Teilen der CDU heute nicht bereit, das gleiche Verfahren zu bejahen. SPD und FDP verlangen eindeutig eine Ergänzung des Vertragstextes selbst in völkerrechtlich bindender Weise. Im übrigen: Die Konsultationsklausel hat bezeichnenderweise nicht funktioniert, als sie zum erstenmal angewandt werden konnte, nämlich bei der von Außenminister Dr. Schröder angeregten Ministerratstagung der Westeuropäischen Union. Paris war nicht willens, wie von Außenminister Dr. Schröder vorgeschlagen, am 29. März in Bonn über das Verhältnis Englands zum Europa der Sechs auch nur zu diskutieren. Die Konferenz scheiterte an diesem Widerstand. Schnell genug hat sich so gezeigt, woran wir mit diesem Vertrag sind.

3

Um nicht vißverstanden zu werden: Freundschaft mit Frankreich ist notwendig, wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Frankreich ist in jeder Weise begrüßenswert,

kulturelle Beziehungen bilden eine hervorragende Bereicherung unseres wissenschaftlichen, zivilisatorischen und künstlerischen Lebens — und dies gilt selbstverständlich auch für unsere Beziehungen zu anderen Völkern. Aber ein Vertrag, der die alte Erbfeindschaft mit dem französischen Volk begräbt, darf nicht gleichzeitig dazu führen, die Auswege aus unserem nationalen Unglück zu verbauen und uns selbst in eine strategisch und politisch nachteilige und gefährliche Situation zu bringen. Dieser Vertrag dient nicht den wahren nationalen Interessen des deutschen Volkes, er dient m. E. auch nicht den nationalen Interessen des französischen Volkes. Realpolitisches Denken macht uns deutlich, daß erst kommende Friedensverhandlungen — und diese müssen kommen nicht deshalb, weil der Osten sie fordert, sondern deshalb, weil das deutsche Volk sie in seinem eigensten nationalen Interesse um seiner Zukunft willen, um seiner Demokratie und Freiheit willen, fordern und führen muß — über den militärischen und politischen Status eines zukünftigen Gesamtdeutschlands Klarheit schaffen müssen. Es ist zu begrüßen, daß eine so viel gelesene und verbreitete große Illustrierte wie der „Stern" auf seinen Seiten sich jetzt dieser so notwendigen „außenpolitischen Debatte" widmet, die im Plenum des Deutschen Bundestages leider mehrmals zu „Proklamationen aus dem Fenster" mißbraucht worden ist. Im Stern hat vor 14 Tagen Sebastian Haffner *) ein offenes, mutiges und kritisches Wort zu den von West und Ost angebotenen Verhandlungspositionen gesprochen und dabei in dem russischen Friedensvertragsvorschlag mit beiden deutschen Staaten positive Punkte für eine Entspannung in Mitteleuropa und die Wiedervereinigung Deutschlands gesehen. In Heft 14 vom 7. April 1963 wird die Debatte durch Abgeordnete der drei Bundestagsparteien fortgesetzt.

Bei aller Reserve und Besorgnis gegenüber möglichen Auswirkungen der russischen Vorschläge sagt Fritz Erler in seinem Beitrag:

> „Ohne eine grundsätzliche Regelung der europäischen Sicherheitsprobleme, die das Gleichgewicht der Macht auch zum Schutze eines wiedervereinigten Deutschland und zum Schutze der Nachbarn vor ihm sichert, ist die Einheit Deutschlands und damit die Freiheit für die Zone nicht zu erreichen ... Ohne die Erweckung zusätzlicher sowjetischer Interessen, z. B. auf wirtschaftlichem Gebiet, ist die Deutschland-Frage nicht zu lösen. Deutsche Politik muß zur Erörterung all dieser Fragen für eine Friedensregelung mit ganz Deutschland bereit sein. Daran hat es bisher gefehlt ... Es war leider die Bundesregierung, welche im Gegensatz zum NATO-Beschluß vom Dezember 1958 die Verengung der Diskussion auf Berlin erzwang. Wer nun auch nicht über Berlin reden will, der will gar nicht reden. Das ist nicht zu verantworten, weil die geographische Lage Berlins sonst neue Schikanen geradezu herausfordert ... Die Bundesrepublik Deutschland wird die deutsche Sache der Weltmacht Sowjetunion gegenüber nur vertreten können, wenn sie nicht leichtfertig ihre Freundschaften im Westen opfert. Eine isolierte Bundesrepublik ist kein gleichwertiger Verhandlungspartner. Wer die Kampagne zur Zerstörung des Vertrauens in die Vereinigten Staaten fördert, ist mitverantwortlich, wenn ein enttäuschtes Amerika Europa den Rücken kehrt."

Und Bundestags-Vizepräsident Dr. Dehler stellt fest:

> „Seit langem haben die Westmächte und besonders Amerika die von ihnen feierlich übernommene Verpflichtung, Deutschlands Einheit herbeizuführen, beiseite geschoben. Und was die deutsche Bundesregierung angeht: Sie hat niemals auch nur den Versuch unternommen, diese Haltung im deutschen Sinne zu ändern ... Es geht darum, Politik, d e u t s c h e Politik zu machen. Meine Freunde und ich haben im Jahre 1959 in Antwort auf den sowjetischen Vorschlag gefordert, daß ein Friedensvertrag mit einer Sicherheitsordnung im mitteleuropäischen Raum verbunden wird. Ein wiedervereinigtes Deutschland muß auf die Teilnahme an militärischen Bündnissen, auf die Zugehörigkeit zu Blöcken und Gegenblöcken verzich-

*) Vgl. Haffners Aufsatz in diesem Heft.

ten. Es muß statt dessen Vertragspartner eines Bündnissystems werden, dessen Ziel die Festigung der gesamteuropäischen Sicherheit ist und dem die Vereinigten Staaten, die Sowjetunion, Großbritannien und Frankreich angehören. Dieser Sicherheitsvertrag wird zwangsläufig Zonen verminderter kontrollierter Rüstung vorsehen."

Zu einer solchen Politik des Disengagement paßt die gemeinsame Schmiedearbeit an einem neuen karolingischen Schwert kaum anders als die Faust aufs Auge. Das fühlte, um zum Ausgangspunkt unserer Überlegungen zurückzukommen, der Wähler, der in Berlin und in Rheinland-Pfalz der Politik des Kabinetts Dr. Adenauer und den Zuständen in der Regierungspartei eine Quittung erteilen wollte. Und diese Quittung wäre noch sehr viel drastischer ausgefallen, wenn eine einheitliche und konstruktiv durchformulierte Oppositions-Politik im Wahlkampf zur Verfügung gestanden hätte. Doch genau wie in der CDU gibt es in der SPD zwei Flügel. An der Spitze des einen steht der mit großem Organisationstalent versehene Abgeordnete Wehner. Sein ganzes Bestreben in der „Spiegel"-Kabinetts-Krise ging dahin, zu einer Großen Koalition mit der CDU zu gelangen. Ihm und seinen Freunden galt (nach seinem Bekenntnis, im Prinzip die politischen Grundsätze der Verteidigungspolitik, der Nato-Zugehörigkeit, der Wirtschafts- und Finanzpolitik und der Notstandsgesetzgebung der CDU/CSU zu bejahen), das Witzwort: Die SPD ist die beste CDU, die wir haben können. Zeitweise sah man Willy Brandt eng an seiner Seite. Doch dieser Koalitionsplan ist gescheitert; innerhalb der eigenen Partei stößt Wehner nun auf Widerstand, und auch Willy Brandt steht nicht mehr eindeutig zu ihm. Andererseits bahnen sich in Bonn neue Aspekte an, indem die FDP nunmehr Möglichkeiten sieht, mit dem wieder erstarkenden „liberalen" Teil der SPD, der ihre Mitte, ihre Linke und einen großen Teil der ihr zugetanen Gewerkschaften umfaßt, zu Koalitionsüberlegungen zu gelangen. Die FDP wird erkennen müssen, daß sie als Komplizin der CDU den Weg zu einer neuen deutschen Politik versperrt, daß sie dadurch genau so zur Verlängerung und Fortführung der Isolationspolitik Adenauers mit allen ihren Folgen beiträgt, wie das Verlangen des harten SPD-Flügels mit Herbert Wehner an der Spitze in der letzten Kabinettskrise und bei der Regierungsneubildung indirekt dazu beigetragen hat, Adenauer wieder in seine beherrschende alte Position zu schleusen und ihm damit den Abschluß des Vertrages mit de Gaulle zu ermöglichen. Die kommende Aussprache und Abstimmung über diesen deutsch-französischen Vertrag wird deshalb in zweifacher Beziehung für kommende Entwicklungen bedeutsam sein. Einmal fällt die Entscheidung darüber, ob die deutsche Politik und eine künftige deutsche Regierung ihre so notwendige bewegliche Verhandlungsposition zurückerhält; zum anderen ist sie ein Testat dafür, ob in dem innerparteilichen Ringen um die Haltung der SPD Vernunft und Realismus vor aller Parteitaktik zum Zuge kommen und die Furcht verdrängt wird, daß eine Attacke auf sogenannte Tabus und das realistische Anpacken der heißen Themen unserer deutschen Politik zu Einbußen an Wählerstimmen führen können. Ganz im Gegenteil, gerade die rücksichtslos offene Analyse unserer deutschen Situation und die ebenso offene Diskussion einer daraus abgeleiteten realistischen Politik von 1963, nicht von 1952 oder 1958 oder sonstwann, entspricht dem, was im Grundgesetz als Mitwirkung der Parteien an den politischen Entscheidungen verstanden ist.

Das Verlangen der jetzigen CDU-Regierung, im Augenblick des Scheiterns ihrer Politik die Bundesrepublik militärisch und außenpolitisch an das Programm de Gaulle's zu binden und damit in einen sehr ernsthaften Gegensatz zu den USA, zu Großbritannien und zu anderen westlichen Völkern zu stellen und andererseits innenpolitisch mit dem mysteriösen und staatsrechtlich nicht zu fassenden Begriff des „inneren Notstandes durch äußere Einwirkung" in der geforderten

Notstandsgesetzgebung sich ein Alibi zu verschaffen, um allen dieser Politik sich entgegenstellenden demokratischen Bestrebungen und Kräfte mit dem Argument der Staatsgefährdung und der Gefährdung dieser Rüstungspolitik zu begegnen, kann nur zu einer kompromißlosen und aus berechtigtem Mißtrauen herrührenden Ablehnungen dieses Vertrages und dieser Notstandgesetze führen. Eine Partei, die diese Notstandsgesetze und diesen Konsultationspakt in Wort und Tat ablehnt und dazu bereit ist, sich auf den Weg einer konstruktiven Entspannungspolitik zu begeben, wird das Ohr des Volkes und seine Stimme im großen Ausmaße erhalten, denn sie verteidigt damit die Demokratie und die Freiheit unseres Vaterlandes. Die Zeit ist vorbei, in der die öffentliche Meinung es widerstandslos hinnimmt, jede andere Politik als die der Rüstung und des Verlangens nach Beteiligung an einer multilateralen Atommacht, nicht zuletzt die hier in ihren Folgen gekennzeichnete Politik der Allianz mit de Gaulle zur Verwirklichung einer „Dritten Kraft", einfach als kryptokommunistisch oder als politische Duselei ahnungsloser Intellektueller diffamieren zu lassen. Gerade das Ringen um eine freie demokratische Zukunft unseres Volkes verlangt eine realistische Politik und die Erkenntnis, daß mehr Waffen heute in der Welt und insbesondere in beiden Teilen Deutschlands nicht Sicherheit, sondern Unsicherheit bringen.

Die Ansichten des kommenden britischen Premierministers, des heutigen Labour-Führers Wilson, zeigen eine realistische Basis. Im Programm Kennedys gibt es ernsthafte Ansätze zu einer Politik der Entspannung: Die letzte deutsche Antwortnote an Chrustschow zum Röhrenembargo aber ist ein Meisterstück der Polemik des Kalten Krieges und keineswegs geeignet, das Klima für Verhandlungen vorzubereiten, um so weniger dann, wenn diese Verhandlungen sicherlich sehr schwierig sein werden und alles versucht werden muß, einen berechtigten nationalen deutschen Standpunkt gegenüber Ost und West zu vertreten. Gilt es doch, bei unseren Verhandlungspartnern, den USA und der SU, den Boden dafür zu gewinnen, daß das Verlangen nach einer gerechten und dauerhaften Lösung der deutschen Probleme nicht nationalistisch und aggressiv ist, sondern dem Frieden in Deutschland und damit dem Frieden in Europa und der Entspannung in der Welt dient. Allseitige Opfer- und auch Kompromißbereitschaft werden für alle Beteiligten Früchte tragen. Bemühungen solcher Art zeigen sich z. B. in den kürzlichen Kasseler Erklärungen des SPD-Vorsitzenden Ollenhauer, der ausführte, daß seine Partei mit der Ausarbeitung der Einzelheiten für eine deutsche Wiedervereinigung zwischen Vertretern der Bundesrepublik und der DDR einverstanden sei, wenn die Wiedervereinigung dadurch nicht aus der Verantwortung der vier Großmächte ausgeklammert werde.

Wir befinden uns in einer Situation, in der nunmehr die Weichen für unsere Zukunft gestellt werden. Verantwortung von den Parteien und von der Regierung kann nur fordern, wer selbst bereit ist, verantwortlich zu handeln. Das aber bedeutet, nicht allein bei der Ablehnung einer falschen Politik zu verharren, sondern konstruktiv und aktiv mitzuarbeiten an der Gestaltung der notwendigen neuen Politik. Es bedeutet, zusammenzustehen mit jedem deutschen Staatsbürger gleicher Auffassung innerhalb oder außerhalb irgendeiner Partei, Gewerkschaft oder Organisation.

Unsere Zukunft muß, wollen wir uns als Volk nicht selbst aufgeben, von uns selbst mit allem Freimut und mit aller Anstrengung, deren wir politisch fähig sind, mitgestaltet werden. Die demokratischen Möglichkeiten, die das Grundgesetz dazu gibt, dürfen in keiner Weise eingeschränkt werden. Andererseits müssen die Möglichkeiten zu Handhaben, die das Grundgesetz bietet, um Konfliktstoffe im Verhältnis zu anderen Völkern auszuräumen, genutzt werden. Z. B.

gibt der Artikel 26 GG („Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig, sie sind unter Strafe zu stellen.") die verfassungsrechtliche Grundlage, um dem Konflikt mit dem Staat Israel wegen der Tätigkeit westdeutscher Staatsangehöriger in Ägypten ein Ende zu bereiten. Einer weiteren friedlichen Zusammenarbeit mit Ägypten würde das keinen Abbruch tun.

Den Tatsachen und den zeitlichen Veränderungen in der Welt können wir nicht ausweichen. Eine gute Politik hat sich niemals gegen die Tatsachen und gegen die Zeit gestellt, sondern hat auf den Gegebenheiten aufgebaut und ist mit der Zeit gegangen. Darin liegen auch heute die Chancen einer deutschen Politik.

Dr. Rudolf Hilf

Deutschlands Ostgrenze

„Ein großes Unglück für die Einzelnen wie für die Völker liegt in der allzu starken Erinnerung an das, was sie gewesen sind und nicht mehr sein können. Die Zeit gleicht einem Flusse; sie steigt zu ihren Quellen nicht zurück."

Antoine Rivarol

I.

Zuerst: Es gibt kein Deutschland mehr, wenn man darunter die Fortsetzung der von Bismarck begonnenen, von Hitler vollendeten und gleichzeitig ad absurdum geführten sowie von den Siegern des Zweiten Weltkrieges abgebrochenen nationalstaatlichen Linie versteht.

Sodann: Das Wiedererstehen dieses deutschen Nationalstaates — der Republique une et indivisible — würde die Kapitulation entweder der amerikanischen oder der sowjetischen Weltmacht in Europa voraussetzen. Dies aber ist ohne eine (uns mitvernichtende) Katastrophe undenkbar.

Schlußfolgerung: Es handelt sich um die östliche Abgrenzung einer Fiktion, die keinerlei Aussicht zu haben scheint, wirkliche Gestalt anzunehmen.

Die Wirklichkeit: besteht sie also nur aus den beiden deutschen Staaten, die mit verschiedenen Begründungen das Ganze zu sein beanspruchen, diese Ansprüche gegeneinander richten und nie verwirklichen können? Wenn dem so wäre, könnten wir hiermit schließen. Die Diskussion um Deutschlands Ostgrenzen wäre die Diskussion um des Kaisers Bart.

Zur Wirklichkeit gehören aber nicht nur die beiden deutschen Staatsgebilde, die ihr Entstehen dem Weltbürgerkrieg zwischen West und Ost verdanken und deren Aufgabe es ist, bestimmte Frontabschnitte im jeweiligen Bündnissystem zu halten. Die Wirklichkeit ist auch das deutsche Volk diesseits und jenseits der Teilungslinie, das eines Tages dieser sterilen Auseinandersetzung überdrüssig werden wird.

So gilt beides: Der status quo der Teilung kann nicht einfach zugunsten dieser oder jener Front umgestoßen werden — und: der status quo der Teilung hat keine Zukunft.

West und Ost sind in eine deutsche Verkrampfung hineingezogen, aus der sie sich nicht lösen können. Sie sind Erben der deutschen Frage geworden, die

Europa seit dem Einsturz der alten Reichsfassade am Anfang des vorigen Jahrhunderts in eine sich ständig beschleunigende krisenhafte Entwicklung treibt.

In unserer Zeit bewegen wir uns auf die letzte Gefällstrecke dieses Stromes zu. Die Verkrampfung kann sich nur noch auf zwei Arten lösen: Entweder in einer den absoluten Schlußpunkt setzenden Katastrophe oder aber in dem Beginn echten und damit weiterwirkenden Friedens in diesem Teil der Welt.

Beides kann und wird sich nicht ohne die Mitwirkung der Deutschen vollziehen. Die Endlösung der deutschen Frage ist das Nebenprodukt einer grundlegenden Entscheidung, einer Richtungswahl, die wir nicht von Washington oder Moskau entgegenzunehmen haben, sondern die in unseren eigenen Händen liegt.

Die Frage der deutschen Ostgrenzen muß von diesem Standpunkt aus gesehen werden. Als Streit um die imaginäre Abgrenzung eines restaurativ begriffenen fiktiven Nationalstaates lohnt es kaum, darüber nachzudenken. Als Teil eines künftigen Friedens zwischen uns und unserem polnischen und tschechischen Nachbarn ist sie von nicht zu überschätzender Wichtigkeit.

II.

Bevor wir aber unser eigenes Werturteil abgeben, müssen wir sichten, was diese deutsch-polnische und deutsch-tschechische Grenze in den Augen der anderen ist — der uns umgebenden Welt in West und Ost.

Im Osten erklärt man die Westgrenzen Polens und der Tschechoslowakei für endgültig. Dies wurde zwar schon oft von Grenzen behauptet, ohne daß sie deshalb besser der Zeit standhielten, aber in unserem Fall kommt doch etwas entscheidend Neues hinzu. Im allgemeinen war es der Weg der Geschichte, daß Grenzen, die durch Krieg und Gewalt gesetzt wurden, durch das gleiche Mittel wieder verändert werden konnten und zumeist auch wurden. Die Frage stellt sich: Kann also eine militärische Auseinandersetzung zwischen den Deutschen und ihren westslawischen Nachbarn diese Grenzen erneut korrigieren? Die Frage aufwerfen, heißt, sie verneinen. Lassen wir alle Gefühle, auch alle moralischen Wertungen, die selbstverständlich gegen einen solchen Konflikt sprechen, beiseite. Prüfen wir nur nüchtern und kalt die Machtlage. Zentraleuropa, darunter ist der Raum zwischen Rhein und Bug, zwischen der unteren Elbe und der mittleren Donau zu verstehen, ist ein eminent wichtiges Entscheidungsfeld zwischen West und Ost. Beide Weltmächte sind hier direkt ineinander verbissen. Jede Gleichgewichtsstörung kann unabsehbare Folgen auslösen. In Zentraleuropa steht für beide Seiten sehr viel auf dem Spiel. Würde das gesamte deutsch-westslawische Mitteleuropa sich auf irgendeine Weise plötzlich westlich strukturieren und orientieren, so wäre das für die Sowjets eine Niederlage vor ihrer Haustür, die sie niemals hinnehmen könnten, ohne ihren Führungsanspruch in der kommunistischen Welt, ja ihr System in der Gesamtheit aufs äußerste zu gefährden. Umgekehrt: ohne die Mitarbeit der Bundesrepublik im westlichen Militärbündnis ist die NATO ein leeres Wort, werden Frankreich und Großbritannien zu atlantisch-amerikanischen Randbastionen ohne jede Eigenbedeutung, begänne die Isolierung der Festung Amerika. Was folgt aus dieser Überlegung? Es kann hier in Zentraleuropa keinen Konflikt mehr geben, der nicht sofort beide Weltmächte auf den Plan rufen würde. Jede bewaffnete Auseinandersetzung in diesem Raum müßte entweder in einer Welt-Katastrophe enden, oder aber — falls sie territorial begrenzt bliebe — mit dem Einsatz immer stärkerer Waffen derjenigen Seite, die eine Niederlage befürchten muß, an der alten Demarkationslinie zwischen West und Ost, wie das auch in Korea der Fall war. Die Völker Zentraleuropas wären unter dem neuen Kirchhoffrieden begraben.

Es ist nun eine der geheimsten Ängste unserer westlichen Bündnispartner,

wahrscheinlich ebenso der Sowjetunion, daß das ungelöste Problem der Wiedervereinigung des deutschen Volkes sie eines Tages urplötzlich in eine Krise hineinreißt, an deren Ende entweder eine schmähliche Kapitulation oder aber die atomare Katastrophe steht. Das Interesse des Westens ist es demnach, den status quo zwar aufrechtzuerhalten, ihn aber nach Möglichkeit zu entschärfen. Wenn man im Westen an eine Überwindung des status quo denkt, so stellt man sich darunter nicht die Freigabe der Bundesrepublik im Wege einer gesamtdeutschen Neutralisierung vor, sondern man hofft auf langfristige Entwicklungen in Ostmitteleuropa, besonders bei den Polen. Man glaubt an einen Desintegrationsprozeß in Richtung auf einen polyzentrischen Nationalkommunismus. Daraus wird gefolgert, daß man die Polen und auch die Tschechen keinesfalls durch die Unterstützung deutscher Revisionsforderungen beunruhigen darf. Man würde nicht nur jedem deutschen Versuch, diese Probleme mit Gewalt zu lösen, ganz entschieden in den Arm fallen, man würde es heute, ja schon seit vorgestern, am liebsten sehen, wenn die Bundesrepublik die derzeitigen Grenzen im Osten bestätigt und die Unterstützung der Vertriebenenverbände offiziell und definitiv einstellt. Darüber denkt man in Washington, London und Paris gleich. De Gaulle, der den Mut zu unpopulären Wahrheiten besitzt, hat vor vier Jahren klipp und klar gesagt, daß er die bestehenden deutschen Ostgrenzen für unabänderlich hält. Die anderen denken nicht anders. Es gibt im gesamten Westen auch nicht einen Staatsmann oder Politiker von Bedeutung, mag er nun der Regierung oder der Opposition angehören, der sich für die Unterstützung der deutschen Forderungen auf Grenzrevision ausgesprochen hätte. Die Vertriebenenverbände irren sich, wenn sie die Standardformel: „Die Festlegung der deutschen Ostgrenzen bleibt einem Friedensvertrag mit einer gesamtdeutschen Regierung vorbehalten" als eine Billigung ihrer Revisionspolitik auffassen. Diese Formel ist nur ein Zugeständnis an die deutsche innenpolitische Situation. Man fürchtet, daß die vom Westen enttäuschten Vertriebenenmassen sich durch eine Kehrtwendung in Richtung Osten rächen könnten. Immerhin handelt es sich um mehr als 20 % der westdeutschen Bevölkerung und noch dazu um den Teil, der am stabilsten in der antiöstlichen Front stand und noch steht. Ein führender polnischer Außenpolitiker im Westen, J. Mieroszewski, schrieb vor kurzem in der in Paris erscheinenden „Kultura":

> „... daß die deutsche revisionistische Bewegung potentiell antiamerikanisch ist, denn die am meisten Enttäuschten und Getäuschten werden die Revisionisten sein. Wenn es endgültig klar wird, daß es keine ‚Befreiung' durch Gewalt und keine Revision an der Oder-Neiße geben wird, wenn, und sei es nur vorübergehend, eine Entspannung zwischen Moskau und Washington eintritt, dann werden die fanatischsten Anhänger einer deutsch-russischen Annäherung und die unversöhnlichsten Ankläger Amerikas aus den revisionistischen Kreisen hervorgehen ..."

Die ‚Festlegung der Grenzen in einem Friedensvertrag mit einer gesamtdeutschen Regierung' ist eine sehr billige Formel, die keinerlei geistige oder sonstige Unkosten verursacht. Weiß doch ein jeder, daß an einen solchen Friedensvertrag nicht einmal im Traum zu denken ist. Damit es diese ‚gesamtdeutsche' Regierung gibt, müßte ja einer der beiden Weltgegner kapitulieren. Man muß sich nur wundern, mit welcher Schafsgeduld die Vertriebenenverbände diese stereotype Auskunft des State Department, des Foreign Office, des Quai d'Orsay und nun auch noch der Kurie hinnehmen. Sie haben sich eben entschlossen, vor der Wirklichkeit die Augen ganz fest zuzumachen. Nachdem sie am eifrigsten waren und sind, den Osten insgesamt zu verteufeln, haben sie keine Alternative, als gute Miene zu einem offensichtlichen Betrug zu machen.

An diesem Betrug beteiligt sich auch die bundesdeutsche Politik. Auch sie sichert durch Regierung und Opposition den Vertriebenen in zahllosen Erklärun-

gen ihre Unterstützung zu. Wer aber von den im Bundestag vertretenen Parteien glaubt in der Tat an eine solche Revisionsmöglichkeit? Auch für diese Doppelzüngigkeit gibt es eine einfache Erklärung, und auch sie ist innenpolitischer Art und geht auf die Parteienstruktur dieses Staates zurück. Es ist nicht so, daß die Vertriebenen einen fürchterlichen Druck ausüben, wie man immer wieder lesen kann. Die Wahrheit ist, daß die beiden Massenparteien CDU/CSU und SPD die fluktuierenden Vertriebenenwähler im Kampf um die Mehrheit und die Macht benötigen. Zumindest haben beide Angst, daß die Vertriebenen zur gegnerischen Partei abwandern könnten, sobald die eigene Partei sich zur Anerkennung der Grenzen entschließt. Die offizielle Vertriebenenpolitik lebt von der Rivalität dieser Parteien. Sie wird dann in sich zusammenstürzen, wenn es eine große Koalition geben sollte, um z. B. auf Wunsch des großen Bruders irgendein amerikanisch-sowjetisches Arrangement über Deutschland zu unterschreiben. Spätestens dann werden die Vertriebenenmassen kapieren, was alle bisherigen Parolen und Worte von hoher Stelle wert waren.

Ich habe schon einmal in einem Aufsatz die Stimme der Daily Mail zitiert, die feststellte:

> „Zwölf Jahre lang verfolgte Adenauer eine Außenpolitik der engen Verbundenheit mit dem Westen und der Integration in ein vereintes Europa. Das war keine geringe Leistung für eine Nation, die immer in beiden Richtungen geblickt hat und zu der zwölf Millionen Flüchtlinge aus dem Osten gehören, die ihre Heimat nicht wiedersehen werden, solange Deutschland mit dem Westen verbunden bleibt."

Es ist schon erstaunlich, zu welchen Trübungen des Denkvermögens die Klischee-Vorstellungen des Kalten Krieges geführt haben. Wenn es keine Gewaltlösungen hier in Zentraleuropa mehr gibt — und auf diesem Standpunkt steht offiziell auch die Bundesrepublik in Regierung und Opposition —, dann kann man Lösungen nur noch im Wege des Gesprächs und der Verständigung ansteuern. Wenn man aber auch das Gespräch ablehnt, was will man dann eigentlich? Dann muß man es sich jedenfalls gefallen lassen, von drüben als verkappter Anhänger von Gewaltlösungen hingestellt zu werden.

Die Bundesrepublik hat bekanntlich nur eine einzige Politik: die Integration in den Westen. Gegenüber allen Ostfragen — und dazu gehört das Lebensproblem unseres Volkes: die Wiedervereinigung — hat sie nur Phrasen übrig, leere, hohle Phrasen. Die Vertriebenen werden eines Tages merken, daß dieser Staat weder eine Deutschland- noch eine Mitteleuropapolitik hat und daß es ihm nur um eines geht, sich selbst und seine restaurative Gestalt zu erhalten. Dafür wird er bereit sein, alles andere hinzugeben.

Worauf wartet also die Vertriebenenpolitik? Sie wartet auf das Wunder. Sie steht hier wieder geistig in einer Reihe mit dem braven Konsumbürger. Irgendeinmal — so glaubt man — wird der Osten sich auflösen, seine Macht gelähmt sein. Dann wird die Stunde kommen, um mit Hilfe unserer westlichen Bündnispartner die deutsche Frage in ‚Frieden und Freiheit' zu lösen.

Das Wunder aber wird nicht geschehen. Das sind die gebratenen Tauben aus dem Schlaraffenland. Wenn schon Wunder, dann wird es in dieser Geschichte von uns selbst erwartet. Es kann nur aus dem Wagnis wachsen, das darin besteht, daß wir uns in dieser Welt des harten und rücksichtslosen Machtkampfes und der abgrundtiefen Heuchelei, in einer Zeit, die von Jahr zu Jahr rascher auf die Katastrophe zugleitet, ohne Hintergedanken und Vorbehalte für die Überbrückung der Gegensätze, für den wirklichen Frieden einsetzen, uns selbst aufs Spiel setzen.

Das Potential eines ganzen Volkes, an dieser entscheidenden Bruchstelle in diese neue Richtung bewegt, wird, wenn wir nicht allein bleiben und vor allem

bei unseren mitteleuropäischen slawischen Nachbarn ein Echo finden, die Zeit verändern.

III.

Was hindert die Deutschen, diesen Schritt zu tun? Es sind nicht die Mitteleuropa und unser Volk zerteilenden Bündnisstrukturen, nicht die Mauer in Berlin und der Stacheldraht von der Ostsee bis zum Böhmerwald. Das alles könnte den entschlossenen Willen eines ganzen Volkes, Frieden zu begründen, nicht aufhalten. Die Ketten, die uns fesseln, haben wir uns selbst angelegt, und alle äußere Ohnmacht ist nur eine Folge der inneren. Die eine Kette ist die Furcht. Die Furcht vor der Macht des Ostens. Ihr liegt zugrunde der Mangel an Selbstvertrauen, an Glauben an die eigene Aufgabe und Zielsetzung. Die andere Kette besteht in den restaurativen Vorstellungen, die wir von den Lösungen unserer Probleme haben. Auch dies ist im Grunde ein Mangel: Der Mangel an schöpferischer Phantasie, die die Wirklichkeit der Dinge nicht flieht, sondern sie als Baustoff begreift. Beides ist ein Beweis, daß das durch Hitler und seine Niederlage entstandene deutsche Vakuum nur äußerlich aufgefüllt worden ist und daß die heutigen Macht- und Gesellschaftsstrukturen unsere Volkes noch immer über dem Nichts lagern, in dem sie so rasch wieder versinken können, wie sie entstanden sind.

Von den romantisch-restaurativen Vorstellungen schreibt Ernst Jünger in einer Schrift über den eingangs zitierten Rivarol:

> Der Romantiker „... plädiert für eine verlorene Sache und möchte ihre Wiederaufnahme herbeiführen. Er steht ... ‚außen' im Raum wie in der Zeit. Sein Standpunkt ist der des Entmachteten mit ... Ansprüchen. Im Verhältnis zu seinen Zielen befindet er sich im Zustand des verlorenen Paradieses, das er im besten Falle noch über der Mauer erblickt, und es gibt keine schärfere Prüfung für ihn als dessen Verwirklichung."

Es ist bezeichnend für unsere geistige Lage, daß wir für unsere deutschen Probleme nur romantisch-restaurative Lösungen vorrätig haben. Das trifft auf die Wiedervereinigungsfrage zu (die nicht Thema dieses Aufsatzes ist) und erst recht auf unser Verhältnis zu den Polen und den Tschechen.

In dieser Hinsicht lebt die deutsche Politik, speziell aber die der Vertriebenen, in der Vergangenheit, ‚a u ß e n im Raum wie in der Zeit'. Sie möchte etwas restaurieren, das sich weder territorial noch strukturmäßig restaurieren läßt. Selbst wenn alle Faktoren der Gegenseite wegfielen — wie steht es denn mit den eigenen Menschen, den Deutschen aus den Ostgebieten? Seit den Vertreibungen sind 18 Jahre vergangen, und die Zeit bleibt nicht stehen. Wer würde in der Tat in diese Territorien zurückkehren? Die Alten, die nicht mehr am Abend ihres Lebens neu anfangen können? Die Jungen, die in einer anderen Umgebung aufgewachsen sind? Es wäre nur ein Bruchteil der ursprünglichen Millionen. Ja, zugegeben, vielleicht wäre das sogar eine Elite, dann nämlich, wenn diese Menschen mit neuen Ideen kämen, wenn sie ihre Aufgabe nicht in einer Wiederbesitznahme sehen würden, sondern im Aufbau eines neuen Zusammenlebens, im Beispiel einer Versöhnung. Aber in einem solchen Falle ginge es auch um etwas ganz Neues, niemals um die Restaurierung des Alten, der bloßen Realisierung dieser oder jener Ansprüche.

Aber es muß dazu noch mehr gesagt werden. Wer wirklich die Lösung der Konflikte, den Frieden, will, dem steht es schlecht an, von hoher Warte höhnisch zu verdammen, wie wir das heute so oft erleben können. Eine solche Einstellung hält die Vertriebenen nur im Lager der Unvernunft — und dies zum Schaden aller — fest. Der Frieden mit dem polnischen und tschechischen Volk kann gewiß nicht geschaffen werden, indem man entweder um den heißen Brei herumschleicht und mit doppelter Zunge redet — wie das Bonn tut —, auch nicht indem man sich einfach gegen die Millionen der betroffenen deutschen Landsleute entschei-

det, wie es die klugen Nichtbetroffenen seit jeher empfehlen. Man muß die Dinge auch hier aussprechen, wie sie sind.

Deutsche und Westslawen treten sich heute mit zwei Parolen gegenüber. Die eine lautet: Gerechtigkeit, und die andere: Frieden. Hinter dem Wort Gerechtigkeit versteckt sich der Wunsch, den alten Vorkriegszustand zu restaurieren. Man spricht vom unantastbaren, ja ‚göttlichen' Recht auf die Heimat, auf den angestammten Boden, und man vergißt dabei, daß es unsere eigene deutsche Führung war, die dereinst verkündet hatte:

> „Kein Volk besitzt auf dieser Erde auch nur einen Quadratmeter Grund und Boden auf höheren Wunsch und laut höherem Recht." (Adolf Hitler, Mein Kampf)

Der deutsche Sündenfall ist ausgelöscht. So wie man innenpolitisch restauriert und an die Zeit vor 1933 angeknüpft hat, so will man es auch außenpolitisch-territorial tun. Die eine Restauration wird scheitern, die andere ist von vornherein unmöglich.

Die Losung des anderen Lagers heißt: Frieden. Aber auch sie hat nicht ihren echten Münzwert. In Wahrheit besagt sie nicht viel mehr, als daß diesmal die Deutschen den Gewaltakt, der in den Massenvertreibungen gipfelte, ein für allemal anerkennen und hinnehmen sollen. Erläutern wir: Es hat zu allen Zeiten nach Kriegen Änderungen der Grenzen gegeben, aber erst unserer modernen Zeit des Humanismus, Nationalismus und der Demokratie blieb es vorbehalten, Grenzen dadurch festigen zu wollen, daß man Millionen Menschen über Nacht von Haus und Hof verjagte, den Arbeiter wie den Fabrikbesitzer, die Greisin ebenso wie das Schulkind. Wir kennen das Wort Chrustschows zu den von Stalin befohlenen innersowjetischen Umsiedlungen ganzer Volksstämme. Seine Verurteilung läßt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Sollte es sich hier um etwas grundlegend anderes handeln? Es galt und gilt bekanntlich als Kennzeichen einer faschistischen Gesinnung, keinen anderen Maßstab mehr zu kennen als den der Gewalt und des Erfolges, und die Macht, der alles erlaubt ist, hemmungslos gegen den Nachbarn einzusetzen, während man die eigene Nation vergötzt. Wir dürfen uns dabei ruhig an die eigene Brust klopfen. Aber kein Unrecht der einen Seite gibt eine Rechtfertigung für das der anderen Seite ab. Vielleicht eine Erklärung, aber keine Rechtfertigung! Und wenn es also heute und in der Zukunft nicht mehr um die Restaurierung des alten Zustandes geht und wenn schließlich auch die Grenzen gegenüber Polen und der CSSR ihre deutsche Anerkennung finden werden und sollen, — zu einem wird kein wahrhafter und gerechtdenkender Mensch jemals Ja sagen können: zu den Massenvertreibungen, zu einem gnadenlosen und kalt berechnenden Verfügen über Millionen Menschen im Namen einer Staatsräson, eines historischen Prozesses oder gar im Namen des Friedens.

So wie die Gerechtigkeit ihren Wert verliert und schon nahe an das Wort ‚rächen' rückt, wenn in ihr nicht der Wille zum Frieden, zur Versöhnung und Vergebung enthalten ist, so bedeutet das Wort Frieden nichts, wenn dieser nicht den Willen zur Gerechtigkeit in sich trägt. Frieden allein kann auch der Gewaltfrieden, kann der des Schreckens sein. Das kaiserliche Wort hingegen hieß: Pax et Justitia. Könnte es nicht sein, daß irgendeine Macht einmal die letzte Waffe erfindet und damit der Welt den Frieden aufzwingt? Kann die Menschheit einen solchen Frieden — pax allein — ersehnen? Tausendmal nein.

In unserer heutigen Auseinandersetzung aber sind die Worte Gerechtigkeit und Frieden zu Waffen geworden, jedoch zu stumpfen. Da jede Seite weiß, daß die Parolen Gerechtigkeit und Frieden, die beide Heerhaufen brüllen, ihren vollen Metallwert nicht besitzen, kommt kein Vertrag zustande. Ein jeder lehnt das Zahlungsmittel des anderen als gefälscht und weit unter dem Nennwert liegend ab.

Gibt es einen Ausweg? Bestimmt keinen bequemen. Weder den der bloßen Hinnahme des status quo, noch den der Restauration. Der Ausweg liegt nach meiner Ansicht darin, daß es nicht, wie bisher, darauf ankommt, Grenzen zu verschieben, d. h. die alte Spirale des Bösen fortzusetzen, sondern die B e d e u t u n g der Grenzen z u v e r m i n d e r n. Dies sowohl im wörtlichen materiellen, als auch übertragenen, geistigen Sinne verstanden.

Was ist denn Frieden anderes als eine Respektierung der Abgrenzung und damit des Rechtes des Nachbarn und gleichzeitig eine Durchlässigmachung, ja Aufhebung dieser Grenzen in einem größeren Gemeinsamen?

Paul Tillich hat es in seiner Frankfurter Rede ausgesprochen:

> „Nur wer Anteil hat an den beiden Seiten einer Grenzlinie, kann dem Übergreifenden und damit dem Frieden dienen, nicht, wer sich in der momentanen Ruhe eines fest Begrenzten sicher fühlt. Friede erscheint, wo im persönlichen wie im politischen Leben eine alte Grenze ihre Wichtigkeit und damit ihre Macht, Unfrieden zu stiften, verloren hat, auch wenn sie noch als Teilgrenze fortbesteht. Friede ist nicht spannungsloses Nebeneinander. Er ist die Einheit im Umfassenden, in der das Gegeneinander lebendiger Kräfte und die Konflikte zwischen dem Alten und dem jeweils Neuen nicht fehlen, in der sie aber nicht zerstörerisch ausbrechen, sondern gehalten sind im Frieden des Übergreifenden ... Alles, was ich vom Überschreiten der Grenze gesagt habe, gilt auch für das Überschreiten der Grenze, die heute für die westliche Welt am schwersten zu überschreiten ist, die Grenze nach dem Osten ... Und ich wünschte, ich wäre fähig, das auch zu denen auf der anderen Seite der Grenze zu sagen ..."

Den ersten Schritt müssen w i r tun, die Deutschen, indem wir nicht auf unseren Schuldschein pochen und Gerechtigkeit f o r d e r n, sondern Frieden b r i n g e n. In dem Maße, wie uns das gelingt und wir dabei wahr bleiben, wird uns schließlich auch Gerechtigkeit zuteil werden.

Was von der Zeit hinweggespült wurde, kehrt nicht mehr zurück. Auf Grenzrevisionen kommt es nicht mehr an. Ob ein deutsches Staatswesen hundert oder mehr Kilometer weiter nach dem Osten reicht, ist belanglos. Nicht belanglos ist, ob man dem einzelnen Menschen und seinen Gemeinschaften im Rahmen des Möglichen Gerechtigkeit gewährt, ob man überhaupt den Willen zur Gerechtigkeit hat. Oder ob auch künftighin die Macht, der Staat, mit einem jeden umspringen kann, wie es ihr beliebt — ohne Maß und ohne sittlichen Maßstab. Das ist kein Problem mehr der Vergangenheit, sondern es ist bedrohliche Gegenwart und Zukunft. Überall in der Welt gibt es rassische, sprachliche, religiöse Mehrheiten und Minderheiten (in diesem Sinne umstrittene ‚Grenzen'), und überall tendiert die sich absolut setzende oder richtungslose Macht danach, die Konflikte durch geistigen oder körperlichen Mord zu lösen.

Wir haben unsere Erfahrungen hinter uns. Und aus diesen sollten wir leben und handeln.

Wenn die Völker Zentraleuropas eines Tages wieder zusammenrücken, zusammenarbeiten, einander vertrauen, helfen und achten, dann mag die Grenze ruhig dort bleiben, wo sie heute ist. Sie wird keine Grenze im alten, trennenden Sinne mehr sein. Mögen dann die Vertriebenen in ihrer neuen Heimat bleiben oder der Teil, der es wünscht, in die alte zurückkehren. Sie werden unter derselben Glocke der Gerechtigkeit und des Friedens leben. Diese gilt es zu schaffen.

Sebastian Haffner

Einziger Ausweg: Disengagement

Der bekannte englische, in Berlin lebende Publizist Sebastian Haffner hat diese seine am 9. März 1963 über den Westdeutschen Rundfunk und über den Sender Freies Berlin geäußerten Gedanken — die inzwischen viel Aufsehen erregten — den „Blättern" zum Abdruck zur Verfügung gestellt. D. Red.

Man hat mich aufgefordert, für die Sendereihe „Unteilbares Deutschland" ein paar Gedanken zu wiederholen, die ich neulich auf einer öffentlichen Diskussion in Berlin-Steglitz geäußert habe und die ein bißchen Staub aufgewirbelt haben. Ich tue das sehr gerne, möchte aber im voraus betonen, daß ich dabei weder für England noch für die Bundesrepublik Deutschland oder die Stadt Berlin oder irgendeine Partei oder Gruppe in England, Deutschland oder Berlin spreche. Was ich Ihnen vortrage, ist nur meine eigene Lagebeurteilung und ein paar Schlußfolgerungen daraus — die Gedanken eines ehemaligen Deutschen, der immer noch an Deutschland hängt und immer noch so altmodisch ist, die Wiedervereinigung Deutschlands für wünschenswert und auch für erreichbar zu halten, wenn man sie wirklich will.

Wer aber die deutsche Wiedervereinigung noch will — j e t z t will, nicht in hundert oder zweihundert Jahren, und in der W i r k l i c h k e i t will, nicht im Traum oder in der Phrase — der muß sich heute über eins klar sein: Durch den Sieg Amerikas über Rußland oder Rußlands über Amerika ist sie nicht mehr herbeizuführen. Vielleicht wäre das früher einmal, vor zehn Jahren, vor fünfzehn Jahren, möglich gewesen. Ich weiß es nicht. Heute, im Zeitalter des atomaren Patt, ist es unmöglich geworden.

Lassen Sie mich ganz kurz erklären, worin das atomare Patt besteht. Es besteht darin, daß sich Amerika und Rußland heute, wenn sie Krieg miteinander führen, nicht mehr besiegen, sondern nur noch gegenseitig vernichten können. Beide haben heute Waffen, die ausreichen, einander völlig zu zerstören, und keiner hat im Augenblick eine wirksame Verteidigung gegen diese Waffen. Die Folge: Keiner der beiden kann heute mehr den andern durch Gewalt, durch Drohung oder durch Druck von der Stelle rücken. Die beiden können nur noch unbeweglich stehenbleiben, wo sie stehen; oder sie können auseinanderrücken.

Das sagt sich so einfach hin. Aber wirklich begreifen, was es heißt, das ist nicht so einfach. Denn es geht gegen den Instinkt und gegen die geschichtliche Erfahrung. Immer ist es doch so gewesen, daß von zwei Starken einer am Ende doch der Stärkere war und daß der Stärkere sich schließlich durchsetzte. „Übermacht, ihr könnt es spüren / Ist nicht aus der Welt zu bannen", sagte noch Goethe. Aber heute ist sie, zum ersten Male, tatsächlich aus der Welt gebannt, weil es einen Grad von Macht gibt — nämlich die absolute Vernichtungskapazität —, der keine Steigerung, keine Übermacht mehr zuläßt, und weil dieser Grad heute auf beiden Seiten erreicht ist. Damit ist die äußerste Macht in die äußerste Ohnmacht umgeschlagen. Nachdem beide Seiten einander bereits völlig auslöschen können, nützt es auch nichts mehr, dieser Vernichtungsmacht hüben und drüben immer noch mehr hinzuzufügen; sie bleibt sich doch gleich, und die gegenseitige Lähmung bleibt sich auch gleich. Mit Gewalt kommt keine Seite mehr vorwärts — alles, was sie mit Gewalt erreichen kann, ist heute nur noch die Auslösung des Vernichtungsmechanismus und die gegenseitige Auslöschung.

Das ist alles ganz neu. Vor fünfzehn Jahren ging man doch davon aus, daß die Russen ganz Deutschland und ganz Westeuropa überrennen könnten; aus der Furcht davor wurde ja die NATO geboren. Vor zehn Jahren, ja noch vor fünf

Jahren glaubte man umgekehrt, daß der Beitritt der Bundesrepublik zur NATO und die westliche Aufrüstung dem Westen eine Position überlegener Stärke geben würden, von der aus man eines Tages einen russischen Rückzug aus Deutschland würde aushandeln können.

Das ist alles vorbei. Im Zeichen des atomaren Patt ist der Weg zur deutschen Einheit durch Bündnispolitik, Übermacht, Stärke, Druck, Zurückrollen der schwächeren Gegenseite versperrt — für den Westen wie für den Osten.

Ist damit j e d e r Weg zur deutschen Einheit versperrt? Ich sage nein. Es gibt noch den anderen, den umgekehrten Weg: Nicht die Steigerung des Drucks — damit ist nichts mehr auszurichten, man steigert nur den Gegendruck —, sondern das Wegnehmen von Druck; nicht den aussichtslos gewordenen Versuch, vorwärtszupressen und den Gegner gewaltsam zurückzudrängen, sondern das gegenseitige Auseinanderrücken. Also, um das englische Wort zu benutzen, das dafür gebräuchlich geworden ist: Disengagement.

Es gibt meiner Meinung nach keinen Weg, auch keinen Umweg, mehr zur deutschen Einheit über die Bündnispolitik, sondern es gibt nur noch den Weg über das Disengagement. Das ist die unausweichliche Folge der atomaren Entwicklung und des Gleichgewichts der Ohnmacht zwischen den beiden Atomriesen, zu dem sie geführt hat. Meiner Meinung nach besteht unter diesen Umständen das wahre Interesse Deutschlands heute darin, aus den Bündnissen auszuscheiden oder sie aufzulösen.

Ich ziehe aus diesen Feststellungen und Gedankengängen zwei Folgerungen.

Erstens: Alles, was die Bündnissysteme auflockert, alles, was die Verstrickung der europäischen Länder im allgemeinen und der beiden Teile Deutschlands im besonderen in die amerikanisch-russische Verkrampfung löst, ist gut. Alles, was diese Verstrickung fester macht, ist schlecht.

Daher scheint mir etwa die französische und europäische Unabhängigkeitspolitik de Gaulles keineswegs die Verdammung zu verdienen, die ihr heute aus Ost und West — und am lautesten aus Ost- und West d e u t s c h l a n d — entgegenschallt. Sie ist meiner Meinung nach keineswegs, wie heute einer dem anderen nachplappert, ein Rückfall ins neunzehnte Jahrhundert. Im Gegenteil, sie scheint mir die erste europäische politische Lebensäußerung zu sein, die nicht mehr zur ersten, sondern zur zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts gehört: nicht mehr zum Zeitalter der Weltkriege und des Kalten Krieges, sondern zum Zeitalter des atomaren Patt und des Umschlags der äußersten Macht in äußerste Ohnmacht.

Wenn de Gaulle seine Idee eines Europa der Vaterländer, eines neuen europäischen Staatensystems vom Atlantik zum Ural, verwirklichen kann, hätte niemand m e h r Grund, sich zu gratulieren, als Deutschland: Denn in einem solchen System wäre auch für ein vereinigtes Deutschland wieder Platz. Zu dem geteilten Europa der NATO und des Warschauer Pakts dagegen gehört natürlicherweise auch ein geteiltes Deutschland.

Zweitens: Solange es noch nicht gelungen ist, die unter dem Atompatt sinnlos gewordenen europäischen Bündnisse Amerikas und Rußlands aufzulösen und durch etwas Besseres, Sinnvolleres zu ersetzen, ist es jedenfalls das höchste Interesse des geteilten Deutschland, selber aus den entgegengesetzten Bündnissen auszuscheiden. Das bedeutet noch nicht die Wiedervereinigung, aber es beseitigt das schwerste Hindernis der Wiedervereinigung und ist insofern der erste Schritt zur Wiedervereinigung. Denn offensichtlich können zwei Teile desselben Landes nicht entgegengesetzten Bündnissen angehören; und solange sie es tun, können sie nicht wieder e i n Land werden.

In diesem Zusammenhang scheint es mir angebracht, einen neuen Blick auf den

russischen Friedensvertragsentwurf vom Januar 1959 zu werfen. Dieser Entwurf sieht zwar leider nicht, wie die russischen Vorschläge der Jahre 1952 bis 1955, die unmittelbare Wiedervereinigung vor; aber er öffnet wenigstens einen Weg zu ihr, indem er die Entlassung beider deutscher Teilstaaten aus den Bündnissen und ihre Räumung von fremden Truppen vorschlägt.

Das ist meiner Meinung nach dem amerikanischen Vierpunkteplan, der den derzeitigen Berlin-Sondierungen zugrundeliegt, vorzuziehen. Denn dieser Plan würde Deutschlands Teilung ebenfalls aufrechterhalten, aber obendrein noch die beiden Teile in die entgegengesetzten Bündnisse eingebaut und von Rußland und Amerika besetzt halten. Der russische Friedensvertragsentwurf würde die Deutschen nicht wiedervereinigen, aber er gäbe ihnen wenigstens eine Chance, sich selber wieder zusammenzuraufen, wenn sie wollen. Der amerikanische Plan würde sie, unter dem Vorwand des Bündnisses, jeder Wiedervereinigungs-Chance berauben. Mir scheint es unzweifelhaft, daß demgegenüber der Friedensvertrag mit zwei deutschen Staaten immer noch das kleinere Übel wäre.

Es überrascht Sie vielleicht, diese Gedanken aus Westberlin zu hören, und sie gerade von mir zu hören. Ich kann nur sagen, ich bin derselbe bürgerliche, liberale, vielleicht sogar eher liberal-konservative Mensch, der ich immer gewesen bin. Meine persönlichen Sympathien gehören dem Westen, für den Kommunismus habe ich nichts übrig, und die Mauer hier in meiner Vaterstadt Berlin macht mich krank, heute nicht weniger als vor anderthalb Jahren. Man wird die Mauer aber nicht durch schöne Reden los und durch dilettantische Sprengstoffanschläge auch nicht. Wenn man sie wirklich loswerden will, muß man sich dazu durchringen, Realpolitik zu treiben, und zwar auf Grund der heutigen Realitäten, nicht der gestrigen.

Man muß auch den Mut haben, eine Niederlage eine Niederlage zu nennen und Konsequenzen daraus zu ziehen. Trotz allein ist keine Politik.

Arno Behrisch

„Reihenweise Dummheiten in der Europapolitik"

Vor dem Bonner Verein der Auslandspresse erklärte unlängst Konrad Adenauer, in der Europa-Politik seien in den letzten Monaten reihenweise Dummheiten begangen worden. „Und wenn ich sage Dummheiten, dann ist das ein milder Ausdruck", fügte der Kanzler hinzu. Leider blieben alle Bemühungen der Korrespondenten, den alten Herrn zu einer Konkretisierung seiner Aussage zu bewegen, ohne Erfolg. Er bemerkte lediglich, wem der Rock passe, der solle ihn anziehen, und daß „nicht nur Großbritannien, sondern auch andere" solche Dummheiten am laufenden Band geliefert hätten. So überkommt den Zeitgenossen ein Faustsches Gefühl: „Da steh ich nun, ich armer Tor! Und bin so klug als wie zuvor."

Immerhin, noch stets war Selbsterkenntnis der erste Schritt zur Besserung. Und die Aussage, mit der wir es hier zu tun haben, stammt unbestritten von einem Fachmann. Allerdings, einem großen Irrtum ist der Bundeskanzler ganz offensichtlich erlegen, als er sich zu seinem orakelhaften Ausspruch verleiten ließ: In der Europa-Politik sind nicht in den letzten Monaten reihenweise Dummheiten

begangen worden, sondern die letzten Monate haben die seit Jahren praktizierten Dummheiten einer in der Anlage falschen Europa-Politik sichtbar werden lassen. Denn noch immer folgt auch die Geschichte dem Gesetz von Ursache und Wirkung. Und der alte Mann hat Ursache und Wirkung verwechselt.

Was Konrad Adenauer vor den internationalen Presseleuten mit dem Ausdruck „reihenweise Dummheiten" charakterisierte, ist seine Saat, die nunmehr in die Halme schießt. Denn mit dem, was der Kanzler Europapolitik nannte, wurde gegen ein Grundprinzip aller Politik verstoßen. In den in Buchform erhältlichen „Erinnerungen" des verstorbenen finnischen Staatspräsidenten J. K. Paasikivi wird ein Gespräch im Kreml geschildert. Dabei sagte Stalin: „Wir können an der Geographie nichts ändern, Ihr auch nicht." Das gilt auch für uns. Die Politik der sogenannten Westintegration hat die Tatsachen der Geographie und der Geschichte gröblich mißachtet. Sie entspricht in keiner Weise den bitteren Erfahrungen, die wir und auch unsere Nachbarn in zwei schrecklichen Kriegen gesammelt haben. Vielmehr erweckt sie den Verdacht, als versuche man, zu den Verhältnissen von vor dem Kriege zurückzukehren, als befolge man einen Rat, den der französische Quisling Laval seinerzeit dem Braunauer gab: „Sie wollen den Krieg gewinnen, um Europa zu schaffen. Sie müssen Europa schaffen, um den Krieg zu gewinnen."

An der Wiege der Europapolitik Adenauers stand jener gefährliche Geisteszustand Pate, den man früher Militarismus nannte. Auf das, was man als „östliche Bedrohung" empfand, reagierte man vornehmlich mit Divisionen, Raketen und Militärpakten. Das Ergebnis ist, daß selbst ein Mann wie Verteidigungsminister McNamara besorgt fragt, ob nicht Amerikas Militärhaushalt ins Uferlose abgleite und ob in der Begrenzung der Rüstung nicht mehr Sicherheit liege als im Wettrüsten. Man darf getrost davon ausgehen, daß der Bundeskanzler solche Überlegungen auch in die „reihenweisen Dummheiten" einordnet. Denn die Bonner Europapolitik folgte der alten und verderblichen Schablone des Freund-Feind-Denkens nur auf höherer Ebene. Aufgebaut auf der Betonung des Militärischen, versuchte man den Verhandlungspartner durch Bekundung militärischer Stärke zur diplomatischen Kapitulation zu zwingen. Das Ergebnis hat der britische Publizist Sebastian Haffner am 10. März treffend skizziert: „Jedes Kind kann heute sehen, daß Deutschland 1955 die falsche Kurve genommen hat, daß die Politik des amerikanischen Bündnisses gegen Rußland im wörtlichen Sinne an eine Mauer geführt hat und daß, wer diese Politik heute noch weiterführt, wiederum im wörtlichen Sinne mit dem Kopf durch die Wand will."

Nun, bei uns scheint man das Gefühl zu haben, der Kopf sei härter als die Wand. Aber mit dieser selbstmörderischen Ansicht stehen wir fast allein. Immer mehr begreift man im Westen die Politik wieder als die Kunst des Möglichen, als eine auf Gemeinschaftswirkung abzielende Tätigkeit, die von den Interessen aller Völker auszugehen hat. Ob es die vom Gedanken der Koexistenz angeregten Erkundungen und Bemühungen Kennedys oder des Papstes sind, sie alle sind getragen von einer Vision erstrebenswerter friedlicher Beziehungen auch mit den Völkern und Staaten im Osten. Sie sind aber unvereinbar mit den seit Jahr und Tag in Bonn verkündeten Missionsgedanken gegenüber dem Osten. Und deshalb müssen sie dem Leiter der Bonner Politik als „reihenweise Dummheiten" erscheinen. Denn Alexej Adschubej, von Johannes XXIII. in Privataudienz empfangen, die immer sichtbarer werdenden Bemühungen des Heiligen Stuhles, seine Haltung zur Sowjetunion zu revidieren, und die gleichzeitigen unablässigen Bemühungen des Katholiken Kennedy, sich mit der sowjetischen Weltmacht friedlich zu arrangieren, der bekundete Wille des wahrscheinlichen künftigen britischen Premierministers Wilson, die Fesseln der Hallstein-Doktrin

langsam abzustreifen, das alles sind doch „reihenweise Dummheiten" in den Augen der Herren Adenauer ... und Wehner!

Die „reihenweisen Dummheiten" konnten nicht ausbleiben, weil die Bonner Europa-Politik ideologisch fundiert wurde, genauer, weil sie an die braunen Vorstellungen von Außenpolitik anknüpfte. Das Erbübel des Übergewichts militärischer Überlegungen bei politischen Entscheidungen besteht fort. Ja, in gewissem Sinne ist es schlimmer geworden, seit die SPD auf die für unser Land verderbliche Linie der Blockpolitik eingeschwenkt ist, eine Grunderkenntnis Kurt Schumachers mißachtend: „Wir lehnen jede Politik der Blockbildung nach Osten und nach Westen ab ... Ich warne alle Toren, die auf Differenzen zwischen den Siegermächten spekulieren. Das ist die schlechteste Politik, die ein Deutscher machen kann. Von dieser Politik bis zum Landsknecht ist nur ein kleiner Schritt." Unter der Führung Wehners ging die Partei, die nach Herkunft und Geschichte am ehesten hätte begreifen müssen, daß das Denken in Bündnisbegriffen für die Deutschen besonders gefährlich ist, diesen verderblichen Weg. Angesichts des Wehgeschreis von den „reihenweisen Dummheiten in der Europapolitik" ist es notwendig, zu wiederholen, was Schumacher in seinem letzten Rundfunk-Interview am 6. August 1952 zur westlichen Integrationspolitik sagte: „Die Wiedervereinigung Deutschlands ist ein Ziel, das unserer Meinung nach vordringlicher und für die Befriedung und Neuordnung Europas wichtiger ist als jede Form der Integration mit anderen Ländern Europas. Die europäische Idee würde hoffnungslos bloßgestellt werden durch den den Deutschen auferlegten Verzicht auf ihre nationale Einheit."

Bedenkt man, wohin die Epigonen Schumachers die deutsche Sozialdemokratie im Schlepptau Wehners geführt haben, dann ergibt sich aus den „reihenweisen Dummheiten der Europapolitik" der letzten zehn Jahre eine zwingende Konsequenz. Es muß die Aufgabe deutscher Politik werden, die ideologische Orientierung aufzugeben und sich auf die geographischen Gegebenheiten zu besinnen. Deutschland gehört geographisch nicht zum Westen. Es ist vielmehr das Herzland Europas. Die Deutschen sind die Östlichsten der Westlichen und die Westlichsten der Östlichen. Sie sind Europas Mittelstück, und daraus resultiert ganz von selbst die deutsche Mittlerfunktion. Europas Gleichgewicht wird gestört und der Frieden gefährdet sein, solange Deutschland diese Funktion nicht ausübt. Heute treibt die Bundesrepublik, obwohl ein europäisches Land, Außenpolitik nach der geographischen Lage eines anderen Kontinents. Dadurch ist Deutschland zur Rolle eines permanenten Störenfrieds verurteilt. Und dabei ist die einfache Wahrheit dies: Die alte Ordnung Europas ist durch die Deutschen endgültig zerstört worden. Daraus ergibt sich von selbst die deutsche Aufgabe, mitzuhelfen, daß Ordnung und Frieden für alle Völker Europas neu fundiert werden. Die Frage heißt also überhaupt nicht, ob mit Kennedy oder de Gaulle, ob mit Amerika oder Frankreich, ob konventionelle oder atomare Aufrüstung, ob Einschmelzung Deutschlands in diesen oder jenen Block, sondern der deutsche Beitrag muß in aktiver Entspannungspolitik, Verständigungspolitik, muß in greifbaren Beiträgen zur Abrüstung bestehen.

Was James Byrnes 1946 in seiner berühmten Stuttgarter Rede sagte, gilt heute mehr als damals: „Es liegt weder im Interesse des deutschen Volkes noch im Interesse des Weltfriedens, daß Deutschland eine Schachfigur oder ein Teilnehmer in einem militärischen Machtkampf zwischen dem Osten und dem Westen wird." In diese Rolle aber hat sich die Bonner Politik gedrängt. Was wir brauchen, ist jedoch eine wohlabgewogene, zweiseitige und opferbereite Außenpolitik. Die Ära Adenauer geht unweigerlich dem Ende zu. Tragisch, daß Wehner die SPD

noch auf den knarrenden Karren dieser grundverkehrten Politik hievte. Um so mehr Grund, sich des Beginns der „reihenweisen Dummheiten" zu erinnern.

Damals, 1949, als die Weichen der deutschen Politik neu gestellt wurden, entbrannte ein heftiger Kampf um die künftige deutsche Hauptstadt. Oppositionsführer Schumacher erklärte nicht ohne gute Gründe, es sei nicht gleichgültig, ob die Hauptstadt im märkischen Sand oder in den Rebenhügeln links des Rheines liege. Trotzdem vermochte die SPD damals nicht dem Antrag der Kommunisten zu folgen, Berlin als Hauptstadt zu wählen. Wahrscheinlich wäre die ganze deutsche Politik anders gelaufen, und es wären uns „reihenweise Dummheiten" erspart geblieben. Wahrscheinlich gäbe es keinen Krisenherd Berlin und kein geteiltes Deutschland.

Darum sollten die „reihenweisen Dummheiten der Europa-Politik" der letzten zehn Jahre dazu führen, daß wir ein amerikanisches Vorbild nachahmen. In seiner Abschiedsbotschaft bekannte sich George Washington zu einem Geist, der endlich auch im Palais Schaumburg Einzug halten sollte: „Übt Vertrauen und Gerechtigkeit gegenüber a l l e n Nationen. Pflegt Frieden und Eintracht mit a l l e n. Das Wichtigste überhaupt ist, daß wir die tief in uns wurzelnde Abneigung gegen bestimmte Nationen und unsere leidenschaftliche Zuneigung für andere zum Schweigen bringen und daß wir statt dessen gerechte und freundschaftliche Gefühle für a l l e hegen. Diejenige Nation, die einer anderen gegenüber gewohnheitsmäßig Haß oder gewohnheitsmäßig Liebe empfindet, versklavt sich selbst."

O r e s t e R o s e n f e l d, Paris

Die Außenpolitik de Gaulles

1

Die letzten Handlungen de Gaulles auf außenpolitischem Gebiet haben jeden überrascht. In manchen europäischen Hauptstädten riefen sie Verwirrung hervor, in Washington wurden sie mit Bestürzung zur Kenntnis genommen, in London wurde die Regierung erschüttert. Selbst in Moskau herrschte einen Augenblick lang Ungewißheit. Überall erschien das Auftreten des Generals gegenüber England als erstaunlich heftig. Sogar wenn es ernsthafte Meinungsverschiedenheiten zwischen Paris und London gäbe, hätten sie auf eine diplomatischere Art bekanntgemacht werden können. Insbesondere wäre es die Pflicht der französischen Regierung gewesen, frühzeitig ihre EWG-Partner und Großbritannien über die Schwierigkeiten zu unterrichten, die einer Annahme gewisser Forderungen Macmillans im Wege stünden. Überraschend war ebenfalls, daß der Bruch mit England zur gleichen Zeit erfolgte wie der Abschluß des deutsch-französischen Vertrages. Weniger als zwanzig Jahre nach dem letzten Weltkrieg sah dieser Bündnis-Umsturz wie eine Art Herausforderung Englands und der Vereinigten Staaten aus. Dies um so mehr, als parallel dazu sich eine verdächtige Annäherung zwischen Frankreich und Spanien abzeichnete. In verschiedenen Ländern konnte man daher sogleich von der Verlängerung der Achse Paris—Bonn nach Madrid sprechen. Das vielleicht größte Paradox in dieser Angelegenheit sind die zahlreichen Gerüchte hinsichtlich einer Änderung der französischen Politik gegenüber der UdSSR. Der Satz de Gaulles über „das Europa bis zum Ural" und ein langer

Besuch, den ihm der sowjetische Botschafter Winogradow abstattete, schienen diese seltsame Nachricht zu bestätigen.

Zwei Monate sind seitdem vorübergegangen. Daher lassen sich die tatsächlichen Wirkungen der französischen diplomatischen Schritte auf die politische Lage in Europa bereits beurteilen. Die erstaunliche Verwirrung der gaullistischen Außenpolitik kann gekennzeichnet werden.

2

Die Haltung des General gegenüber den europäischen Ländern und den Vereinigten Staaten war immer wechselvoll. Seit dem Ende des letzten Krieges — und schon vorher, seit seiner Rückkehr in die befreite Hauptstadt im August 1944 — verfolgte der damalige Chef der Provisorischen Regierung zwei Ziele: Jede moralische Abhängigkeit von England und jede materielle Bindung an die USA zu lösen und sich Europa und insbesondere Deutschland als künftiger europäischer Führer aufzuerlegen. Hinsichtlich Großbritanniens wird seine Haltung von zwei versichedenartigen Grundsätzen bestimmt. Als überzeugter Monarchist und Befürworter der Ideen von Maurras teilt er das Mißtrauen und sogar die Feindschaft seines Milieus gegenüber dem „perfiden Albion". Er hat bis jetzt nicht die ungenügende Achtung vergessen, die ihm Churchill und seine Minister während seines Aufenthalts in London als Chef des „Freien Frankreich" bekundeten. Man muß allerdings hinzufügen, daß sie damals ernstere Sorgen hatten, als die Launen eines hochmütigen Generals zu schonen. Schließlich wurde er von Churchill und Roosevelt nicht sogleich als Staatsoberhaupt anerkannt, die kurze Zeit General Giraud unterstützten, weil sie ihn irrtümlich für wirksamer ansahen. So kam es, daß de Gaulle versuchte, sich mit Stalin zu verständigen, um eine Stütze und ein Gegengewicht zu bekommen. Auf zwei Pferde setzend, gelang es ihm letzten Endes, eine Besatzungszone in Deutschland und Österreich sowie einen Sitz im Alliierten Kontrollrat zu erhalten, den die Rolle Frankreichs im Laufe des Krieges vielleicht nicht rechtfertigte. In der deutschen Frage bestand de Gaulle auf der Annexion des Saarlandes und der Aufteilung Deutschlands. Dabei stieß er auf den Widerstand aller Alliierten, und so mußte er auf seinen Traum — und auf die Politik Richelieus, die er wieder aufnehmen wollte, verzichten.

3

Als de Gaulle durch den Militärputsch in Algier am 13. Mai 1958 wieder an die Macht kam, traf er eine internationale Lage an, die sich sehr wesentlich von derjenigen unterschied, die bei seiner Demission am 20. Januar 1946 geherrscht hatte. Aber solange der algerische Krieg andauerte und einen großen Teil der Streitkräfte jenseits des Mittelmeers band, vermochte er keine kühne und persönliche Außenpolitik zu treiben. Dies traf um so mehr zu, als Frankreich seit 1949 der NATO angehörte, die Bundesrepublik der westlichen Koalition beigetreten war und der Gemeinsame Markt eine reale Form angenommen hatte. Aus diesem Grund war die gaullistische Diplomatie zwischen 1958 und 1962 wenig aktiv. Tatsächlich wartete der General nur auf das Ende des algerischen Abenteuers, um seine Freiheit in der Außenpolitik wiederzuerlangen. Darauf bereitete er sich übrigens eifrig vor. Trotz der schweren finanziellen Lasten, die der Algerienkrieg verursachte, zögerte der Staatschef nicht, die wesentlichen Elemente einer nuklearen „force de frappe" aufzubauen. Seiner Meinung nach sollte auf diese Weise der Eintritt in den Klub der Atommächte erzwungen werden und Frankreich eine der drei Führungsmächte der westlichen Allianz abgeben. Daran dachte er seit seiner Rückkehr zur Macht. Mehrmals hatte er versucht, den Plan des Dreier-Direktoriums durch die USA und Großbritannien annehmen zu lassen.

De Gaulle wollte Frankreich nicht nur auf das Niveau der beiden anderen Weltmächte heben. Er war davon überzeugt, daß die Angelsachsen ihn dann als Führer Westeuropas anerkennen würden!

4

Ein wichtiger Grund für de Gaulle, den Algerienkrieg zu beenden, bestand darin, daß er diesen würgenden Knäuel loswerden wollte. Im Widerspruch zu den Lobgesängen, die dem General zuteil werden, und auch im Gegensatz zu seinen eigenen Erklärungen, muß man feststellen, daß er bei seinem Machtantritt 1958 keineswegs von der Notwendigkeit der Unabhängigkeit Algeriens überzeugt war. Niemals vorher hatte er den kolonisierten Völkern das Selbstbestimmungsrecht zuerkannt. Auf der berühmten Konferenz von Brazzaville 1942, die man häufig zur Erklärung der seit 1945 erfolgten Politik der Union francaise anführt, hatte de Gaulle weder die Unabhängigkeit noch auch nur die Autonomie der Kolonien anerkannt. Er stimmte allein einer künftigen Verleihung der französischen Staatsbürgerschaft an die Kolonialvölker zu. Das war alles. Im übrigen war er es, der 1945 ein Expeditionskorps nach Indochina entsandte, um diese Kolonie zurückzuerobern. Er war es, der den Hochkommissar in Indochina, den Admiral-Mönch Thierry d'Argenlieu, ernannte, der die Provisorische Regierung unter Bidault (nach dem Rücktritt de Gaulles) zum Abbruch der Verhandlungen mit Ho Chi Min zwang (auf der Konferenz von Fontainebleau im August 1946). Er unterstützte Thierry d'Argenlieu selbst nach der Haiphong-Affäre im November 1946, die den Indochinakrieg auslöste.

Noch 1958, als der algerische Krieg ihm das Zugeständnis der Verleihung des Selbstbestimmungsrechtes an die afrikanischen Länder abnötigte, brach er sofort mit Guinea, weil Sekou Tourè die Unabhängigkeit forderte. Nur die Unmöglichkeit, sich während des algerischen Krieges der Unabhängigkeitsbewegung der afrikanischen Völker zu widersetzen, brachte de Gaulle dazu, ihnen eine politische Unabhängigkeit zuzugestehen, die übrigens in manchen Ländern bis heute recht formaler Art ist. Der General nahm schließlich den Evian-Vertrag mit Algerien an, weil er von der Unmöglichkeit der Fortsetzung des Krieges überzeugt war, wenn er nicht auf jedes Prestige im Ausland und vollständig auf seinen Ehrgeiz verzichten wollte, der „Führer" Europas zu werden, als Gleicher neben Kennedy und Chrustschow.

5

Dieser Ehrgeiz quält ihn, beherrscht alle seine Handlungen. Er kann nicht übersehen, daß die „Reorganisierung" des Heeres, die „Modernisierung" der Streitkräfte, die Schaffung einer Berufsarmee zum Umgang mit Nuklearwaffen außerstande sind, die Landesverteidigung Frankreichs bis zu einem Grade zu entwickeln, daß es einen Gegner wie die UdSSR nicht zu fürchten brauchte. Doch glaubt er, daß dies bereits ausreicht, Kennedy zu einem Kompromiß zu zwingen. Dies wird in seinem Sinne umso eher möglich, als er weiß, wie Chrustschow die französischen Atomexperimente für sich benutzt: Welchen Wert können amerikanische Verpflichtungen haben, wenn der französische Verbündete sich daran nicht hält? Unter diesen Umständen ist es verständlich, warum de Gaulle die multinationale Atommacht ablehnt, die ihn wieder Kennedy unterordnen würde. Wird er nicht vom amerikanischen Präsidenten als gleichberechtigt in einem Direktorium anerkannt, das er jetzt unter Ausschluß Englands anstrebt, dann kann er mit seiner eigenen atomaren Macht eine wirkliche Erpressung der USA versuchen. Wenn das auch wenig erfolgversprechend ist, so sind die Kosten für Frankreich doch sehr hoch — was den Staatspräsidenten allerdings wenig stört.

Obwohl die für das laufende Jahr vorgesehenen Ausgaben den Wert von hunderttausend Wohnungen darstellen — in den folgenden Jahren wird sich die Summe noch erhöhen —, wird diese politische Spekulation von keiner menschlichen Rücksichtnahme gestört. Des Generals Hochmut beugt sich nicht vor so kleinlichen Erwägungen. Frankreich, das seinen ehemaligen Kolonien helfen muß, das gezwungen ist, mehr als fünfhunderttausend Algerien-Franzosen zu entschädigen und unterzubringen, das noch gewaltige Anstrengungen unternehmen muß, um seine Industrie und Landwirtschaft zu modernisieren und zu entwickeln, muß sich also nun noch verzehren, um eine „force de frappe" zu schaffen, deren strategischer Wert unbedeutend ist. Die Ehre, von einem „großen Mann" *regiert zu werden, ist kostspielig!*

6

Dieses beherrschende Denken des Generals muß beachtet werden, will man seine Diplomatie verstehen. Die Verhinderung des Eintritts Großbritanniens in die EWG bedeutet zuerst, dem „Knaben" Kennedy beizubringen, daß Frankreich seine Pläne über den Haufen zu werfen vermag. Begünstigen die Vereinigten Staaten nicht die Schaffung eines integrierten Westeuropas unter Teilnahme Englands? Großbritannien jedoch mit solcher Lässigkeit zurückstoßen, bedeutet gleichzeitig auch die Befriedigung einer Rache: es ist seine Revanche für die Jahre 1940—1944! Denn auch dies vergißt der General nie. Die Form selbst, in die er sein Veto kleidete, zeigt den bewußt entehrenden Charakter der Geste. Aus diesem Grund wählte er den Rahmen einer Pressekonferenz, einige Tage nachdem er mit Macmillan zusammengetroffen war, und stellte alle Partner vor ein Fait accompli. Bestätigt das nicht gleichzeitig den krankhaften Wunsch, den gestrigen Verbündeten zu demütigen, und den hochmütigen Willen, Klein-Europa zu regieren? Selbst wenn die Schwierigkeiten der Verhandlungen mit Großbritannien wirklich vorhanden wären, entbehrt solches Handeln jeglicher moralischer Rechtfertigung.

7

Hinsichtlich der „deutsch-französischen Annäherung" müssen sich die Deutschen darüber klar werden, wie verächtlich und einer wirklichen Freundschaft entgegengesetzt die gaullistische Methode ist. Im Denken des französischen Staatspräsidenten entspringt der Vertrag mit Adenauer nicht der Notwendigkeit einer Verständigung zwischen zwei Völkern, die sich so lange bekämpft haben. Der Mann, der die Aufteilung Deutschlands wollte, der die Annexion des Saarlands forderte, der die Beteiligung französischer Truppen an der Besetzung durchsetzte, dieser Mann ist nicht dazu berufen, von deutsch-französischer Annäherung zu sprechen. Das politisch-militärische Bündnis ist für ihn — nachdem sein Versuch, von den USA als „Führer" Europas anerkannt zu werden, gescheitert ist — nichts weiter als ein feindseliger Akt gegenüber England. Ich glaube, das Recht zu haben, in diesem Punkt besonders streng zu sein. Mein ganzes Leben habe ich für eine wirkliche und ehrliche Verständigung zwischen den beiden Völkern gekämpft. Zwischen den beiden Weltkriegen kämpfte ich an der Seite meines großen Freundes Léon Blum gegen den französischen und deutschen Militarismus, für eine Annäherung durch allgemeine, international kontrollierte Abrüstung, wozu die einseitige, durch den Versailler Vertrag verfügte Abrüstung Deutschlands den ersten Schritt hätte bilden müssen. Nach dem letzten Krieg erhob ich mich gegen die Annexionspläne de Gaulles und seines Vertreters an der Saar, Grandval, der heute Arbeitsminister ist. Ich habe nicht gezögert, die Teilnahme Frankreichs an der Besetzung Deutschlands und Österreichs zu verwerfen. Fast allein in der Sozialistischen Partei verteidigte ich die Rückkehr der Saar an

Deutschland. 1954 kämpfte ich gegen die Europaarmee und infolgedessen gegen die Wiederbewaffnung Deutschlands, weil ich an die allgemeine Abrüstung glaube. Nur auf diesem Wege verstehe ich die Annäherung des deutschen und französischen Volkes, nicht vermittels eines Militärbündnisses. Dieses Mittel führt nicht zur Annäherung zwischen den Völkern. Höchstens gelangt man dadurch zu Generalstabsabmachungen, selten zu einer Koordinierung der Außenpolitik. Und in der Mehrzahl der Fälle wird der militärische Wettkampf und das Ringen um die Herrschaft im Schoße der Koalition entfacht.

De Gaulle hat nicht die Gewohnheit, Macht oder Führung zu teilen, da er sich berufen glaubt, seinen Willen anderen aufzuerlegen. Und da er Westeuropa nicht mit einer winzigkleinen „force de frappe" zu beherrschen vermag, erscheint seine politisch-militärische Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik als eine neue Form der alten Erpressung sowohl gegenüber den USA wie gegenüber der UdSSR. Einer der treuesten Bewunderer, der Vorsitzende des außenpolitischen Ausschusses der Nationalversammlung, Maurice Schuman, gibt eine andere Deutung. Vor kurzem behauptete er, daß der deutsch-französische Vertrag „nicht allein eine Garantie gegen den Bündnis-Umsturz in der Art eines neuen deutsch-sowjetischen Vertrages, sondern auch gegen eine offensive Wiederkehr des deutschen Nationalismus biete". (Nach „Les Echos" v. 15. März 1963.) Ich überlasse ihm selbstverständlich die alleinige Verantwortung für diese, Deutschland gegenüber eher ungefällige Erklärung. Ich bin der Meinung, daß sie nicht der Auffassung de Gaulles entspricht, und halte meine Darlegung aufrecht, die sowohl durch die Annäherung an Franco-Spanien wie durch die Erklärung über das „Europa bis zum Ural" unterstrichen wird.

8

Der Besuch des gaullistischen Innenministers in Madrid verfolgte eine bestimmte Absicht: bei Franco Maßnahmen gegen die nach Spanien geflohenen OAS-Mitglieder zu erwirken. Noch weiß man nicht, welcher Preis für das Einverständnis der Madrider Regierung gezahlt wurde. Aber nachdem das Ziel erreicht war, rechtfertigte nichts die Madrider Reise des französischen Generalstabschefs und die Verträge, die gemeinsame französisch-spanische Manöver vorsehen. Darin ist ein Versuch zu sehen, sich einen Verbündeten zu sichern, nachdem England von Europa ausgeschlossen wurde und die USA sich entfernen. Aber der französische Staatschef gibt sich einer Täuschung hin, wenn er glaubt, daß Spanien ihm folgen und sich mit Washington und London darüber entzweien wird. Es wird den höchsten Nutzen aus dem „Wohlwollen" de Gaulles ziehen. Franco wird vielleicht das Verbot der politischen Aktivität der spanischen Flüchtlinge in Frankreich einhandeln, doch ist er zu vorsichtig, um an der Seite des französischen „Führers" ein großangelegtes, doch ganz illusorisches Manöver zu unterstützen.

9

Hinsichtlich der Sowjetunion ist die Haltung de Gaulles ebenfalls ungewiß. Zutiefst reaktionär und katholisch, hat de Gaulle nichts als Haß übrig für das kommunistische Regime. Aber sicher bewundert er Chrustschow. Schon 1931 schrieb er in seinem ersten Buch „Le fil de l'épée": „Der Aktionsmensch ist nicht ohne eine starke Dosis von Egoismus, Hochmut, Härte, List vorstellbar." Diesen machiavellistischen Ausspruch wendet er wörtlich an. Doch besitzt er nicht die Handlungsfreiheit, die der sowjetische Regierungschef innehat. Die Schläge, die die gaullistische Politik dem westlichen Bündnis, der NATO, dem „integrierten Europa" versetzt, müssen Chrustschow reichlich angenehm sein. Wenigstens hofft

das der General. Doch vergißt er, daß sich seit dem Abschluß des Nordatlantik-Vertrages 1949 die internationale Lage beträchtlich verändert hat. Der militärische Wert der NATO, der nie sehr groß war, nähert sich der Null. Chrustschow sieht das besser als jeder andere. Er kann die „Vorteile", die ihm die französische Außenpolitik verschafft, propagandistisch ausnutzen. Doch kann er dafür keinen Dank abstatten, da der General durch den deutsch-französischen Vertrag und die Anspielung auf das „Europa bis zum Ural" die Sowjetunion reizte. Selbst wenn Moskau die Wiederbewaffnung Deutschlands nicht fürchtet — wenn man seine Uberlegenheit an klassischen und atomaren Waffen in Betracht zieht —, müssen die Verantwortlichen der UdSSR eine Geste beantworten, die den deutschen Militarismus zu verstärken scheint. Vor dem russischen Volk sowie vor allen slawischen Völkern kann Chrustschow keine Gleichgültigkeit anläßlich des Anwachsens des deutschen Militärpotentials zeigen. Der deutsch-französische Vertrag erlaubt der Sowjetunion eine besonders volkstümliche Propagandawertung. Moskau hat sich nicht getäuscht hinsichtlich des famosen Worts „bis zum Ural". De Gaulle ist davon überzeugt, daß das „Heilige Rußland" nicht tot ist, daß es unter der sowjetischen Panzerung fortlebt und daß der Tag nicht entfernt ist, an dem es in seiner ganzen Pracht wiedererstehen wird, Front machend gegen China und die „gelbe Gefahr". Das wiederum soll es dazu bringen, sich auf Europa zu stützen. Seine Mission eines „Retters Frankreichs" zur Sendung eines „Retters Europas" erweiternd, schließt der General keineswegs eine Aufgabe aus, mit der ihn die Vorsehung betraut hätte: Sowjetrußland zu helfen, wieder das „Heilige Rußland" zu werden. Wie utopisch eine solche Perspektive auch sein mag, so verständlich ist es, daß Chrustschow das Spiel des Generals ablehnt, selbst wenn es die westliche kapitalistische Welt zu erschüttern scheint.

10

Ich glaube nicht, daß man die Außenpolitik de Gaulles tragisch zu nehmen braucht. Sie ist vor allem utopisch und widerspruchsvoll. Sie hat keine Zukunft. Aber in dem Maße, in dem Frankreich noch eine gewisse Rolle in der Welt spielt — und de Gaulle hat diese Rolle gewaltig beschränkt —, kann sie Verwirrung und Mißverständnisse stiften, Lösungen verhindern. Je mehr der General den Mißerfolg seiner Pläne feststellen wird, umso mehr wird er fähig sein, sich auf Frankreich allein zurückzuziehen, von allen internationalen Konferenzen fernzubleiben und unter Umständen jedes Unternehmen, das sich ohne ihn und gegen ihn entwickelt, lahmzulegen. Oberflächlich betrachtet, sind seine Projekte groß, ja sogar grandios. Aber wenn man sie von nahem ansieht, stellt man die persönlichen kleinlichen Beweggründe fest. Letzten Endes ist seine langfristige Politik eine kurzsichtige Politik. Ein kleines Beispiel: Während ich diese Zeilen schreibe, bricht ein schwerwiegender Konflikt zwischen Frankreich und Algerien aus. Die Regierung Ben Bellas protestiert scharf gegen eine neue französische Atomexplosion in der Sahara. Gewiß, der Evian-Vertrag erlaubt Frankreich während einiger Jahre die Benutzung der Atomanlagen. Ausdrücklich ist darin nicht gesagt, daß Frankreich neue Experimente vornehmen kann, aber ein Verbot ist auch nicht ausgesprochen. In Kenntnis des Geisteszustands der Völker Nordafrikas und der unterentwickelten Länder in der Frage der Atomversuche durfte die französische Regierung nicht übersehen, daß das unabhängige Algerien — welches auch die Vertragsklauseln sein mögen — keiner Fortsetzung der atomaren Explosionen ruhig zusehen würde. Und dennoch hat sie es übersehen. Es ist möglich, daß dies sogar zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen führen wird. Dieser Bruch wird wahrscheinlich für die materiellen Interessen Algeriens schädlicher sein als für diejenigen Frankreichs. Aber vom moralischen Standpunkt

aus ist der Zwischenfall für Frankreich außerordentlich schwerwiegend. Seine internationale Stellung wird stark in Mitleidenschaft gezogen. De Gaulle will davon nichts wissen. Sein Hochmut, den er dem „Ruhm Frankreichs" gleichsetzt, läßt ihn solche Umstände und die leicht vorhersehbaren Folgen ignorieren. Dieser Zwischenfall unterstreicht den wirklichen Charakter des Mannes und seiner Politik.

Prof. Dr. Ossip K. Flechtheim

Ursachen, Charakter, Wirkungen des Nationalsozialismus (I)

Warum beschäftigen wir uns heute, im Jahre 1963, eine Generation nach dem Ereignis, noch mit dem Geschehen des Jahres 1933, seinen Ursachen, seiner Bedeutung und seinen Auswirkungen? Hat nicht das sogenannte Tausendjährige Reich schon nach zwölf Jahren ein unrühmliches Ende gefunden? Ist es nicht angebracht, das Vergangene ruhen zu lassen, über die Gräber und Mordstätten des Dritten Reiches das Tuch des Vergessens auszubreiten? Der Nationalsozialismus sei tot, und man solle sich statt dessen lieber um den lebendigen Kommunismus kümmern, hat man kürzlich erklärt. Das ist aber ein trotz aller äußeren Plausibilität bei näherem Zusehen doch wirklich kurzsichtiger Gedankengang. Eine propagandistische Verdammung des Kommunismus als eines angeblich fremden asiatischen Feindes, wie sie bei uns oft üblich ist, kann nie und nimmer eine objektiv-kritische Analyse des Nationalsozialismus überflüssig machen. Trotz gewissen Ähnlichkeiten haben wir es mit zwei grundverschiedenen Phänomenen zu tun. Heute, wo sich der Kommunismus vielleicht auf dem Wege zu seiner Humanisierung befindet, tritt der Gegensatz zum Nationalsozialismus um so plastischer hervor. Der Nationalsozialismus ist Fleisch vom eigenen Fleische. Die eigene Vergangenheit läßt sich daher zwar verdrängen, nicht aber einfach aus der Welt schaffen. Mag das Dritte Reich auch in seiner ausgereiften Gestalt und in seinen einmaligen Besonderheiten „passé" sein, manche seiner Voraussetzungen, Grundhaltungen und vor allem auch Auswirkungen sind alles andere als tot — wir begegnen ihnen auch noch heute und hier auf Schritt und Tritt.

Beginnen wir also mit der Frage, wie es zum 30. Januar kam, kommen konnte oder gar kommen mußte. Eine Erklärung für die Ursachen des Erfolges der nationalsozialistischen Bewegung zu finden, ist allerdings gar nicht so einfach. Wie immer bei einem großen welthistorischen Phänomen stehen wir vor einer Vielfalt von Faktoren, die aufs innigste ineinander verwoben sind. Begnügen wir uns damit, einige besonders wichtige Fäden aus diesem undurchsichtigen Gewebe zu isolieren.

Rückblickend kann man sich kaum des Eindrucks erwehren, als hätten sozusagen alle objektiven und subjektiven Momente in eigenartiger Verstrickung immer wieder zum Erfolg des Nationalsozialismus hingetrieben. Wie in einer antiken Tragödie scheint alle Bemühung, den Sieg Hitlers zu verhindern, letzten Endes doch nur seinen Triumph näher gebracht zu haben. Und doch war, wie meist an den großen Wendepunkten menschlichen Geschehens, die Entwicklung

keineswegs unvermeidlich. Es hätte auch anders kommen können, wenn etwa dieser oder jener, der eine Schlüsselposition innehatte, die Situation und ihre Folgen adäquater erfaßt und entsprechend gehandelt hätte. Allerdings war auch wiederum der Aufstieg des Dritten Reiches alles andere als ein Zufall — war er das Ergebnis einer vielleicht einmaligen Konstellation, so wurde er doch zugleich von ungeheuer starken, tief in der deutschen Geschichte verankerten Tendenzen und Kräften bedingt.

Zu den wichtigsten Vorbedingungen der Machtübernahme gehörten die äußerst dynamische, alle Möglichkeiten geschickt ausnutzende Politik der NSDAP, die unverständlich-unheimlich bestrickende Persönlichkeit Hitlers, die äußerst wirkungsvolle Organisation der Bewegung, der rücksichtslose Einsatz der paramilitärisch-terroristischen Stoßtrupps der SA und SS. Die Wirkung einer perfektionierten Massenpropaganda, die an die Illusionen und Ängste, die Sentiments und Ressentiments, kurz an das, was K. Schumacher den „inneren Schweinehund" im Menschen genannt hat, appellierte, ist nur allzu bekannt. Daß dabei auch echter Idealismus mit im Spiel war, wird niemand leugnen. Heute weniger bekannt, aber darum nicht weniger bedeutsam, ist die äußerst klug angewandte Einheitsfront-Taktik von rechts. Während sich die Kommunisten durch den Verzicht auf die Einheitsfront von links selber isolierten, gelang es so den Nationalsozialisten, die Unterstützung breitester reaktionärer, „nationaler" Kreise zu gewinnen, um die gegnerische Front von links her aufzurollen und zu zerschlagen.

Dem rücksichtslosen Dynamismus des Nationalsozialismus läuft aber nicht nur die Anfälligkeit der Rechten ihm gegenüber, sondern auch der kraftlose Immobilismus der demokratisch-republikanischen Parteien und Politiker parallel. Vollkommen unvorbereitet, mußten die republikanischen Parteien nach 1918 die Regierungsverantwortung unter den widrigsten Bedingungen über Nacht übernehmen. Die Sozialdemokratische Partei litt dauernd darunter, daß sie von vornherein auf die Verwirklichung des Sozialismus verzichtet hatte und bald zur Verteidigerin der stets konservativer werdenden Republik wurde. Da sie so immer wieder auch die Stützpunkte der Reaktion in der Republik im Bündnis mit der Rechten gegen die äußerste Linke verteidigte, verlor sie viele ihrer Anhänger zunächst an die USPD und dann an die KPD. Deren Kampf für die proletarische Diktatur nach russischem Muster trug aber nur zur Schwächung und Zersplitterung der Arbeiterbewegung bei. Im bürgerlichen Lager war die DDP so wenig an der Zukunft orientiert, daß ihr bedeutendster Kopf, Walter Rathenau, sie schon nach wenigen Monaten enttäuscht verließ. Das Zentrum ordnete die Verteidigung der Privilegien der Kirche und der katholischen Minderheit einer dynamisch-demokratischen Gesamtkonzeption über. Die Deutsche Volkspartei stand trotz der gemäßigten Taktik Stresemanns der sogenannten „Massendemokratie" mit wachsender Ablehnung gegenüber. Die Deutschnationale Volkspartei, die nicht nur vom ostelbischen Großgrundbesitz, sondern auch von weiten Teilen des protestantischen Bürgertums und des Mittelstandes getragen wurde, sah in der Republik ihren Todfeind und war nur allzu gern bereit, dem Nationalsozialismus eine Chance zu geben.

Diese Haltung der Parteien spiegelte die Schwäche der fortschrittlichen Kräfte in der deutschen Gesellschaft wider. Das Fehlen revolutionär-demokratischer Traditionen war identisch mit der Stärke der Überlieferung des Polizeistaates, der Obrigkeitsgesellschaft und der Untertanenmentalität. Die tragenden Schichten der Gesellschaft — die Bürokratie, das sogenannte Junkertum, die Schwerindustrie — blieben bis zuletzt antidemokratisch und autoritär. Weder die Novemberrevolution noch die Weimarer Verfassung hatten sie entmachtet. Immer größer wurde die Kluft zwischen der formalen Demokratie des Verfassungsrechts und

der realen Autokratie in der Verfassungswirklichkeit. Nicht mit Unrecht hat man von einer Republik ohne Republikaner gesprochen oder davon, daß der Kaiser gegangen, die Generäle aber geblieben seien. Hinzu kamen sekundär Fehler der Verfassungskonstruktion, die zur Zersplitterung der Parteien und zur Labilität der Kabinette beitrugen, vor allem der berüchtigte Artikel 48, der eine nur allzu lebendige Versuchung darstellte, die Demokratie zu suspendieren und mit dem Mittel des Ausnahmezustandes, d. h. letzten Endes mit der zivilen und militärischen Bürokratie, zu regieren.

Nicht zu übersehen ist ferner die Antiquiertheit der Wirtschaftsordnung, die in der großen Wirtschaftskrise nach 1929 so eklatant wurde. Während der ganzen Dauer von Weimar rebellierten die infolge der Rationalisierung stark angewachsenen Produktionskräfte und -kapazitäten ständig gegen eine allzu starre Eigentums- und Besitzordnung. Die Konzentration des Kapitals in Kartellen und Monopolen stärkte die Macht der Unternehmer und erschwerte die Ausweitung des inneren Marktes. Zugleich führte zunächst die Inflation von 1923 und dann die Deflationspolitik Brünings zu immer größerer Verarmung der breiten Schichten — der Arbeiter und Angestellten, der Beamten und freien Berufe, der Gewerbetreibenden und Bauern. Schließlich beschnitt die Misere der Weltwirtschaft Deutschlands Exportmöglichkeiten erheblich. So entsteht das Bild einer Wirtschaft, die äußerst krisenanfällig ist. Kein Wunder, daß sich die Weltwirtschaftskrise im überindustrialisierten Deutschland sofort besonders katastrophal auswirkte. Angesichts der Massenarbeitslosigkeit, des Ruins der Mittelschichten, der Bedrohung der Rentabilität von Großindustrie und Großgrundbesitz suchte das Bürgertum verzweifelt nach einem neuen Staat, der die Wirtschaft endgültig sanieren sollte, ohne die traditionalen Besitzverhältnisse zu revolutionieren. Die Arbeitnehmer standen unter ihren konzeptionslosen Führungen diesen Vorstößen ganz hilflos gegenüber.

Endlich war auch die internationale Position Deutschlands höchst prekär. Die auch heute noch verbreitete Behauptung, Hitler sei das Produkt des sogenannten Schmachfriedens von Versailles, ist natürlich eine Legende. Verglichen etwa mit dem Friedensschluß von Brest-Litowsk war Versailles alles andere als das brutale Diktat. Die Verträge von 1919 waren allerdings denkbar ungeeignet, die Probleme Europas zu lösen, vor allem auch wegen der von ihnen inaugurierten illusionären Weltwirtschafts- und Reparationspolitik. Deutschland hat aber nicht nur unter Versailles gelitten, sondern vor allem auch unter der Tatsache, daß es vier Jahre lang in einem selbstmörderischen Weltkrieg schwerste Verluste erlitten hat. Zweifellos hat die kurzsichtige und halbe Politik der Alliierten zur Schwächung der Weimarer Demokratie beigetragen. Nichts wäre aber verfehlter, als nur die anderen für den Sieg Hitlers verantwortlich zu machen. Die primäre Verantwortung für Hitler liegt bei Deutschland, und hier insbesondere wiederum bei jenen privilegierten Kreisen und absinkenden Mittelschichten, die, von einem wahren Fieberparoxysmus erfaßt, alle rationalen Erwägungen in den Wind schlugen und in einem genialen Psychopathen den Retter des Landes, ja der Welt, entdeckt zu haben wähnten.

II.

Nach diesem nur allzu kursorischen Überblick über die Ursachen des 30. Januar sei kurz der Charakter des Systems analysiert, vor dem als dem „Heiligen Dritten Reich" nach Meinung der Nationalsozialisten „eine Welt wird stumm sich neigen" (H. Anacker). Kann man überhaupt das schillernde, vieldeutige, ungewöhnliche Phänomen des nationalsozialistischen Herrschaftssystems auf einen einfachen Nenner reduzieren? Ein enttäuschter alter Nationalsozialist, Hermann

Rauschning, hat im Nationalsozialismus vor allem eine „Revolution des Nihilismus" sehen wollen. Eine rechte Volksrevolution war jedoch die sogenannte „nationale" oder nationalsozialistische „Revolution" von 1933 nicht — nicht einmal eine typische „Revolution von oben". So eindrucksvoll das Wort Rauschnings von der „Revolution des Nihilismus" ist — man steht eher vor einer äußerst nihilistischen G e g e n revolution gegen die „November-Republik". Zwar folgt die Konterrevolution der Revolution von 1918 nicht Schlag auf Schlag; als verzögerte Gegenrevolution vernichtet sie ein Regime, das in der Tat — rückblickend können wir das heute klarer sehen — über den Zustand eines revolutionären Provisoriums noch nicht hinausgewachsen war. Der bisher letzte Akt in diesem Drama wäre dann die auch wieder mit einer gewissen Verspätung — nämlich 1949 — einsetzende „Restauration" der Bonner Republik. Natürlich stellt Bonn keine einfache Wiederherstellung des wilhelminischen Ancien Régime dar: Es liegt eher — historisch, nicht geographisch — irgendwo z w i s c h e n Weimar und Potsdam.

Von vornherein richtet sich der Nationalsozialismus gegen „Versailles" und den Verlust des Ersten Weltkrieges. Die Niederlage wird einfach nicht zur Kenntnis genommen — für die nationale Rechte existiert sie überhaupt nicht. „Im Felde unbesiegt", hat in Wahrheit Deutschland den Krieg gewonnen — nur die „Verräter" in der Etappe haben es um den von der Geschichte dekretierten, wohlverdienten Sieg geprellt. Die „innere Säuberung" ist daher Voraussetzung für die Wiedergewinnung der Weltmachtstellung. Indem die Nationalsozialisten die Niederlage rückgängig machen wollen, sind sie total blind für den das ganze Jahrhundert beherrschenden historischen Trend der Verlagerung des weltpolitischen Schwergewichts vom Zentrum Europas weg zur Peripherie — zu den USA und zur SU. In ihrer Verblendung wollen die Nationalsozialisten die Uhr auf jene Stunde zurückdrehen, da das Zweite oder gar das Erste Reich in ihrer ganzen Macht und Glorie erstrahlten: das Dritte Reich soll noch kraftvoller dastehen als das Reich Karls des Großen oder Karls V., der Hohenstaufen oder der Hohenzollern: „Heute gehört uns Deutschland und morgen die ganze Welt!" offenbart einer ihrer Kampfgesänge ohne jede Umschweife.

Zugleich ist der innere Zustand des Reiches zu „restaurieren". Natürlich muß die Weimarer Demokratie verschwinden — darüber hinaus will man aber auch die sogenannten „Ideen von 1789" mit der von ihnen herrührenden „westlichen Dekadenz" eliminieren. „Rückwärts, rückwärts, Don Rodrigo, rückwärts, stolzer Cid!" Zurück soll es gehen — nie wird allerdings deutlich, ob zum 19. Jahrhundert, zum Mittelalter oder gar zu Hermann dem Cherusker. Die rechts- und verfassungsstaatlichen Prinzipien des Liberalismus haben jedenfalls zu verschwinden. Der Aufstieg der Arbeiterklasse muß, koste es was es wolle, zurückgeworfen, der Niedergang des Mittelstandes gebremst, die Bedrohung der Großindustrie und des Großgrundbesitzes, der Bürokratie und des Militärs beseitigt werden. In all diesen Punkten genoß der Nationalsozialismus die begeisterte Unterstützung der sogenannten „nationalen" Rechten. Das Bündnis Hitler—Hindenburg und der Tag von Potsdam standen im Zeichen der Rückkehr zur „guten alten Zeit".

Die reaktionären Verbündeten Hitlers hatten nur übersehen, daß im 20. Jahrhundert die Restauration der Vergangenheit ungeheure Zerstörungen mit sich bringen und der Abbau der modernen Welt ein sozialkulturelles Trümmerfeld hinterlassen mußte. Umgekehrt hatten die Nationalsozialisten gerade an der Zerstörung der angeblich dekadenten Institutionen und ihrer Träger ihren M o r d s spaß. Das Ziel der Restauration wurde für sie immer uninteressanter — die Mittel der Destruktion rückten immer mehr in den Vordergrund. So war die Steige-

rung und Perfektionierung der modernsten Methoden der Macht und Gewalt alles andere als ein Zufall. Während jedenfalls zunächst Destruktion und Terror im Kommunismus unter anderem auch den Weg in die Zukunft abkürzen sollen und so zumindest die Chance besteht, daß dieser „Futurismus", um einen Begriff Toynbees zu gebrauchen, von der historischen Entwicklung eingeholt und „überholt" wird, bleibt umgekehrt der „Archaismus" des Nationalsozialismus immer weiter hinter der geschichtlich-gesellschaftlichen Entwicklung zurück. Es gehört daher zum Wesen solcher faschistischer Bewegungen und Systeme, daß sie in ihrem weiteren Verlauf stets zerstörerischer, unmenschlicher, nihilistischer werden.

Dabei erweckt der Nationalsozialismus den Anschein, als sei er die einzig gültige Antwort auf alle Fragen unserer Zeit. Er verspricht dem hungrigen Magen Brot, dem verängstigten Gemüt Sicherheit, dem einsamen Herzen Gemeinschaft. Er schreibt extreme Gewalttätigkeit ganz groß — und doch spiegelt er auch wieder den Massen das Traumbild des Friedens vor. Indem der charismatische Führer einen Kreuzzug gegen wirkliche oder eingebildete Gegner organisiert, versichert er sich der „ewigen" Treue seiner Gefolgsleute. So gelingt es ihm, seine Anhänger in einen Rausch des Glaubens und Fanatismus zu versetzen, der an die Glut religiöser Bewegungen erinnert. Man hat daher im Nationalsozialismus nicht mit Unrecht auch eine „soziale" oder „weltliche" Religion sehen wollen. Allerdings handelt es sich um eine „Religion", die nicht dem Menschen dient, sondern dem Moloch Macht. Die Führer werden nicht einmal von echter Liebe zu ihrem eigenen Volk getrieben, sondern vom Haß gegen den — eingebildeten oder wirklichen — Feind und vom Verlangen nach Macht für sich selber, die nur in ständigem Kampf gesichert und ausgebaut werden kann.

Eine solche „nihilistisch-reaktive" Bewegung rekrutiert sich ganz natürlich aus denjenigen sozialen Schichten, die bessere Tage gesehen haben, sich nun aber in einem säkularen Niedergang befinden. In der Krise, in der sie nun plötzlich ihre soziale Stellung und Sicherheit, ihr Einkommen und Vermögen schwinden sehen, reagieren sie umso fanatischer. Der sogenannte „Mittelstand" war daher besonders anfällig, während den engeren Kern der nationalsozialistischen Bewegung das sogenannte Lumpenproletariat und die deklassierten „Desperados" aller Schichten bildeten.

Es gibt aber nicht nur eine soziologische Affinität zwischen dem Nationalsozialismus und gewissen Schichten, sondern auch eine psychologische Korrelation zwischen Faschismus und gewissen Charakterstrukturen. Eine Überprüfung von 60 000 Quisling-Anhängern in Norwegen hat das Vorhandensein eines relativ hohen Prozentsatzes von Psychotikern, insbesondere von hysterischen und paranoiden Charakteren ergeben. Es dürfte alles andere als ein Zufall sein, daß im Faschismus pervers-sadistische und neurotisch-paranoische Charaktere leicht in Schlüsselstellungen gelangen. So sehen wir in den Spitzenstellungen des Nationalsozialismus sozial-pathologische Desperados wie Hitler und Himmler, Streicher und Göring, Heß und Ley, während sich normalere Führer wie die Brüder Strasser nicht durchzusetzen vermögen. Den Grenztypen, die die Lebensformen der neuen Gesellschaft bestimmen, gelingt es sogar, auch dem normalen Durchschnittsbürger immer wieder ihre Maßstäbe aufzuzwingen, ihn nach ihrem Ebenbild zu formen und zum Manipulator einer in den Dienst der Aggression und der Perversion gestellten äußerst rationalisierten Technik zu machen.

In der diabolischen Vervollkommnung seines Machtstrebens und seiner Machttechniken kommt der Nationalsozialismus tatsächlich den Orwellschen Machthabern von „1984" beängstigend nahe. Das beste Beispiel für diese seine satanische Komponente ist die sogenannte „Endlösung" der Judenfrage, die in dem

Massenmord an Millionen von Juden — auch Kindern, Frauen, Greisen — in den Vernichtungslagern von Auschwitz, Maidanek usw. gipfelt. Zur Illustration sei hier die schauerliche Aussage des Lagerkommandanten von Auschwitz, Rudolf Hoess, die im 33. Band der Protokolle des großen Nürnberger Prozesses zu finden ist (S. 276 ff.), zitiert:

> „Ich hatte den Befehl erhalten, im Juni 1941 Vernichtungsvorrichtungen in Auschwitz zu errichten ... Als ich daher das Vernichtungsgebäude in Auschwitz errichtete, verwandte ich Cyclon B, eine kristallisierte Blausäure, die wir in die Todeskammer aus einer kleinen Öffnung träufelten. Je nach den klimatischen Bedingungen dauerte es drei bis fünf Minuten, bis die Menschen in der Todeskammer tot waren. Wir wußten, wann die Leute tot waren, weil dann ihr Schreien aufhörte. Wir warteten gewöhnlich eine halbe Stunde, bis wir die Türen öffneten und die Leichen entfernten. Nachdem die Leichen entfernt worden waren, nahmen unsere besonderen Kommandos die Ringe ab und brachen das Gold aus den Zähnen der Leichen."

Selbstverständlich reicht weder die soziologische, noch die psychologische Deutung der nationalsozialistischen Bewegung zur vollen Erklärung dieses unheimlichen Phänomens aus. Immerhin werfen sie manches Licht auf dieses dunkelste Kapitel moderner Geschichte — jedenfalls mehr Licht als die letzten Endes wenig fruchtbare Suche nach einer „Theorie" des Nationalsozialismus. Der Nationalsozialismus hat sich selber mit einigen theoretischen Vorläufern und Vorbildern auszustatten versucht — ohne wirkliche Berechtigung. Er war, wie er sich selber sogar gelegentlich rühmte, eine eminent un-, ja antitheoretische Erscheinung. In Wirklichkeit reduzierte sich die sogenannte „Theorie" des Nationalsozialismus auf die Glorifizierung der Gewaltsamkeit, die Legitimierung der Macht und die Deifizierung des Führers als des Trägers und der Quelle aller Macht. Es wäre daher ganz verfehlt, in den ideologischen Äußerungen etwa echte zweckrationale oder wertrationale Ideen oder Theorien sehen zu wollen. Selbst der einige rationale Elemente aufweisende Nationalismus und Imperialismus enthält vor allem mehr oder weniger zufällige Propagandalosungen und Triebverhüllungen. Die angeblichen Theorien des Nationalsozialismus beruhten weitgehend auf Komplexen und Reaktionen. Sie waren voll von Sentiments und Ressentiments, ja z. T. handelte es sich um „Rationalisierungen", die jeder logischen Analyse spotteten, vielmehr nur tiefenpsychologisch zu erklären sind. Eine Bewegung, die stolz auf ihren Irrationalismus und Emotionalismus ist, die nicht mit dem Kopf, sondern mit dem Blut denkt, hat für echte Theorie nur Verachtung übrig. Die alles beherrschende politische Praxis reflektiert immer nur ad hoc und ad hominem. Die nationalsozialistische „Theorie" wird daher auch nur durch Macht und Erfolg falsifiziert oder verifiziert — versagen diese, so bleibt nur eine leere Hülle.

(Schluß folgt)

Dr. Günther Anders

Resistance heute

(Rede bei der Entgegennahme des Premio Omegna, Mailand, 26. 11. 1962.)

Niemals zuvor habe ich eine Ehrung akzeptiert. Denn diejenigen, die uns Ehren antragen, beabsichtigen damit gewöhnlich, uns dazu zu verführen, resistance aufzugeben. Oft werden wir sogar von Autoritäten geehrt, die sowenig Ehre besitzen, daß wir sie gar nicht wiederehren könnten; von Leuten also, die dadurch,

daß sie trotz ihrer Ehrenarmut auch Ehre noch ausleihen, eigentlich das Risiko laufen, in restlose Ehrlosigkeit zu geraten.

Auf jeden Fall gilt: Durch Annahme einer Ehrung verpflichtet sich der Ehrenempfänger dem Ehrenverleiher, der Geehrte verspielt damit seine Freiheit, jede Medaille ist eine Art von Fessel. Aus diesem Grunde haben wir alle außerordentlich vorsichtig zu sein bei der Wahl derer, von denen wir uns ehren lassen.

Gerade aus diesen Gründen aber nehme ich die Ehrung von Ihnen mit der größten Freude an. Denn ich w i l l Ihnen verpflichtet sein. Voll Respekt stehe ich vor Ihnen, die Sie vor zwanzig Jahren, in der Zeit des Faschismus und Nationalsozialismus, dem Terror Widerstand geleistet haben; und zu Ihnen zähle ich auch die hier Abwesenden, diejenigen, die heute hier nicht mehr erscheinen können, weil sie dem Terror zum Opfer gefallen sind. Obwohl ich persönlich keinen von Ihnen kenne — zu Ihnen gehöre ich doch, denn die Hälfte meines Lebens hat in anti-faschistischem Kampf bestanden, siebzehn Jahre habe ich im Exil verbracht. Mit Ihnen freilich darf ich mich nicht vergleichen, denn da ich mich in der Zeit des Terrors und des Krieges außerhalb Europas befand, hatte meine Bereitschaft zu resistance die äußerste Feuerprobe nicht zu bestehen. Wenn ich einen Moment lang gezögert habe, Ihre Ehrung wirklich anzunehmen, so deshalb, weil ich — moralisch gesprochen — im Vergleich mit dem kleinsten Maquisard ein Niemand gewesen bin; also deshalb, weil ich zweifelte, ob ich ein Recht auf diese Ehrung besaß. Aber ich nehme sie an. Wenn Ehrungen, wie ich eben sagte, Bindungen und Verpflichtungen sind, dann nehme ich an, u m mich an Sie zu binden; um die Kämpfe, in die wir heute verstrickt sind und die durchzukämpfen ich mich verpflichtet fühle, bewußt an die Tradition des alten anti-faschistischen Kampfes anzuschließen. Ich nehme an, unter der Bedingung freilich, daß Sie sich auf einen Ehrentausch einlassen, daß Sie mir erlauben, Ihnen meine Verehrung auszudrücken für das, was Sie getan haben.

Liebe fremde Freunde, es ist wichtig, die Überlieferung der antifaschistischen resistance vor zwanzig Jahren heute lebendig zu erhalten und das Andenken jener zu pflegen, die uns zuliebe damals ihr Leben riskiert und verloren haben. Gerade heute, da die alten Feinde und die alten Infamien in gewissen Ländern Mitteleuropas wieder Morgenluft wittern, ist das besonders wichtig.

Aber es gibt etwas anderes, was ebenso nötig, wenn nicht sogar noch nötiger ist. Treu sind nämlich nur diejenigen, die sich wandeln; die im Interesse ihres gleichbleibenden Ziels in Bewegung bleiben.

Und uns wandeln und in Bewegung bleiben müssen wir deshalb, weil der Feind sich rapide verwandelt hat; weil die Misere und der Terror, denen wir heute ausgesetzt sind, nicht mehr identisch sind mit der gestrigen Misere und dem gestrigen Terror; und weil die neue Situation auch neue Mittel des Widerstandes und neue Mittel des Angriffs nötig macht.

Damit Sie sofort verstehen, wovon ich spreche, nenne ich Ihnen zwei Erscheinungsformen der neuen Misere und des neuen Terrors.

1. Es gibt den universalen a t o m a r e n T e r r o r, durch den jedes Land, das die nuklearen Monstren besitzt, jedes andere pausenlos erpressen kann und effektiv erpreßt; der Terror, der uns alle, einschließlich der Erpresser, täglich in „morituri", in prospektive Opfer verwandelt. Durch diesen Terror wird (sogar dann, wenn die Katastrophe, das Zeitenende, nicht eintreten sollte) der Globus als ganzer zum Konzentrationslager, denn Entrinnen und Zufluchtsländer gibt es dann nicht mehr. Dieses ungeheuere Konzentrationslager zu sprengen, das erfordert Methoden, die von denen, die wir vor zwanzig Jahren angewandt haben, völlig verschieden sein müssen.

Ferner: Da wir unter diesem Terror leben, ist uns jede Freiheit der Planung der Zukunft geraubt — und das ist eine Freiheitsberaubung, die den Ausdruck „freie Welt" einfach zum Zynismus macht. Und diese Freiheitsberaubung demoralisiert uns sogar dann, wenn der Atomkrieg nicht ausbrechen sollte. Denn nicht nur, w i e unsere Zukunft aussehen wird, ist damit fraglich gemacht, sondern ob es überhaupt eine Zukunft geben wird. Und das bedeutet für uns natürlich, daß wir nicht nur für eine b e s s e r e Zukunft zu kämpfen haben, sondern dafür, d a s s es Zukunft gebe; dafür daß (die Worte klingen paradox) Zukunft b l e i b e.

2. Es gibt heute den „s a n f t e n T e r r o r", den die Massenmedien und die ‚hidden persuaders' ausüben; den Terror, der uns alle auf unblutige Weise konform macht, und das sogar in Form von „Unterhaltung" und in jenen Mußestunden, die wir früher als „Freizeit", also als „Freiheit", angesehen hatten. Sich diesem Terror zu entziehen, das ist entsetzlich schwer, denn die Freiheitsberaubung, die er mit sich bringt, ist extrem, und zwar deshalb, weil er uns sogar der Freiheit beraubt, zu spüren und zu wissen, daß wir unfrei sind.

*

Liebe Freunde, in beiden Fällen handelt es sich nur um Beispiele, denn es gibt noch weitere Spielarten heutigen Terrors. Aber auch diese zwei Beispiele werden wohl schon genügen, um es uns evident zu machen, daß Terror heute etwas anderes ist als das, was die Menschheit bisher, und auch wir noch vor zwanzig Jahren, unter „Terror" verstanden hatten. Gewiß, an vielen Stellen unseres Globus gibt es auch heute noch Misere und Terror im alten Stil (in Kalkutta habe ich Hunderttausende nackt auf der Straße liegen gesehen, und in Spanien sitzen heute noch loyalistische Widerstandskämpfer in der Gefängnissen jenes Mannes, der Hitler damals imitierte und das heute noch tut) — aber, so furchtbar beide Beispiele auch sein mögen, sie sind Rudimente auf dem Wege, den unterdessen der herrlich fortschreitende und fortschrittliche Terror zurückgelegt hat. Wenn wir den Wunsch und den Willen haben, unser altes Ziel, die Rettung der Freiheit des Menschen und der Existenz des Menschen, weiter zu verfolgen, dann haben wir mit diesem furchtbar rasch rennenden Feinde Schritt zu halten, dann haben wir au courant zu bleiben; dann haben wir jedem Schritt der Freiheitsberaubung, der heute gemacht wird, unseren kontrapunktischen Schritt der Freiheitsrettung entgegenzusetzen. Um einen Feind zu besiegen, muß man sich an ihn hängen. Sonst läßt er uns weit hinten zurück.

Nun, liebe Freunde, diesen Wandel anzuerkennen, das ist keine ganz leichte Aufgabe: denn damit haben wir ja zugleich anzuerkennen, daß der Typ unseres Widerstandes von gestern weitgehend obsolet geworden ist. Wir werden also der Versuchung der Bequemlichkeit „Widerstand" leisten müssen; wir werden den Mut finden müssen, einen Schlußtsrich unter unser damaliges Kapitel zu ziehen, und das heißt: wir werden uns anstrengen müssen, neue und ungewohnte Methoden zu erfinden, sogar neue und ungewohnte Allianzen zu schließen. Es liegt ja auf der Hand, daß wir zur Abwehr der atomaren Apokalypse nicht in den Maquis gehen können; und daß es keinen Zweck hätte, Brücken zu sprengen, wenn es darum geht, dem „sanften Terror" der Meinungs- und Willensproduktion Widerstand zu leisten. Wenn wir auf unsere alten Methoden zurückgriffen, dann würden wir die neuen (oder neu kostümierten) Feinde nicht nur nicht treffen; wir würden ihnen umgekehrt den allergrößten Gefallen erweisen. Sie wären nämlich froh darüber, harmlose Feinde zu haben; und sie würden uns nicht nur verhöhnen (etwa so wie Artilleristen Bauern verhöhnen würden, die ihnen mit Sensen entgegenträten), vielleicht würden sie uns sogar begönnernd auf die Schulter klopfen.

Aber was heißt hier „vielleicht". Ich gebe Ihnen ein Beispiel dafür, daß die Dinge effektiv so vor sich gehen:

In der heutigen deutschen Bundesrepublik (deren rapide Re-Faschisierung Ihnen ja bekannt ist) existiert eine ganze Literatur, in der die deutsche Resistance gegen Hitler heroisiert wird. Diese Literatur ist zuweilen sogar von reaktionären Blättern, ja von offiziellen Stellen, willkommen geheißen worden. Wie haben wir das zu verstehen? Antwort: Alibi-Gründe. Um zu tarnen, daß sie heutige Freiheitsbewegungen und Resistancebewegungen bekämpfen, treten sie als Advokaten der Freiheit auf, und das tun sie am geschicktesten dadurch, daß sie einen ehemaligen Typ von Resistance preisen. Nur sehr selten kommt es vor, daß diejenigen Buchverlage, die solche Bücher herausbringen, auch Aufrufe zur heutigen Resistance (also etwa Bücher gegen die atomare Bewaffnung der Bundeswehr) publizieren; und das zu erwarten, wäre naiv. Seien wir also argwöhnisch gegenüber denjenigen, die unsere gestrigen Taten loben. Es gibt viele unter ihnen, die durch ihr Lob unseren heutigen Widerstand zu lähmen wünschen. Auch durch Loben kann man sabotieren.

Das raffinierteste Mittel freilich, jede Resistance heute zu lähmen, ist das, Resistance comme telle als etwas Gestriges zu bezeichnen, z. B. den Marxismus als fossiles und museales Überbleibsel aus dem 19. Jahrhundert. „Proletarier?" höhnt man heute, „Wo gibt es denn heute noch Proletarier? Da doch jeder sein WC, seinen TV-Apparat, seine Musik im Haus, sein Motorrad, seinen Eisschrank usw. besitzt? Alle sind frei." So hört man es in den Vereinigten Staaten, so in der deutschen Bundesrepublik, und sehr ähnlich vermutlich in anderen Ländern. Alle sind frei — wozu also Befreiung?

Liebe Freunde, schenken Sie denjenigen, die Freiheit als ein Faktum hinstellen (wie es zum Beispiel in der Redensart „Free world" der Fall ist), niemals Glauben. Es gehört zu den auffälligsten Paradoxien der europäischen Geistesgeschichte, daß die These, wir seien frei, sehr häufig von Reaktionären vertreten worden ist, während sich die Freiheitskämpfer ebenso häufig als Deterministen bezeichnet haben. Aber die Sache ist noch paradoxer. Diejenigen, die unsere Resistance zu sabotieren versuchen, sie beweisen unser Freisein nämlich gar nicht dadurch, daß sie auf diese oder jene Freiheit hinweisen, sondern dadurch, daß sie auf unseren Komfort zeigen; also aufs zynischste unterstellen, daß Freiheit und Komfort identisch seien. Denn sie weisen ja auf den heutigen Überfluß hin.

Nun handelt es sich aber bei dem heutigen Überfluß, der uns durch Kauf- und Konsumzwang aufgenötigt wird, um einen Überfluß an prefabricated civilization, an prefabricated way of life, an prefabricated Meinungen, Meinungslosigkeiten und Gefühlen. Und da wir uns gar nicht dagegen wehren können, diese bereits vor-gekaute Überfülle zu schlucken, und da wir, überfüllt mit diesem süßen Zwangsfutter, gar nicht mehr die Zeit haben und die Kraft aufbringen können, zu den Inhalten selbst Stellung zu nehmen, läuft diese abundante Belieferung auf Freiheitsberaubung hinaus, und diese Freiheitsberaubung wagen sie uns als Beweis unserer Freiheit anzubieten.

Bin ich etwa dadurch frei, daß ich das, was mir zuvor durch tausendfache angenehme Propaganda eingetrichtert worden war und was ich geschluckt hatte, ohne überhaupt zu spüren, daß ich etwas schluckte, was ich nun als „meine Meinung" wieder von mir geben darf?

•

Aber kehren wir noch einmal zu der höhnenden Redensart zurück, es gebe heute keine Proletarier mehr; und prüfen wir sie genauer. Das Resultat wird höchst überraschend sein.

Denn das heutige Proletariat ist ungleich größer, als es jemals gewesen war. Wir alle sind heute Proletarier, die gesamte Menschheit gehört heute zum Proletariat. Freilich in einem ganz neuen Sinne. Was heißt das?

Damit komme ich zu der dritten Unfreiheit von heute. Und auf diese möchte ich hier näher eingehen.

Unter „Proletariat" hatte man vor 100 Jahren diejenige Masse der Bevölkerungen verstanden, die ihre Arbeitszeit und -kraft zu verkaufen hatten und weder Eigentümer ihrer Produktionsmittel noch der Mehrzahl ihrer Produkte war. Heute sind wir (und selbst dann, wenn wir als Arbeitnehmer einen Wagen, einen Eisschrank usw. besitzen) in einem viel furchtbareren Sinne „Nicht-Eigentümer". Wir sind nämlich Nicht-Eigentümer des Ziels unserer Arbeit und der Effekte unserer Arbeit. Damit meine ich nicht nur, daß wir, wenn wir arbeiten, faktisch das fertige Produkt, dessen Abzweckung und Verwendung, nicht vor uns sehen, sondern daß uns diese auch gar nicht interessieren sollen. Gleich, ob wir in einer Zahnpastafabrik arbeiten oder in einem Vernichtungslager oder an einer Baustelle für die Errichtung atomarer Raketen (in der Türkei oder in Okinawa oder Italien oder Cuba) — immer gilt es als verboten, nein als komisch, zu fragen, ob das Hergestellte zu bejahen oder zu verneinen sei; und das zu fragen, das kommt uns auch gar nicht mehr in den Sinn. Denn die Größe der Betriebe und die Arbeitsteilung bringen es mit sich, daß das fertige Produkt und dessen Verwendung vor den Augen der Arbeitenden gar nicht mehr aufscheint. Durch diesen Umstand sind wir auch der Freiheit des Fragens beraubt. Immer geben wir unsere Moral an der Fabrik-Garderobe ab, um sie nach der Arbeit wieder anzuziehen. Was bedeutet das?

Antwort: den furchtbarsten Skandal unseres heutigen Lebens. Es bedeutet, daß es einen Sektor in unserem heutigen Leben gibt, der allgemein als „moralisch neutral", als „moralisches Niemandsland", als in Nietzsches Wort „jenseits von gut und böse" gilt, und daß auch wir diesen Sektor, der „Arbeit" heißt, als „jenseits von gut und böse" anerkannt haben.

Nun, daß wir als Arbeitende, etwa beim Bau von Raketen, Handelnde sind, daß wir durch dieses Handeln Effekte mit verursachen, das läßt sich ja wohl nicht bestreiten. Und das gilt von jeder Arbeit. Aber abgesehen von einigen Ärzten und einigen Physikern macht sich das keiner von uns klar, keinem ist es bewußt, daß sein „Arbeiten" genanntes Handeln genau so der Moral unterstehen müßte wie sein Umgang mit dem Nachbarn. Nein, sogar ungleich mehr, da unsere Mitarbeit ja ungleich größere und fürchterlichere Konsequenzen nach sich ziehen kann als unser durchschnittliches alltägliches zwischenmenschliches Handeln. Und trotzdem (oder gerade deshalb, nämlich damit wir uns nicht einmischen) gilt das Arbeiten als etwas, was „non olet", was unter keinen Umständen stinkt. Was selbst dann nicht stinkt, wenn es einen Beitrag zur Ausrottung der Menschheit darstellt. Es gibt ein (ursprünglich gegen die Nobilität geprägtes) Sprichwort: „Arbeit schändet nicht." Der Sinn dieses Sprichwortes ist aufs furchtbarste pervertiert worden. Denn heute ist es zur Rechtfertigung für die Arbeit an Schändlichem geworden. Und diese schändet gewiß und ist schlimmer als das Stehlen von silbernen Löffeln. Die eigentliche Schande aber besteht darin, daß Moral im Interesse derer, die an der Produktion moralisch indiskutabler Produkte interessiert sind, in das kleine Reservat des Privatlebens relegiert ist.

Unsere Situation ist um so verhängnisvoller, als heute fast jede Art von menschlicher Tätigkeit dem Handlungstyp, der „Arbeit" heißt, angeähnelt werden kann. Selbst Mord kann uns als „Arbeit" zugewiesen, selbst Liquidierung von Kindern uns als „Müllabfuhr" zugeteilt werden. Auch Ihnen ist es ja bekannt, daß sich die Angestellten in den Vergasungslagern Hitlers „mit bestem

Gewissen" darauf beriefen, daß sie nur (und zwar natürlich „gewissenhaft") „gearbeitet" hätten — sie stellten eben Leichen en gros her, warum und wozu diese „Produktion" gut war — das zu fragen, das hätte ja, da moderne Arbeit auf Arbeitsteilung angewiesen ist, eine Einmischung in eine andere Kompetenz bedeutet — die sie als „unmoralisch" natürlich weit von sich wiesen. Aber glauben Sie nur nicht, dieser Fall sei ein Ausnahmefall gewesen. Noch heute bezeichnet die Mannschaft, die Hiroshima bebombte, ihre Tat als ihren „job" — und selbst Eatherly, der Mann, der begriffen hat, wozu er verwendet wurde, hat diesen Ausdruck öfters in den Mund genommen, ich selbst habe ihn über seinen „job" sprechen hören: so selbstverständlich ist es bereits, daß jede Aktion im Vokabular der Arbeit ausgedrückt wird. Und nichts wäre naiver, als zu glauben, daß Eichmann eine monströse Ausnahme in heutiger Zeit gewesen sei. Umgekehrt: unser aller Symbol war er. Da wir bereit sind, alles, wenn es uns nur „als Arbeit" zugewiesen wird, mit bestem Gewissen und gewissenhaft zu erledigen, sind wir alle „Eichmänner"; und wir alle „sollen" auch „Eichmänner" sein, die heutige Arbeitsmoral fordert das ja, da sie von uns verlangt, daß wir Arbeit als etwas „moralisch Neutrales" anerkennen.

•

Liebe Freunde! Seit hundert Jahren sprechen wir, und gewiß mit Recht, von der Tatsache, daß die Produktionsmittel nicht Eigentum der Arbeitenden seien. Aber das uns aufgezwungene Desinteressement an den Effekten unserer eigenen Arbeit ist ebenfalls eine Form der Enteignung: denn da wir des Interesses daran beraubt sind, zu wissen, was durch unser Handeln geschieht, sind wir auch unserer Verantwortung und unseres Gewissens beraubt: diese sind nun nicht mehr unser Eigentum. Und insofern sind wir „Proletarier".

Eine heutige Kritik der Arbeit kann sich nicht mehr wie vor hundert Jahren darauf beschränken, die Eigentumsverhältnisse und die Profite als unmoralisch zu kritisieren. Marx durfte das, denn zu seiner Zeit hatte er keinerlei Anlaß, den Wert der Produktionsmittel als solche und den Wert der Produkte als solcher in Zweifel zu ziehen. Die Lage hat sich total verändert. Was heute vor allem kritisiert werden muß (und was Marx heute wohl kritisieren würde), ist die Unmoralität der Produkte selbst. Denn diese haben nun nicht nur nichts mit der Bedürfnisstillung (und damit mit der Freiheit von Misere) zu tun; umgekehrt gefährden sie, gleich unter welchen Eigentumsverhältnissen sie erzeugt werden, die Menschheit aufs furchtbarste. Überflüssig zu betonen, von welchen Interessenten diese Produkte zuerst hergestellt und verwendet worden sind. Hier ist im Augenblick etwas anderes wichtig: nämlich, daß wir heute nicht nur zu fragen haben, wie und für wen und unter welchen Arbeits- und Eigentumsbedingungen wir unsere Produkte erzeugen sollen, sondern o b wir gewisse Produkte überhaupt erzeugen sollen, o b wir es uns und anderen erlauben dürfen, gewisse Produkte zu erzeugen. Keine Frage: Die Marxsche Kritik, die sich auf die Eigentumsverhältnisse der Produktionsmittel bezogen hatte, muß erweitert werden: was wir benötigen, ist eine radikale Produktkritik.

Nun, in einem gewissen, sehr bescheidenen Sinne, gibt es natürlich Produktkritik. Jeder Fabrikant, der auf dem Markt bleiben will, fragt sich, ob sein Produkt lohnend sei. In mehreren Ländern gibt es sogar Käufervereinigungen, die Produktkritik üben, um Konsumenten vor minderwertiger Ware zu bewahren. Aber radikal ist diese Kritik natürlich niemals. Was kritisiert wird, ist lediglich die Qualität oder die Sorte des Produkts, niemals dessen Existenz. Diese radikale Kritik ist die Aufgabe derer, die den Mut haben, Resistenz zu leisten, und zuerst hat diese natürlich den Terrorprodukten gegenüber einzusetzen. Während die kindisch im Fortschrittsglauben befangenen Techniker fragen: „Wie könnten wir

unsere, die Totalvernichtung bereits garantierenden Mittel noch ‚besser', noch vernichtender machen?" (sie sprechen bereits von „over kill-capacity"), fragen wir, und zwar im Interesse der Verbesserung der Menschensituation: „Sind diese Produkte, gleich ob ‚gut', ‚besser' oder ‚am besten', überhaupt erlaubt?"

Die Antwort lautet: Nein.

Und das Nein kann sich allein verwirklichen als Streik.

Freilich ist das ein ganz neuer Typ von Streik, den wir da erfinden müßten. Denn bei diesem Streik — ich wiederhole — würde es nicht um höheren Lohn gehen, nicht um bessere Arbeitsbedingungen, nicht um Vergesellschaftung der Produktionsmittel — wie wichtig immer alle drei Forderungen sein mögen. Sondern hier ginge es — und das wäre absolut erstmalig in der Geschichte — um die Verhinderung der Produktion bestimmter Produkte.

Und es versteht sich von selbst, daß dieser Streik zugleich ein Streik für unsere moralische Wiedergesundung wäre: Denn durch ihn würden wir uns selbst den Beweis erbringen, daß wir es wieder begriffen haben, daß „Arbeiten" „Handeln" ist; und daß wir es abweisen, unter dem Deckmantel des Wortes „Arbeit" unmoralische Handlungen mitzuverantworten, die wir, wären diese Handlungen unkostümiert, niemals bejahen oder mitmachen würden.

Physiker, die sich geweigert haben, an der wissenschaftlichen Vorbereitung atomarer Waffen teilzunehmen, sind uns mit gutem Beispiel vorangegangen. Sie sind in Streik getreten, sie haben die Effekte ihres Arbeitens als Effekte, die sie zu verantworten haben, erkannt. In diesem Sinne haben auch wir zu streiken. Zeigen wir, daß wir dasselbe können. Und daß wir, die wir Solidarität gelernt haben, mit größerer Einmütigkeit streiken können. Damit uns die Zukunft bleibe. Nicht nur unsere eigene Zukunft. Nicht nur die Zukunft unserer Kinder. Sondern auch die Zukunft derer, die heute so verblendet sind, uns als bedrohlich zu diffamieren, weil wir ihrer Bedrohung entgegentreten.

Liebe Freunde! Resistance hätte keine Aufgabe mehr? Unsere Aufgaben beginnen erst.

Gerhard Zwerenz

„Germania das große Kind"

Aus Anlaß des diesjährigen Ostermarsches

Am 9. November 1848, frühmorgens, wurde der Abgeordnete des Frankfurter Parlaments Robert Blum von kaiserlich österreichischen Soldaten in der Brigittenau bei Wien standrechtlich erschossen.

Blums Weg nach Wien hatte in der Frankfurter Paulskirche begonnen. Die dort versammelten Abgeordneten des ersten deutschen Parlaments hatten Blum mit einer Grußadresse nach Wien entsandt. Sein Schicksal nahm das Schicksal dieses Parlaments vorweg. Das Parlament wich den Soldaten. Es siegte die Legitimität der angestammten Herrscherhäuser, die Bahn war frei für Lösungen in Blut und Eisen.

Es gibt von Heinrich Heine das Gedicht „Im Oktober 1849". Heine schrieb es

auf seinem langjährigen Krankenlager, in der Matratzengruft in der Rue Milan zu Paris; ich möchte drei Vierzeiler davon zitieren:

Gelegt hat sich der starke Wind,
Und wieder stille ist's daheime;
Germania das große Kind
Erfreut sich seiner Weihnachtsbäume.

Gemütlich ruhen Wald und Fluß,
Von sanftem Mondlicht übergossen;
Nur manchmal knallts — ist das ein Schuß?
Es ist vielleicht ein Freund, den man erschossen.

Es knallt. Es ist ein Fest vielleicht,
Ein Feuerwerk zur Goethefeier!
Die Sontag, die dem Grab entsteigt,
Begrüßt Raketenlärm — die alte Leier.

Gemeint ist Henriette Sontag, „die göttliche Jette", eine gefeierte Sängerin, und der Raketenlärm bezieht sich noch nicht auf unsre heutigen Raketen — aber sonst ist es tatsächlich dieselbe alte Leier, der makabre Lärm makabrer Jahrmärkte, derweil man den Bürger einschüchtert und den, der sich nicht mundtot machen lassen will, auf vielfältige Obrigkeitsweise nachhaltig zum Schweigen bringt.

Politisch Lied — ein garstig Lied: als ob es hier noch um Fragen der Politik ginge. Der Zweite Weltkrieg forderte fast 55 Millionen Opfer. Die Hälfte davon waren Zivilpersonen, an die 6 Millionen ermordeter Juden darunter. Wir wissen längst, daß solche Zahlen unfaßlich sind und zu jenen Größen gehören, die nicht mehr schrecken, weil sie unvorstellbar geworden sind. Aber wir bitten zu bedenken, daß somit im letzten Weltkrieg auf jeden gefallenen Soldaten schon ein massakrierter Zivilist kam, auf jeden toten Kämpfer ein toter Nichtkämpfer, und es waren Millionen Frauen und Kinder unter den Opfern.

Wir bitten zu bedenken: Wie gräßlich sähe diese Aufrechnung erst nach einem Atomkrieg aus, die Progression des Todes wird, falls von unserem Lande überhaupt etwas übrig bleibt, keine Familie unbetroffen lassen, und die Herren, die jetzt ihre Grundstücke aufreißen und eine stählerne betonierte Überlebenschance einbauen lassen, mögen sich bitte mal einen Abend lang vorstellen, auf welcher Erde sie dann wohnen werden, zwischen zu Asche geschrumpften Städten und der Apokalypse eines verbrannten Himmels, in welchem ein Gott zu wohnen sich weigern müßte.

Von Franz Kafka stammt das Wort, der Erste Weltkrieg sei aus einem Mangel an Fantasie gekommen. Hätte die Menschheit sich vorstellen können, wie ein solches Massensterben aussieht, sie wäre zurückgeschreckt vor dem Kriege. Das Wort Kafkas ist klug, wer will es bezweifeln. Aber als es zum Zweiten Weltkrieg kam, bedurfte es keiner Fantasie für die sinnliche Vorstellung der Schrecken, denn es gab den Anschauungsunterricht des vorausgegangenen Gemetzels.

Der Herr Bundeskanzler Dr. Adenauer äußerte einmal, die Mächte seien in den Ersten Weltkrieg aus nichts als Dummheit gekommen. Diese Analyse entbehrt ein wenig der intellektuellen Spannung, und an Sprache steht sie, wie könnte es anders sein, hinter dem Kafka-Wort zurück. Doch ob mangelnde Fantasie oder einfach nur Dummheit, wir sind verpflichtet, das Verbrechen solcher Wahnsinnsausbrüche nicht ein drittel Mal zu dulden.

Alle Menschen haben das gleiche Recht auf Leben! Das bitten wir zu bedenken! Jeder Mensch hat einen Anspruch darauf, eines natürlichen Todes zu sterben.

Wir wenden uns gegen die Planung des Weltuntergangs! Wir verlangen eine Strategie des Friedens. Die Staatsmänner sind gewählt, den Ernstfall nicht zu provozieren, sondern abzuschaffen. Es erfüllt uns mit Beschämung, ansehen zu müssen, wie in unserem geteilten Lande alle verfügbaren Energien der gegenseitigen Vernichtung gewidmet sind.

Man entgegnet uns, wenn wir dies sagen, wir seien Kommunisten. Seltsamerweise behindern uns aber die Kommunisten, wenn wir auf einem ihrer öffentlichen Plätze protestieren wollen, mit eiserner Konsequenz.

Man sagt, wir wiederholten uns, von Friedensbeteuerungen käme der Weltfrieden nicht, und überhaupt fiele uns nichts Neues ein.

Nun, den Untergangsplanern fällt auch nicht gerade etwas Neues ein. Ihnen gegenüber sind wir geradezu avantgardistisch, denn den anderen den Schädel einzuschlagen, ist schließlich ein so antiquiertes Handwerk, daß man schon durch die bloße Verweigerung der Mittäterschaft modern ist; mindestens so modern wie Christus. Und moderner braucht man gar nicht zu sein.

Wir meinen, es ist eine ehrwürdige Erde, auf der wir leben, und keine Generation hat das Recht, sie zu vernichten. Wir meinen, das Leben des Menschen ist zu kostbar, als daß es der Verfügungsgewalt weniger überantwortet werden kann. Wer sich für den Selbstmord entscheidet, hat nur für sich als Person entschieden, nicht für andere und erst recht nicht für alle. Das bitten wir zu bedenken.

Auch wer gegen Massenmord und geplante Weltvernichtung protestiert, weiß, daß mit bloßen Wünschen, guten Gedanken und idealistischen Friedensbeteuerungen nichts bewirkt ist. Und doch gehört der Protest, das deutliche Gefühl, nicht mitmachen zu können, erst einmal dazu, und wer wohl, wenn nicht unsere Freunde in Japan und wir in Deutschland, wüßte besser, wie grausam modern alte Wahrheiten werden können über Nacht, etwa: Wer zum Schwert greift, wird durch das Schwert umkommen — oder: Wer zur Kanone wallfahrtet, trägt bald eine Kugel im Kreuz.

Wer vor dem drohenden Inferno warnt, warnt nicht aus Vaterlandshaß, sondern aus Liebe zu unser aller Vaterland, aus Liebe zu dieser Erde, die uns trägt und nährt, und die wir zu sehr verehren, als daß wir sie der Vernichtung preisgeben möchten.

Die Menschen der Vergangenheit — auch der jüngsten Vergangenheit — haben zu lange und zu viel Wert auf das gelegt, was sie voneinander trennt und unterscheidet. In den Massengräbern aller Länder sind sie vereinigt, ihre Gebeine bleichen gemeinsam.

Es ist sehr bedenklich, wenn heute schon Mut dazu gehört, diese Erkenntnis auszusprechen. Es kann uns da aber ermutigen, wenn das Oberhaupt der christlich-katholischen Kirche und das Oberhaupt der kommunistischen Länder miteinander zu reden beginnen. Wir bitten und fordern die Mächtigen dieser unserer gemeinsamen Erde, daß sie ihre unterschiedlichen Uniformen beiseitegeben und ihre Differenzen in Weltanschauung, Politik und Macht zurückstellen. Es gibt genug kriminelle Subjekte, die mit Bomben ihrem schmutzigen Handwerk nachgehen; bald werden sie, wo sie jetzt noch Dynamit nehmen, Atomsprengstoff nehmen können, weil die Vernichtung täglich billiger im Preis werden muß, wenn die Mächtigen der großen Länder nicht endlich gemeinsam beschließen, die Waffen so hoch zu hängen, daß niemand mehr herankann. Die Mächtigen in Deutschland aber, in Ost und West, bitten wir inständig, daß sie sich nicht zu Testamentsvollstreckern Hitlers machen lassen, indem sie der drohenden Zerstörung nicht wahren, sondern sie kaltblütig in Rechnung stellen. Schon stehen sich zwei deutsche Armeen, bis an die Zähne bewaffnet, gegenüber. Schon wird der Pazifismus von den Zeitungen der DDR verspottet und verleumdet. Schon erklärt der

Verteidigungsminister der Bundesrepublik, der Pazifismus sei eine Kriegsgefahr.

Mag sein, daß ein Schaf in einer Herde reißender Wölfe nicht leben kann. Aber wer sagt, daß die Menschen, auch wenn sie mächtig und groß sind, Wölfe sein müssen?

So bitten wir inständig alle Verantwortlichen in unserem geteilten Deutschland, sie möchten nie vergessen, daß wir gemeinsam eine Schuld zu tragen haben, denn der Zweite Weltkrieg ging von Deutschland aus. Welche Gründe für Verteidigung so auch ein jeder für sich geltend machen kann — gestern waren deutsche Raketenspezialisten für Rußland und Amerika tätig, heute sind sie es für Ägypten, morgen können sie schon in allen anderen Ländern ihren mörderischen Geist verkaufen — wir bitten die Mächtigen in ganz Deutschland, sie möchten dem Pazifismus, dem sie so mißtrauen, eine Heimstätte in ihren eigenen Gedanken geben; wenn sie alle gemeinsam überlegen, wie es weitergehen kann, werden sie am Ende auch zu jener einfachen Wahrheit zurückkehren, die da besagt, daß eine jede Waffe, die ich gegen den anderen richte, jenen anderen zwingt, auch mehr Waffen auf mich zu richten.

Man darf also erkennen, daß es sich gar nicht um idealistische Träume handelt. Es ist weder Utopismus noch Schwärmertum verlangt — nur ein wenig helle Vernunft, der sich zu entziehen gerade in unserem geteilten Lande eigentlich niemand berechtigt sein kann — weil wir Deutschen etwas gutzumachen haben, an der Welt, an den anderen — und auch an uns.

Herbert Mochalski

Zur Geschichte der Entstehung der Bundesrepublik Deutschland (II)

Eine Materialien-Sammlung

Die Ausführung des Potsdamer Abkommens
(Fortsetzung aus Heft 1/63)

2. Die Verhinderung einer gesamtdeutschen Regierung

„Es wird bis auf weiteres keine zentrale deutsche Regierung errichtet werden. Jedoch werden einige wichtige zentrale deutsche Verwaltungsabteilungen errichtet werden, an deren Spitze Staatssekretäre stehen, und zwar auf den Gebieten des Finanzwesens, des Transportwesens, des Verkehrswesens, des Außenhandels und der Industrie. Diese Abteilungen werden unter der Leitung des Kontrollrates tätig sein[12])."

So lautet der Teil (IV) des Abschnittes, der von der Verwaltung Deutschlands im Potsdamer Abkommen handelt.

Bei den Verhandlungen in Potsdam weigerte sich Truman, der Bildung einer deutschen Regierung zuzustimmen. So kam man im Potsdamer Abkommen nur zu der Bestimmung, zentrale deutsche Staatssekretariate einzurichten. Ohne das Veto Trumans wäre in Potsdam die Bildung einer deutschen Zentralregierung eingeleitet worden, die sowohl die sowjetische wie die westlichen Besatzungszonen umfaßt hätte. Die Einrichtung deutscher Staatssekretariate aufgrund des Potsdamer Abkommens verhinderte Frankreich.

[12]) EA Dok.Band, S. 82.

In Potsdam war Frankreich nicht dabei. Es war aber an der „Feststellung über das Kontrollverfahren" vom 5. Juni 1945 im Kontrollrat beteiligt und hatte in der „Feststellung über die Besatzungszonen" vom 5. Juni 1945 eine Zone zugesprochen bekommen. Da im Kontrollrat Einstimmigkeit in den „Entscheidungen über alle Deutschland als Ganzes betreffenden wesentlichen Fragen" gefordert war, verhinderte Frankreich die Ausführung der Bestimmung des Potsdamer Abkommens über die Einrichtung von gesamtdeutschen Staatssekretariaten durch sein Veto. Ein Hauptziel der französischen Politik seit Richelieu ist, Deutschland in mehrere oder viele unabhängige Staaten aufgeteilt zu halten. Der französische Regierungschef de Gaulle verfolgte das gleiche Ziel.

Am 30. Juni 1945 trat der Kontrollrat zum ersten Male zusammen.

Über die erste Zeit der Kontrollratstätigkeit schreibt General Clay:

„Am 22. 9. 1945 lehnte (der französische Vertreter) General Koeltz unseren in aller Form vorgebrachten Vorschlag, eine zentrale Transportverwaltung einzurichten, ab ... Am 23. 11. wurde ein neuer Versuch unternommen. Aber General Koeltz sagte wieder, seine Regierung gestatte ihm nicht, der Bildung irgendeiner zentralen Verwaltungsstelle zuzustimmen ... Das bedeutete, daß unsere Bemühungen um deutsche Verwaltungsstellen, von denen eine Viermächteregierung abhing, vergeblich waren."

„So oft General Robertson und ich im Verlauf der Dinge immer wieder die Bildung zentraler deutscher Verwaltungsstellen forderten, stets stießen wir auf dieselbe französische Haltung[13])."

Zur Haltung Frankreichs schreibt Francois-Poncet:

„Frankreich machte hier von seinem Vetorecht Gebrauch. Einmal war es nicht an Vereinbarungen gebunden, die in seiner Abwesenheit geschlossen worden waren. Sodann machte es mit Recht geltend, daß die Begründung einer zentralen, von Deutschen ausgeübten Staatsverwaltung der Entscheidung über ein zukünftiges Statut für Deutschland vorgreife. Hierüber war nicht verhandelt worden. Man hätte damit eine voreilige Entscheidung zugunsten einer Zentralregierung gefällt, die doch gemäß den Beschlüssen der Konferenz vom 2. 8. 45 ausdrücklich ausgeschlossen war[14])."

Wie anders wären die Dinge gelaufen, wenn wir durch eine Gesamtdeutsche Regierung oder auch nur durch zentrale Staatssekretariate einen Status wie Österreich bekommen hätten!

3. Paris, die ersten Unstimmigkeiten. Der im Potsdamer Abkommen (Artikel II) beschlossene „Rat der Außenminister" (bestehend aus den Außenministern des Vereinigten Königreiches, der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken, Chinas, Frankreichs und der Vereinigten Staaten von Amerika) befaßte sich auftragsgemäß zunächst mit den Friedensverträgen für die Verbündeten Deutschlands. Erst gegen Ende der zweiten Pariser Außenministerkonferenz, am 9. Juli 1946, wurde die deutsche Frage wieder behandelt.

Es ging um die Ausführungen der Beschlüsse des Potsdamer Abkommens. Drei Hauptabmachungen waren in Potsdam festgelegt worden. Sie betreffen:

a) Die Sicherheit vor einem neuen militärischen Erstarken Deutschlands,
b) die von Deutschland zu zahlenden Reparationen,
c) die Grenzen Deutschlands.

In Paris kam es zu den ersten ernsten Meinungsverschiedenheiten in der Frage der Reparationen. Molotow forderte unter Berufung auf in Jalta (Krim-Konferenz vom 3. bis 11. Februar 1945) getroffene Abmachungen Reparationen im Betrage von 10 Milliarden Dollar:

---

[13]) Clay, Entscheidung in Deutschland, S. 128, 129, 154.
[14]) Francois-Poncet, Von Versailles bis Potsdam, S. 237.

„Wir müssen bei der Frage der Reparationen verweilen, die wir von Deutschland zu empfangen haben. Diese Frage betrifft besonders die Staaten, die die Invasion der deutschen Truppen durchgemacht haben und das unendliche Unglück, das die deutsche Okkupation mit sich brachte, erduldet haben. Es ist verständlich, daß die Sowjetunion die Reparationen nicht vergessen kann, wie sie in dem vorgelegten Plan vergessen wurden. Als Gesamtsumme der Reparationen, die von Deutschland zugunsten der UdSSR geleistet werden sollen, haben die Regierungen der Sowjet-Union und der Vereinigten Staaten bereits auf der Konferenz von Jalta den Betrag von zehn Milliarden Dollar als möglichen Ausgangspunkt anerkannt. Auf der Berliner Konferenz hat die Sowjet-Regierung von neuem darauf bestanden, daß die Reparationen, die von Deutschland zugunsten der Sowjet-Union geleistet werden sollen, auf der Basis des Betrages von zehn Milliarden Dollar festgesetzt werden müssen. Damals wurde aufgrund eines Vorschlages der Vereinigten Staaten beschlossen, daß sich die Sowjet-Union ihre Reparationen vor allem aus ihrer Okkupationszone sichern wird und teilweise auch aus den Westzonen, wie es in den Beschlüssen der Berliner Konferenz niedergeschrieben wurde. Es versteht sich von selbst, daß diese Reparationen nicht nur Ausrüstung, sondern auch Waren der laufenden Produktion Deutschlands umfassen müssen. Aber bekanntlich stößt die Verwirklichung der Reparationslieferungen auf immer neue Hindernisse. Trotz der Verpflichtungen, die die Vereinigten Staaten und ebenso Großbritannien und Frankreich, das sich danach angeschlossen hat, übernommen haben, wurden die Reparationslieferungen in den westlichen Besatzungszonen Deutschlands nicht durchgeführt. Man findet immer neue Vorwände, um die Ausführung dieser Beschlüsse zu verzögern und zu hintertreiben. Kürzlich hat der amerikanische General Clay eine ungesetzliche Deklaration veröffentlicht, in der er sogar die Reparationslieferungen für die Sowjet-Union und die anderen Länder entsprechend den ursprünglichen und gänzlich ungenügenden Beschlüssen ablehnte, die zwischen den vier Regierungen im Alliierten Kontrollrat vereinbart wurden."[15])

Bevin, der englische, und Byrnes, der amerikanische Außenminister, lehnten Reparationslieferungen aus ihren Zonen ab, so lange ihre Steuerzahler gezwungen seien, das Wirtschafts-Defizit der Besatzungszonen zu tragen. Über Reparationen könne erst nach Herstellung einer Wirtschafts-Einheit gesprochen werden.

„Wenn auch das Potsdamer Abkommen nicht ausschließt, daß Reparationszahlungen aus der laufenden Produktion genommen werden, sollte dies doch nicht geschehen, bevor nicht die feindliche Zahlungsbilanz für Deutschland als Ganzes der laufenden Produktion entnommen ist. Der Premierminister und ich hatten Bedenken bei den in Potsdam getroffenen Entscheidungen über die Reparationszahlungen, aber wir haben nie auch nur einen Augenblick daran gedacht, daß sie die Auflage einer zusätzlichen Besteuerung für das britische Volk mit sich bringen würden. Als Generalissimus Stalin sich mit der Bitte an mich wandte, eine höhere Zahl von Reparationsleistungen an die Sowjet-Union zu bewilligen, dachte niemand daran, daß der Rest des Potsdamer Abkommens nicht buchstäblich erfüllt werden würde oder daß Deutschland nicht als eine wirtschaftliche Einheit behandelt werden würde."[16])

Bereits am 4. Mai 1946 hatte General Clay die Demontagelieferungen aus der US-Zone an Rußland eingestellt. Molotow nannte diese Einstellung ungesetzlich. Er forderte die Viermächte-Kontrolle des Ruhrgebietes in Ausführung des Potsdamer Abkommens:

„Die Tatsache, daß trotz der mehrfachen Forderungen der Sowjet-Regierung, die entsprechenden Beschlüsse der Berliner Konferenz zu erfüllen, bisher kein Reparationsplan aufgestellt wurde, und der Umstand, daß die Ruhr bisher nicht unter

---

[15]) EA 1946/183.
[16]) EA 1946, 175.

die interalliierte Kontrolle gestellt wurde, worauf die Sowjetregierung bereits vor einem Jahre bestand, sind vom Standpunkt der Sicherung der Interessen eines zukünftigen Friedens und einer zukünftigen Sicherheit der Völker gefährlich."[17])

Bevin lehnte die gemeinsame Kontrolle des Ruhr-Gebietes — ein Teil der englischen Besatzungszone — ab.

Die Errichtung zentraler deutscher Verwaltungsstellen scheiterte wieder. Der französische Außenminister Bidault machte seine Zustimmung zu zentralen deutschen Verwaltungsstellen von der Abtrennung des Saargebietes abhängig:

„Die französische Regierung widersetzt sich demnach nicht der allfälligen Errichtung alliierter Verwaltungsstellen mit deutschem Vollzugspersonal, die dem alliierten Kontrollrat in Berlin unterstellt wären und die provisorisch die wirtschaftliche Einheit auf den Gebieten des Außen- und Innenhandels, der Währung und so weiter in die Tat umsetzen würden. Wir verlangen aber auf alle Fälle, daß die Tätigkeit dieser alliierten Zentralbüros sich nicht auf das Saargebiet erstrecke, das unverzüglich dem französischen Wirtschafts- und Währungsgebiet zugeteilt werden sollte."[18])

Bevin und Byrnes gaben ihr Einverständnis zu dieser Abtrennung des Saargebietes. Molotow lehnte sie ab.

Am Schluß der Konferenz legte Byrnes überraschend einen Plan vor, nach dem sich jede Besatzungszone wirtschaftlich an die US-Zone anschließen solle, so lange die Errichtung zentraler deutscher Verwaltungsstellen nicht möglich sei. Großbritannien nahm diesen Plan an.

Am 2. Dezember 1946 wurden die amerikanische und die britische Besatzungszone wirtschaftlich zur „Bizone" zusammengelegt[19]).

Sokolowski erklärte im Kontrollrat, daß die Sowjet-Union den Plan weder annehme noch ablehne.

Frankreich lehnte den Anschluß ab. Es machte statt dessen den Vorschlag, die Wirtschaftseinheit Deutschlands durch Einrichtung dezentralisierter, regionaler Vier-Mächte-Verwaltungsstellen in allen vier Zonen herzustellen. Dieser Vorschlag wurde von den anderen drei Mächten abgelehnt.

Am 28. Juli 1946 hatte General de Gaulle als Ziel Frankreichs erklärt:

„Es ist die Aufgabe Frankreichs, zu verhindern, daß Deutschland wieder ein zentralisierter Einheitsstaat, kurz das Reich wird, dessen Bewaffnung und Drang immer die Bedingungen seiner kriegerischen Unternehmungen bildeten. Jetzt, da der Geist des Friedens sich sehr schüchtern bewegt, da die internationale Zusammenarbeit noch nicht über die Verfahrensstreitigkeiten hinausgekommen ist und es in die Augen fällt, daß sehr viel Zeit noch vergehen muß, bis eine solche internationale Zusammenarbeit verwirklicht wird, vor allem, da es unter den siegreichen Mächten Differenzen gibt, von denen keiner weiß, wohin sie noch führen können, wie sollen wir da zugeben, daß man jetzt politisch oder wirtschaftlich — was bald auf dasselbe herauskäme — das Instrument wiederherstellt, welches dasjenige Bismarcks, Wilhelms II. und Hitlers war?

Der Vorschlag Frankreichs ist eine ehrliche, praktische, hinsichtlich Deutschlands menschliche und einfache Lösung, und jeder kennt sie. Die verschiedenen traditionsgebundenen deutschen Einheiten: Preußen, Sachsen, Bayern, Württemberg, Baden, Hessen, Pfalz, Provinz Rheinland, die nordwestlichen Provinzen sollen wiedererstehen, sich selbst verwalten und jede sich auf ihre Rechnung und auf ihre Art und Weise einrichten. Das ungeheure Arsenal der Ruhr soll unter internationale Kontrolle gestellt werden, nicht um die deutsche Bevölkerung des Lebensnotwendigen zu berauben, sondern um unter den Nachbarstaaten die für das wirtschaftliche

---

[17]) EA 1946, 184.

[18]) EA 1946, 270.

[19]) Abkommen über die Zusammenlegung der britischen und amerikanischen Besatzungszone vom 2. 12. 1946, in EA, Dok.Band 6, S. 95/96.

Leben aller notwendige Kohle aufzuteilen. Das Saarbecken, dessen Kohle uns durch den Versailler Vertrag übergeben wurde, deren Ausbeutung sich ganz natürlich an den unserer Erzbergwerke anschließt, soll in die französische Wirtschaft eingegliedert werden. Polen soll eine Westgrenze bekommen, die den im Osten erlittenen Verlust wiedergutmacht."[20])

In der Reparationsfrage war eine Einigung nicht gelungen. Ebensowenig in der Frage der Wirtschaftseinheit Deutschlands und der Einrichtung zentraler deutscher Verwaltungsstellen.

In der sowjetischen Besatzungszone wurden die Demontagen und die Entnahmen aus der laufenden Produktion fortgesetzt. Industriewerke gingen in das Eigentum sowjetischer Aktiengesellschaften über, und deutsche Arbeitskräfte wurden in die Sowjet-Union zwangsverpflichtet.

(Wird fortgesetzt)

Dr. Achim v. Borries

Demokratie und Planung - Hinweis auf Karl Mannheim (I)

Das Prinzip Planung

I.

Planung ist in der Bundesrepublik suspekt. Kaum anders als denunziatorisch wird in der Öffentlichkeit von ihr gesprochen. Gar Planung empfehlen, macht einen hierzulande schon verdächtig. Planung wird mit Kommunismus, Unfreiheit, Zwangswirtschaft gleichgesetzt, umgekehrt Freiheit in erster Linie als Nicht-Planung (Freiheit von Planung) verstanden. Anders gesagt: Freiheit und Planung gelten als einander schlechthin ausschließend; und nicht nur das, sondern an ihnen scheiden sich nach landläufiger bundesrepublikanischer Ideologie die Geister — sie sind das „Gut und Böse" in Wirtschaft und Gesellschaft. „Freiheit und Planung": in vielen anderen westlichen Ländern längst ein ernstes und konkretes theoretisches und beileibe nicht mehr nur theoretisches Problem — in der Bundesrepublik immer noch eine simple Alternative!

Denn das Planungs-Tabu ist heute nur mehr ein bundesdeutsches, keineswegs ein allgemein westliches Phänomen. Wir haben vor einigen Monaten schon einmal — in einem Aufsatz über „Die Lage" — darauf hingewiesen, daß in fast allen westlichen Ländern seit geraumer Zeit sehr ernsthaft über die Vor- und Nachteile von Planung (Wirtschaftsplanung zunächst) diskutiert wird und daß diese öffentlichen Erörterungen sich mehr und mehr dem „Wie" zuwenden, das „Ob" immer weniger in Frage stellen. Es bleibt nicht bei Diskussionen — die Phase eines neuen Experimentierens mit Planung hat begonnen. Und das Problem Planung kommt nun zunächst von außen auf die Bundesrepublik zu — nicht etwa aus Richtung Osten, sondern aus Richtung Westen!

Am 30. März 1963 berichtete der Wirtschaftsteil der „Frankfurter Allgemeinen": „In einem bereits jetzt veröffentlichten Referat für den sechsten Internationalen

[20]) EA 1946, 271.

Kongreß der Gemeinwirtschaft in Rom (8. bis 11. April) hat Pierre Uri, Vorsitzender der Expertengruppe für die langfristige Entwicklung bei der EWG-Kommission, die Einführung des französischen Systems der Planifikation in allen Mitgliedsländern als richtig und wünschenswert bezeichnet. Frankreich habe bereits seit 16 Jahren ein Generalkommissariat, das langfristige Wirtschaftspläne aufstelle. In Belgien sei vor kurzem ein Programmierungsamt eingerichtet worden. Italien habe die Errichtung eines staatlichen Planrates beschlossen. Die Niederlande bedienten sich schon seit einiger Zeit langfristiger Entwicklungsmodelle. ‚Der deutsche Bundeswirtschaftsminister dagegen hat einen solchen Abscheu vor allem, was überhaupt entfernt nach Planung aussieht, daß er schwere Bedenken sogar gegen die Vorausschätzungsmethoden hegt, die jeglicher Befehlsgewalt bar, lediglich den Blick in die Zukunft aufhellen wollen.' Der Gemeinsame Markt könne nicht aus einem ‚übervereinfachenden Liberalismus' erwachsen." — Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, daß ausgerechnet der neue ‚Erzverbündete' Bonns, Frankreich, mit einer weit vor de Gaulle zurückreichenden Planungs-Tradition, zum Vorkämpfer einer ‚Planification' auf europäischer Ebene und zum schärfsten Kritiker der Erhard-Doktrin „Um keinen Preis Planung" geworden ist; während sich die Bundesrepublik, solange sie an dieser Doktrin bedingungslos festhält, wirtschaftsideologisch und wirtschaftspolitisch mehr und mehr isoliert!
Die Planungs-Diskussion in Europa ist gerade durch die Bemühungen um einen wirtschaftlichen und politischen Zusammenschluß der westeuropäischen Länder wesentlich intensiviert worden. Es geht um eine Koordination und Integration verschiedenartiger nationaler Wirtschaftssysteme; und es geht um eine Planung auf europäischer Ebene, wie sie vor allem von der Brüsseler EWG-Zentralbehörde für notwendig gehalten wird. Erinnert sei hier an die heftige öffentliche Kontroverse über diese EWG-Planungs-Tendenzen vor einigen Monaten, die in einem Disput zwischen Prof. Hallstein und Prof. Erhard ihren Höhepunkt hatte.

Aber der Planungs-Bazillus ist nicht nur im Kleineuropa der EWG virulent. In England muß sich die konservative Regierung bemühen, eine weitere Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage abzuwenden; sie kann dabei auf ein gewisses Maß von Planung nicht mehr verzichten. Die Labour-Opposition aber, die den nächsten Unterhaus-Wahlen zuversichtlich entgegensieht, verlangt unter Hinweis auf das wirtschaftliche Malaise und die Unzulänglichkeit der Regierungs-Maßnahmen eine konsequente wirtschaftliche Gesamtplanung.

In den außer-europäischen ‚Entwicklungsländern' wird das „Prinzip Planung" durchweg als unerläßlich für den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aufbau dieser Länder anerkannt. Differenzen betreffen zumeist Form und Realisierung der Planung, das Prinzip selbst ist kaum umstritten. Es sei in diesem Zusammenhange auch noch einmal auf die überaus wichtige von den UN einberufene „Konferenz über die Anwendung wissenschaftlicher und technischer Erkenntnisse zum Nutzen der Entwicklungsgebiete" in Genf, Februar 1963, hingewiesen (vgl. dazu „Blätter", Heft 3/63, S. 217). Die „Frankfurter Allgemeine" berichtete am 25. Februar über sie u. a.: „Man einigte sich erstaunlich rasch darauf, daß Entwicklung ohne Planung ein Unding sei, wobei es natürlich Meinungsdifferenzen über das Ausmaß erwünschter oder notwendiger staatlicher Eingriffe gab." Und in der „Neuen Zürcher Zeitung" hieß es am 2. März u. a.: „Auch hat überrascht, daß nicht nur von kommunistischer Seite, sondern auch von den Amerikanern hervorgehoben worden ist, daß für den Aufbau der Entwicklungsländer nicht mehr daran gedacht werden könne, eine Wirtschaftsordnung des freien Unternehmertums zu schaffen." — Schließlich eine bemerkenswerte Meldung des „Handelsblattes" vom 25. März (Eigenbericht aus Santiago): „Chiles viel-

umstrittener Wirtschaftsminister Luis Escobar Cerda hat jetzt offen ausgesprochen, daß sich in Chile das erstrebte Ziel einer stetigen wirtschaftlichen Entwicklung bei freiem Spiel der Kräfte nicht erreichen lasse; daran seien teilweise die besonderen geographischen Gegebenheiten schuld. Man brauche einen staatlich gelenkten Plan für die Wirtschaftsentwicklung, da der Staat die Verwirklichung dieses Plans von der finanziellen Seite her überwachen und leiten müsse."

Man geht kaum zu weit, wenn man sagt: Planung ist heute ein W e l t problem, ob man das in der Bundesrepublik wahrhaben will oder nicht. Noch einmal: die w e s t l i c h e Welt selbst, die „Freie Welt", wie sie sich nennt, weicht mehr und mehr vom Pfade der (vermeintlichen) Nicht-Planungs-Tugend ab. Gerade das allerdings mag in der Bundesrepublik einige Leute veranlassen, wieder einmal eine deutsche „geschichtliche Mission" zu entdecken: wenn die Planungs-Welle nun auch Westeuropa überschwemme, dann müsse die Bundesrepublik ein letzter „Hort der Freiheit" bleiben, ein Reservat, eine Insel der Nicht-Planung in der steigenden Flut der Planung . . .

Die Frage liegt nahe: geben nicht die planwirtschaftlichen Erfahrungen des O s t e n s diesen deutschen Anti-Planungs-Ideologen recht? Haben nicht die Planungs-Schwierigkeiten der Sowjetunion und, vor allem, hat nicht die anhaltende Planungs-Misere in der DDR das „Prinzip Planung" ein für alle mal ad absurdum geführt? Muß nicht der Osten mehr und mehr Elemente der „Freien Wirtschaft" in sein Planungs-System einbauen, um eine angemessene wirtschaftliche Effektivität zu erreichen? Ist das alles nicht doch eine Bestätigung der Erhard-Doktrin?

Man würde es sich im Westen zu leicht machen, wollte man so argumentieren. Zunächst: es wäre unsinnig, das e i n e sowjetische und das ihm im Wesentlichen zugehörige ostdeutsche Beispiel zu verabsolutieren. Mag die im Osten praktizierte Planung auch denkbar problematisch sein, es handelt sich um eine b e s t i m m t e Form von Planung, ideologisch vorbelastet, im übrigen durchaus nicht schlechthin erfolglos oder gar gescheitert. Die Gültigkeit des „Prinzips Planung" wird davon nicht berührt. Das wäre nur der Fall, wenn ein für alle mal feststände, daß es Planung überhaupt nur in dieser einen östlichen Form geben kann. Zudem steht ohnehin außer Frage, daß die ganz außerordentliche wirtschaftliche und technische Entwicklung in der Sowjetunion seit 1917 wie auch der nicht minder erstaunliche Aufbau eines modernen Bildungswesens in diesem Lande ohne zielbewußte Planung nicht möglich gewesen wäre. Vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet gibt es immer wieder Engpässe, Umplanung wird notwendig etc. — aber das sind durchaus i n n e r - planwirtschaftliche Probleme, die, in sowjetischer Sicht, das Prinzip selbst nicht in Frage stellen. — Dasselbe gilt weitgehend auch für die DDR, wenngleich hier offenbar die Planungs-Schwierigkeiten noch wesentlich größer, die inner-planwirtschaftlichen Unzulänglichkeiten noch zahlreicher sind. Der Unmut der Bevölkerung über sie ist verständlich und berechtigt, wie denn diese Planungs-Misere nach wie vor eine der schwersten politisch-psychologischen Hypotheken des DDR-Regimes darstellt und wesentlich zur Unpopularität und Unstabilität des Systems beiträgt. Um so mehr, als Planung hier weit mehr als bloße Wirtschafts-Planung bedeutet, vielmehr eine ideologisch streng fixierte Reglementierung in zahlreichen außer-wirtschaftlichen Lebensbereichen einschließt. (Auf dies Problem kommen wir später, bei der Darstellung der Thesen Karl Mannheims zurück!). — Aber auch dies besonders naheliegende Exempel in verschiedener Hinsicht s c h l e c h t e r Planung besagt keineswegs, daß Planung ü b e r h a u p t schlecht ist, schlecht sein muß.

Wenn zahlreiche westeuropäische Länder das „Prinzip Planung" entdeckt oder wiederentdeckt haben, dann nicht aus purer Planungs-Lust oder unter dem Ein-

fluß eines planungs-ideologischen Fanatismus, sondern unter dem bitteren Zwang der wirtschaftlichen Entwicklung. Not lehrt planen — sogar konservative und liberale Regierungen, die an der Macht bleiben wollen ... Es zeigt sich je länger desto mehr, daß die bisherigen Methoden einer konservativen und liberalen Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik nicht mehr genügen, die neuen Probleme der kapitalistischen Industrieländer zu lösen. Das wirtschaftliche Unbehagen wächst, die sozialen Spannungen nehmen zu. Das aber bedeutet nicht weniger als das Ende einer Nachkriegsepoche in Europa. 1945 waren die sozialreformistischen Tendenzen in ganz Europa stark. (Labour-Regierung in Großbritannien!) Es kam dann unter dem wirtschaftlichen und politischen Patronat der USA zur ökonomischen, politischen und ideologischen Restauration der konservativen und kapitalistischen Kräfte. Die reformistische Linke wurde politisch, aber auch ideologisch in die Defensive gedrängt bzw. ließ sich in die Defensive drängen. Der Stalinismus, den sie strikt ablehnte, wurde auch für sie zu einer psychologischen Hypothek. Heute nun, nach rund anderthalb Jahrzehnten des Kalten Krieges und der konservativ-kapitalistischen Herrschaft in den meisten Ländern, sehen sich die westlichen Nationen auf ihre ungelösten inneren, ihre strukturellen Probleme zurückgeworfen. Es wird immer schwerer, vor einer sinnvollen Lösung dieser Probleme wie bisher in ideologisch forcierte, wirtschaftlich kostspielige (Rüstung!) und lebensgefährlich gewordene außenpolitische Anti-Positionen auszuweichen. (Das schließt nicht aus, daß es doch immer wieder versucht wird!) Friede, Freiheit, Menschenwürde, Wohlstand, soziale Gerechtigkeit — sie alle hängen mehr denn je von einer solchen Lösung ab.

Das gilt nun auch für die Bundesrepublik. Im Zeichen des vermeintlichen „Wirtschaftswunders" standen die Wirtschafts- und Sozialpolitik des „Systems Adenauer & Erhard" jahrelang sozusagen außer der Diskussion. Und die Hochkonjunktur erlaubte dem Bundeskanzler das starre Festhalten an einer Außenpolitik, deren Fragwürdigkeit Einsichtigen schon Mitte der 50er Jahre deutlich war. Diese Außenpolitik, die immer mehr zur antisowjetischen Aufrüstungs-Politik wurde, sollte der Verteidigung, wenn möglich sogar der Ausdehnung des Systems der „Freien Marktwirtschaft" dienen, der das „Wirtschaftswunder" zu danken sei. Alle internen Probleme dieser Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung wurden gleichsam zu einem Nichts, gemessen an der — echten oder vermeintlichen — Bedrohung des Systems von außen, durch das System der „Unfreiheit und Zwangswirtschaft". Die sozialdemokratische Opposition aber wählte nicht nur auf außenpolitischem, sondern auch auf gesellschaftspolitischem Gebiet je länger desto mehr den Weg der Anpassung an das Adenauer-Erhard-System. Sie hat schließlich auch wirtschafts- und gesellschaftspolitisch auf eine klare Alternative geradezu programmatisch verzichtet. Die SPD ging dabei von einer mehr als problematischen, man könnte schon sagen einer staatspolitisch fahrlässigen Überschätzung der inneren Festigkeit wie der Sinnhaftigkeit der bisherigen bundesrepublikanischen Nachkriegsordnung aus. Deren Struktur wirklich zu durchschauen, also auch ihre Bedingtheit und die Notwendigkeit einer eindeutigen langfristigen Alternative zu erkennen, hat die deutsche Sozialdemokratie sich quasi selbst verboten. Ihr so gefeierter „Ideologie"-Verzicht bedeutet in dieser Hinsicht nichts anderes als die Besiegelung der in der Bundesrepublik selbst zur Ideologie gewordenen Ablehnung gesellschaftlicher Theorie. Und nicht genug damit: wie sie sich außenpolitisch dem Konzept der Bundesregierung in einem Augenblick zugewandt hat, da dessen Problematik längst offenbar war, so hat sie sich gesellschaftspolitisch „auf den Boden der Tatsachen" gestellt in dem Moment, als dieser Boden gerade anfing, wieder in Bewegung zu geraten! Die partei-taktischen Erfolge dieser „Opposition" können

darüber nicht hinwegtäuschen, daß sie staatspolitisch teuer, vielleicht zu teuer erkauft worden sind.

Natürlich haben die propagandistisch weidlich ausgeschlachteten negativen Planungs-Erfahrungen in der DDR zu dem bundesrepublikanischen Planungs-Tabu wesentlich beigetragen. Galt das „Wirtschaftswunder" als die positive Bestätigung der absoluten Richtigkeit der westdeutschen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, so jene Planungs-Misere der DDR als die negative. Inzwischen ist der „Wirtschaftswunder"-Mythos verblaßt, von Euphorie kann keine Rede mehr sein, von offener ökonomischer oder auch nur psychologischer Krise freilich auch nicht. (Noch nicht?) Aber das System der „Freien sozialen Marktwirtschaft" hat seinen Glanz verloren, es stellt sich heute in seiner Bedingtheit dar, es erweist sich als ein durchaus relatives. Die Grenzen seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und seiner sozialen Leistungswilligkeit werden spür- und erkennbar.

Es kommt hinzu ein über das rein Ökonomische hinausgehendes Malaise. Die Bonner Wirtschafts- und Innenpolitik ist heute nur mehr ein widerspruchsvolles „System von Aushilfen". Immer bedrückender wird der Eindruck einer heillosen Konzeptions-, das aber heißt einer Plan-losigkeit. Nicht als ob es in der Bundesrepublik nicht Planung gäbe; es gibt sie durchaus, auf lokaler und regionaler Ebene, zum Teil sogar auf Bundesebene, aber es ist Planung ohne Koordination, gewissermaßen „planlose Planung". Und gerade wo man sich um „so etwas wie Planung" bemüht, wird die absolute Unzulänglichkeit dieses Bemühens offenbar. Im Großen und Ganzen: ein „Weiterwursteln" ohne langfristige Perspektive, fast möchte man sagen: ohne Sinn und Ziel. Die propagandistisch so bequemen Hinweise auf die Unfreiheit und die permanenten Planungs-Engpässe in der DDR befreien uns von diesem Malaise nicht.

Die Bundesrepublik wird fortan in zunehmendem Maße inneren Problemen konfrontiert werden, deren demokratische Lösung ganz neue und außerordentliche intellektuelle wie moralische Anstrengungen verlangen dürfte. Und es hat den Anschein, als seien wir auf sie denkbar schlecht vorbereitet. Es besteht auch durchaus die Möglichkeit, daß die Bundesregierung eine solche demokratische Lösung durch ein Ausweichen in den Notstand zu verhindern, womöglich schon die offene Erörterung der Probleme abzuwürgen versuchen wird. Umso notwendiger ist eine frühzeitige öffentliche Diskussion, die zunächst einmal ein konkretes Problem-Bewußtsein erweckt. „Freiheit und Planung" aber wird eines der wichtigsten Themen dieser unerläßlich gewordenen innenpolitischen Generaldebatte sein.

II.

Karl Mannheim: Planung für die Freiheit

Auf die Struktur-Problematik der westlichen Gesellschaft besonders eindringlich und erhellend hingewiesen zu haben, ist eines der Verdienste des bedeutenden deutschen Soziologen Karl Mannheim. Am 27. März 1893 in Budapest geboren, Schüler Max Webers, hatte Mannheim in den zwanziger Jahre maßgeblichen Anteil an Begründung und Entwicklung der sog. „Wissenssoziologie" (vgl. u. a. „Das Problem einer Soziologie des Wissens", 1925). 1929 erschien das Werk, das ihn weithin berühmt gemacht hat und auf dem auch heute noch sein außerordentliches internationales Ansehen beruht, „Ideologie und Utopie" (1953 auch in der Bundesrepublik neu aufgelegt).

1926 wurde Mannheim Privatdozent in Heidelberg, 1930 übernahm er in Frankfurt eine Professur für Soziologie; die Universität Frankfurt war zu jener Zeit

eine Hochburg der deutschen Sozialwissenschaften. Bald nach der ‚Machtergreifung', im Frühjahr 1933 mußte Mannheim den Frankfurter Lehrstuhl aufgeben. Er ging zunächst nach Holland, später nach England. Seine Emigration war Teil jenes von den neuen Machthabern erzwungenen ungeheuren Exodus deutscher Wissenschaftler, Künstler etc., von dem gerade die Sozialwissenschaften besonders schwer getroffen wurden; bedeutete er für sie doch nicht nur den Verlust zahlreicher hochqualifizierter Gelehrter, sondern gleichzeitig auch eine Exilierung besonders wichtiger, ja grundlegender sozialwissenschaftlicher Methoden und Theorien, wie etwa des Marxismus und der Psychoanalyse.

In England hielt Mannheim an verschiedenen Universitäten Vorlesungen, vor allem an der berühmten, in den dreißiger und vierziger Jahren international besonders angesehenen „London School of Economics". Erwähnung verdient die auf ihn zurückgehende Gründung der „International Library of Sociology and Social Reconstruction" im Londoner Verlag Routledge & Kegan Paul, einer außerordentlich vielseitigen (bis heute fortgesetzten) englischsprachigen Sammlung bedeutender sozialwissenschaftlicher Werke aus der ganzen Welt. Am 9. Januar 1947 ist Karl Mannheim in London gestorben.

Mannheims in der Emigration entstandene Werke, auf die dieser Aufsatz hinweisen will, sind in Deutschland bis heute fast unbekannt geblieben. Zwar ist 1958 eine vollständige deutsche Übersetzung von „Man and Society in an Age of Reconstruction" erschienen, unter demselben Titel wie die erste deutsche Ausgabe (Leiden 1935): „Mensch und Gesellschaft im Zeitalter des Umbaus"; doch hat sie in der Bundesrepublik kaum intensivere Beachtung gefunden. Dasselbe gilt von der deutschen Übersetzung der Vortrags- und Aufsatzsammlung „Diagnosis of our time" (Diagnose unserer Zeit, Zürich 1951). Unübersetzt ist das erst posthum — von Hans Gerth und Ernest K. Bramstedt — herausgegebene Werk „Freedom, power and democratic planning", London 1950. In seinem kurzen Vorwort hat Adolph Lowe es Mannheims „politisches Testament" genannt. Erwähnt werden müssen in unserem Zusammenhang schließlich noch die Vorlesungen Mannheims über „Planned society and the problem of human personality" (abgedruckt in den „Essays on Sociology and Social Psychology", London 1959, p. 255—310).

Die Titel dieser Werke zeigen schon an, um was es dem späten Karl Mannheim vor allem ging: um „Diagnose unserer Zeit" und um „gesellschaftlichen Umbau", anders gesagt: um gesellschaftlich-politische Diagnose u n d Therapie. Das Problem „Freiheit und Planung" wurde ihm zum Kernproblem unserer Epoche. Auf dem Höhepunkt des Zweiten Weltkrieges, 1941, beschäftigte ihn bereits die Frage nach den Voraussetzungen einer wirklich stabilen und gleichzeitig freiheitlichen demokratischen Nachkriegsordnung:

> „Daß die menschliche Gesellschaft krank ist, steht außer Zweifel. Worin nun besteht diese Krankheit und wie kann man sie heilen? Hätte ich die Lage in einem einzigen Satz zusammenzufassen, würde ich sagen: ‚Wir leben in einem Zeitalter des Überganges von der freien Gesellschaft des ‚laissez-faire' zu einer geplanten Gesellschaft. Die geplante Gesellschaft der Zukunft wird eine von zwei Formen annehmen. Sie wird entweder durch eine Minderheit nach den Methoden einer Diktatur regiert werden oder durch eine neuartige Regierungsform, die zwar über große Macht verfügt, sich aber dennoch einer demokratischen Kontrolle unterwerfen wird. Wenn diese Diagnose richtig ist, sind wir alle in derselben Lage: Deutschland, Rußland, Italien, so gut wie Großbritannien, Frankreich und die Vereinigten Staaten. Obwohl wir uns noch in sehr vielen Beziehungen unterscheiden, bewegen wir uns alle in derselben Richtung, einer geplanten Gesellschaftsform entgegen. Die Frage ist nur, ob die Planung gut oder schlecht sein wird. Denn kommen wird sie, sei es unter einer Diktatur oder unter demokratischer Kontrolle."
>
> (Diagnose unserer Zeit, S. 9)

(II. Teil folgt)

Aus der Wirtschaft

Die Notwendigkeit des Osthandels

Direktor Ernst Lederer, Deutsche Bank AG, Frankfurt, sprach vor einigen Wochen vor der Industrie- und Handelskammer und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde e. V. in Stuttgart über neue Aspekte im Handel mit den südosteuropäischen Ländern und der Sowjetunion. Der Redner stellte uns eine schriftliche Zusammenfassung seiner Ausführungen zur Verfügung. D. Red.

Bei dem Begriff Südosteuropa sollen für diese Betrachtungen die Länder Griechenland und die Türkei, sowie Albanien und Jugoslawien ausgenommen sein. Dagegen umschließen sie in den grundsätzlichen Fragen auch die Volksrepublik China. Unser Handel mit den sogenannten Ostblockländern erreichte in den letzten Jahren nicht mehr als knapp 4 % des gesamten Außenhandels der Bundesrepublik Deutschland.

Die Frage, ob man überhaupt Handelsbeziehungen zu den Ostblockländern unterhalten solle, stellt sich für die Bundesrepublik anders als für Franzosen, Engländer und Amerikaner. Mit Ausnahme zur Sowjetunion waren bis zum Krieg die Verbindungen der östlichen Länder zu Deutschland enger als zu jedem anderen Land des freien Westens. Man hätte mit einem „Nein" zur Wiederaufnahme unserer Handelsbeziehungen uralte Verbindungen zerreißen müssen. Nur über die Handelsbeziehungen ist es schließlich auf diesem sehr vorsichtig beschrittenen Terrain gelungen, weitere Fragen anzuschneiden und Zehntausende von Menschen unserer Sprache in die freie Welt zurückzuführen. Deshalb scheint es überflüssig, eine solche Frage überhaupt zu stellen, d. h. ob wir die Handelsbeziehungen zu diesen Ländern aufnehmen, ausbauen und unterhalten sollen oder nicht.

Zu den Schwierigkeiten, die unsere Handelsbeziehungen mit dem Osten belasten, gehört das Fehlen geordneter zwischenstaatlicher Beziehungen. Nur mit der Sowjetunion bestehen diplomatische Beziehungen. Um die Probleme, die mit der Aufnahme von Handelsbeziehungen zusammenhängen, ohne offizielle Vertretungen bearbeiten zu können, schuf man den sogenannten Ost-Ausschuß der deutschen Wirtschaft, eine Organisation der Spitzenverbände der Industrie, des Einfuhr-, Ausfuhr- und Großhandels und der Banken. Dieser Ost-Ausschuß der deutschen Wirtschaft wurde u. a. beauftragt, als selbsthandelnde Person gegenüber Delegationen jener Länder aufzutreten, mit denen die Militärregierung keine Abkommen geschlossen hatte; das waren Rumänien und die Volksrepublik China.

Eine weitere Schwierigkeit für den Osthandel brachten die im § 7 des heutigen Außenwirtschaftsgesetzes festgelegten Zahlungsbedingungen, die verbieten, nach diesen Ländern irgendeinen Warenkredit zu geben. Es muß also jede Lieferung aus Deutschland gegen ein unwiderrufliches, in Deutschland zahlbares Akkreditiv der betreffenden Staatsbank erfolgen. Als äußerstes Entgegenkommen gilt Zahlung gegen Dokumente bei Ankunft der Ware mit Bankgarantie. Dieses Verbot ist aber nicht für alle Teile der deutschen Wirtschaft gültig. Die Kreditinstitute der Bundesrepublik dürfen seit langem ohne weiteres ihren Partnern in diesen Ländern, das sind in erster Linie ihre Staatsbanken, Kredite ebenso gewähren wie nach dem Westen. Seit Januar 1959 darf dies jeder deutsche „Deviseninländer", sofern es sich nicht um einen Warenkredit handelt.

Die hier besprochenen Ostländer sind alle an einer Ausweitung ihres Handels mit der Bundesrepublik durchaus interessiert. Ihr Handel mit der Sowjetunion selbst weist zwar außerordentlich hohe Zuwachsraten auf und erreicht in einzelnen Ländern bis zu 50 % ihres Außenhandelsvolumens. Der Handel zwischen den anderen Ländern des Ostblocks ist dagegen noch unbedeutend. Wir sollten daher in der Bunresrepublik bemüht sein, unseren Anteil zu erhalten und, wenn es geht, noch zu vergrößern, der allerdings immer durch die Liefermöglichkeiten der Länder des Ostblocks bzw. unsere Aufnahmebereitschaft für ihre Produkte begrenzt ist, da diese Staaten nur deutsche Waren im gleichen

Werte zu kaufen bereit sind, den ihre Lieferungen nach der Bundesrepublik erreichen. Denn alle diese Länder denken und handeln noch streng bilateral. Aufgrund des planwirtschaftlichen Systems wünscht man in alle Handelsverträge und Abkommen feste Warenkontingente einzubauen. Von unserer Seite aus sind das immer nur „Kann"-Kontingente und niemals „Muß"-Kontingente, d. h., wir können unseren Partnern die Abnahme ihrer Waren nicht garantieren, nur deren Einfuhr gestatten. Diese Abnahme muß durch entsprechende Qualität, konkurrenzfähige Preise, prompte Lieferung und günstige Lieferbedingungen erst erzielt werden. Da dies nicht immer im vollen Umfang der Kontingente gelingt, gibt es oft Vorwürfe, daß die in den Kontingenten festgelegte Ware von der Bundesrepublik nicht abgenommen wurde.

Eine Hypothek politischen Charakters sind die Beschränkungen, die durch zwischenstaatliche Verträge auf der westlichen Seite in den Handel mit den Ostblockstaaten unter dem Titel des „Embargos" gewisser Güter eingeführt wurden. Allerdings spielen diese heute nach wiederholter Lokkerung der Bestimmungen nicht mehr die Rolle wie vor einigen Jahren.

Wir stehen heute vor einem neuen Abschnitt in der Entwicklung unserer Handelsbeziehungen zu den Oststaaten, vielleicht weniger zur Sowjetunion als zu den anderen Ländern des Ostens.

Am 31. Juli 1962 sind besondere Bestimmungen der EWG für die Einfuhr einiger Warengruppen aus dem Agrarsektor in Kraft getreten. Sie betreffen unsere Partner in den Ostblockländern verschieden. Am wenigsten wohl die Sowjetunion, bei deren Einfuhren nach der Bundesrepublik die durch die Brüsseler Bestimmungen erfaßten Warengruppen nur 10 % ausmachen. Bei Ungarn und Rumänien sind es bereits bei 40 bis 50 % und bei Polen sind es mehr als 60 % des Wertes der gesamten polnischen Einfuhr in die Bundesrepublik, die durch diese Bestimmungen der EWG betroffen werden. Die Bedeutung der EWG ist voll anzuerkennen, aber dennoch besteht die Notwendigkeit, für unsere Geschäftspartner in den Ostblockstaaten — wie in den römischen Verträgen der EWG vorgesehen — Sonderbestimmungen zu treffen. Ein erfreulicher Anfang ist vor kurzem gemacht worden. Der Ministerrat der EWG hat in einer Entscheidung über die Handelsbeziehungen der EWG zu den sogenannten „Staatshandelsländern des Ostens" für die Einfuhren von Getreide, Schweinefleisch, Geflügelfleisch und Eiern in der Zeit vom 1. 2. 1963 bis zum 31. 12. 1964 die Beibehaltung von Kontingenten gestattet. Damit wurde allerdings nur ein Teil der Wünsche der Ostblockländer und zum Teil auch der Bundesrepublik erfüllt.

Es ist zu begrüßen, daß auch Professor Hallstein und vorher Bundeswirtschaftsminister Professor Erhard kürzlich betont haben, daß sich die EWG-Bestimmungen keinesfalls gegen die Ostblockstaaten richten. Dies ist für die Bundesrepublik Deutschland von besonderer Bedeutung, da der deutsche Handel mit diesen Ländern — wenn man Rotchina miteinschließt — ungefähr 44 % des gesamten Osthandels der 6 Staaten der EWG erreicht.

US-Kapitalinvasion in Westeuropa

Drei Aufsehen erregende Meldungen konnte man — bezogen auf die zunehmende Überfremdung der westeuropäischen Wirtschaft durch das amerikanische Kapital — in den letzten Wochen in der Wirtschaftspresse lesen:

1. Der amerikanische Automobilkonzern Chrysler Corporation hat seine bisher rund 15 % betragene Beteiligung am Aktienkapital der französischen Simca-Automobilgruppe (360 Millionen F) durch Zukäufe an der Börse und durch den Erwerb eines Aktienpaketes aus schweizer Besitz auf 63 % erhöht und sich dadurch eine weitgehende Kontrolle über diesen bedeutenden französischen Automobiltrust (Jahresproduktion: ca. 220 000 Fahrzeuge) gesichert. Damit haben die Amerikaner, in diesem konkreten Fall der Chrysler-Trust, einen weiteren wichtigen Stützpunkt im „gelobten" Europa auf dem Sektor der Autoindustrie erworben. Auf dem europäischen Festland (EWG-Raum) verfügen die USA nunmehr über eine Produktionskapazität von rund 900 000 Kraftwagen pro Jahr (Opel, Ford und Simca).

2. Eine amerikanische Finanzgruppe, der die US-Großbank Morgan Guaranty Trust Co., New York, und die US-Bank und Investmentgesellschaft American Express Co. angehören, hat rund 75 % des Kapitals einer der größten westdeutschen Getränkegesellschaften übernommen, nämlich der Firma Quellen-Lehnig in Eschwege/Hessen,

die mehr als 1200 Verkaufsfahrer beschäftigt.

3. Den Amerikanern gelang es schließlich auch, in das bekannte westdeutsche Großversandhaus Neckermann KG maßgeblich „einzusteigen". Die Morgan Trust Company soll mindestens 49 % des aufgestockten Kapitals des bedeutenden Großversandhauses erworben haben. Wer eigentlich hinter dem Placierungsgeschäft der Morganbank mit Neckermann steht, ist bis zur Stunde nicht bekannt. Sehr wohl bekannt ist freilich, daß eines der größten Versandhausunternehmen der Vereinigten Staaten. Spiegel Inc., bereits seit längerer Zeit bemüht ist, auch in Europa die Tätigkeit aufzunehmen. In Frankfurt/Main ist ein vorläufiges Büro eingerichtet worden, das, so berichtet das Mitteilungsblatt der Commerzbank (Ende Oktober 1962), die Aussichten des Versandgeschäfts in den Ländern des Gemeinsamen Marktes testen soll. Zu diesem Zweck werden etwa 5 Millionen Warenkataloge zunächst an Haushaltungen in der Bundesrepublik verschickt werden. Doch auch noch einige andere mächtige Versandhauskonzerne der Vereinigten Staaten drängen nach Westeuropa, wo man nicht nur niedrige Arbeitskosten, sondern auch höhere wirtschaftliche Wachstumschancen erwartet.

Zweifelsohne wäre es möglich, diese drei Beispiele allein aus der Bundesrepublik durch eine Vielzahl anderer zu ergänzen. US-Kapital ist auf allen Ebenen und in allen Zweigen der Wirtschaft der Bundesrepublik zu finden. Die jüngsten Beteiligungen amerikanischer Kapitalgruppen in der Bundesrepublik spannen sich von den großen Henschel-Werken in Kassel bis zu dem kleinen Unternehmen im oberbayerischen Traunstein, das sich auf den Anhängerbau spezialisierte. Das Netz amerikanischer Kapitalverflechtungen in Westdeutschland spannt sich unüberschaubar über sämtliche Wirtschaftsbereiche, es erstreckt sich von Kleinbetrieben bis zum Großkonzern und bis zu einflußreichen Banken. Erwähnt sei in diesem Zusammenhang noch, daß die Amerikaner nun auch bei der Investitions- und Handelsbank Münemanns in Frankfurt/Main einstiegen.

Der unermüdliche Drang der amerikanischen Wirtschaft, innerhalb der EWG feste Positionen aufzubauen, um hier das wirtschaftliche Gepräge unmittelbar mitbestimmen zu können, hat nicht nur im Frankreich de Gaulles kritische Stimmen laut werden lassen, auch in der Bundesrepublik beginnt man, die amerikanischen Kapitalbewegungen mit Unbehagen zu verfolgen, zumal es den US-Unternehmen allein in den letzten 5 Monaten gelang, bisher starke und als uneinnehmbar gegoltene westdeutsche Bastionen zu „stürmen". Zunächst freilich wurde seitens der westeuropäischen Wirtschaft dieser amerikanischen Aktivität kaum Bedeutung beigemessen. Man hielt sie für einen natürlichen Vorgang des internationalen Kapitalflusses. Erst als diese US-Kapitalinvasion immer mehr organisierte und zielstrebige Formen annahm, als sich ein bestimmtes System abzuzeichnen begann, wurde man in den Wirtschaftskreisen Westeuropas hellhörig.

Die Sache begann — um nur ein Beispiel zu nennen — beinahe harmlos. Da wurde im September 1961 nahezu unter völligem Ausschluß der Öffentlichkeit in Paris eine Gesellschaft mit dem Namen Morgan & Cie. S.A., Paris, gegründet, die lediglich mit einem symbolischen Aktienkapital von 700 NF ausgestattet wurde. Erst im Dezember 1962 teilte diese Gesellschaft mit, sie habe ihr Aktienkapital auf 10 Millionen F erhöht. Diese neue, nun plötzlich mit einem erheblichen Kapital ausgestattete französische Bankgründung ist ein Tochterunternehmen der Morgan Guaranty Trust Company of New York, die bereits die Anteile von Quellen-Lehnig und der Neckermann KG „vermittelte". In Bankkreisen wird allerdings angenommen, daß Morgan & Cie., Paris, nach weiteren großen „Placierungsobjekten" in Westeuropa Ausschau hält. Es handelt sich um eine ausgesprochene Invest-Bank, die lediglich „Placierungsgeschäfte" mit Wertpapieren aller Art betreibt. Oder: Die neue Pariser Morgan-Gesellschaft ist der wichtigste Stützpunkt amerikanischer Großkonzerne im EWG-Raum, um hier systematisch alle Bereiche der Wirtschaft nach „schwachen" Stellen abzuklopfen. Die Muttergesellschaft in New York erklärte, die Gesellschaft erblicke in dem neuen Institut ein Instrument, durch das amerikanische Unternehmen die Aufnahme europäischer Kapitalien für ihre Transaktionen in Europa erleichtert werde. Die neue Bank hoffe, wird betont, die Technik des amerikanischen Kapitalmarkts mit der europäischen finanziellen Geschicklichkeit zu kombinieren. Die westeuropäische Wirtschaft und der Kapitalmarkt der EWG-Länder in erster Linie bekamen die „Kombinationen" dieser amerikanischen Großbank auf dem Boden Europas bereits zu spüren.

Meint das „Handelsblatt" (Nr. 246/62) zur Aktivität der Morgan Guaranty Trust Co. in Europa: „Diese Initiative eines der bedeutendsten amerikanischen Bankhäuser scheint in mehrerer Hinsicht bemerkenswert. Sie entspricht zweifellos dem amerikanischen Wunsch, die Expansion amerikanischer Gesellschaften in Europa in der Zukunft mit stärkerer europäischer Beteiligung zu finanzieren ..., außerdem ist sie unter dem Gesichtspunkt einer weiteren europäischen Expansion und des wachsenden amerikanischen Interesses an dieser Entwicklung zu sehen."

Dieser US-Expansionsdrang (der freilich hier nur wirtschaftlich und politisch, nicht aber militärisch verstanden werden will) ist es auch, der die Wirtschaft Westeuropas seit geraumer Zeit in Unruhe hält und die französische Regierung bereits zu offiziellen Protesten veranlaßte. Die französische Regierung verfolge, teilte neulich das Finanzministerium in Paris mit, mit Besorgnis die ständig wachsenden amerikanischen Investitionen in einigen wichtigen französischen Wirtschaftszweigen, vor allem der Nahrungsmittelindustrie und der Automobilindustrie. Frankreichs Finanzminister, Guiscard d'Estaing, hat bei den zuständigen EWG-Instanzen das Problem der amerikanischen Investitionstätigkeit aufgeworfen, um eine gemeinsame Regelung und Überwachung der ausländischen, vor allem der amerikanischen Investitionstätigkeit zu erreichen. Aus einer Erklärung des französischen Finanzministeriums geht hervor, daß die US-Geldanlagen in Frankreich 1961 rund 640 Millionen DM betragen haben. 1962 seien die US-Investitionen bereits auf über eine Milliarde DM angestiegen. Frankreichs Regierung befürchtet, die Konzentration des US-Kapitals auf bestimmte, wenige Industriezweige könnte eine von de Gaulle auch aus politischen Gründen nicht gewünschte Überfremdung dieser Industriezweige zur Folge haben. Das Finanzministerium Frankreichs hält es für erforderlich, eine solche Entwicklung sowohl im nationalen Bereich als auch auf EWG-Ebene zu unterbinden.

Es hat sich zwar bisher in Bonn noch kein offizieller Regierungssprecher gefunden, der ebenfalls auf die Gefahr der Überfremdung der westdeutschen Wirtschaft durch das US-Kapital hinzuweisen den Mut gehabt hätte, doch aus der Privatindustrie selbst kamen mehrmals Stimmen der Kritik. In Bonn verfolgt man die französischen Attacken gegen die US-Kapital-Invasion ohnehin mit einigem Mißtrauen, weniger aus politischen Gründen, als vielmehr aus grundsätzlichen wirtschaftlichen Erwägungen heraus. Die Wirtschaftsexperten Bonns sind nämlich der Ansicht, Frankreich wolle mit seinem Vorgehen gegen die US-Kapitalinvasion der EWG auf Umwegen eine Planwirtschaft nach den Vorstellungen de Gaulles aufdrängen. Die Bonner Bedenken stützen sich dabei in erster Linie auf einen Artikel in der Zeitung „Le Monde" vom 10. 1. 63, in dem unmißverständlich zum Ausdruck gebracht wird, der Gemeinsame Markt könne gegen amerikanischen Kapitalzu- und -einfluß nur dann erfolgreich abgesichert werden, wenn ein gewisses Maß Planwirtschaft betrieben werde. All das, was den Übergang zur europäischen Planwirtschaft verhindere oder verlangsame, begünstige das Anwachsen einer — wie es wörtlich heißt — „kapitalistischen Macht" im Raume der EWG und deren Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten. Planwirtschaft, das ist hinreichend bekannt, widerspricht aber dem Buchstaben der „freien Marktwirtschaft". Stimmte Bonn dem Verlangen Frankreichs nach einer EWG-Planwirtschaft zu, dann müßten allerdings manche liebgewordene Vorstellungen über Bord geworfen werden, zumal die Planwirtschaft bisher stets als kommunistisches Schreckensgespenst, als verwerflich bezeichnet wurde.

Derartige Ansichten, die nun im Frankreich de Gaulles zur offiziellen Wirtschaftspolitik gegenüber den USA erhoben wurden, sind geflissentlich auch in der Bundesrepublik zu hören, wenn auch nicht in der Schärfe wie in Frankreich, doch unüberhörbar. Der Berater des Rationalisierungskuratoriums der deutschen Wirtschaft, Dr. Bethge, warnte vor kurzem in der Jahreshauptversammlung der schwäbischen Bezirksgruppe der Handelsvertreter und Handelsmakler vor der zunehmenden amerikanischen Konkurrenz im Gemeinsamen Markt. Dr. Bethge sagte, die „zweite Invasion" der Amerikaner in Europa stehe unmittelbar bevor. Mit großem Optimismus schafften sie neue Kapazitäten in den EWG- und EFTA-Raum. Und unter der Überschrift „Ausverkauf des Mittelstandes" schrieb das „Handelsblatt" vom 19. Oktober 1962 zum Verkauf der bekannten deutschen Adox-Werke in Frankfurt/Main an den mächtigen US-Dupont-Konzern: „Man fragt sich besorgt, ob denn der selbständige gewerbliche Mittelstand in Deutschland nur noch

die Alternative habe: sterben oder verkaufen. National eingestellte Gemüter gehen noch weiter und weisen darauf hin, daß uns die Tatsache des Verkaufs an ein amerikanisches Unternehmen zu einer Art Kolonialland erniedrige. In der Tat ist der Einfluß, namentlich des amerikanischen Kapitals, in der deutschen Wirtschaft von Jahr zu Jahr gestiegen".

Soweit also das „Handelsblatt", das der Großindustrie der Bundesrepublik nahesteht. Antiamerikanische Stimmen und bestimmte Befürchtungen also nicht nur in Frankreich, sondern auch in der Bundesrepublik. Und das durchaus begründet. US-Monopole sind nämlich bereits an etwas mehr als 800 der in der Bundesrepublik bestehenden 2350 Aktiengesellschaften erheblich oder entscheidend beteiligt. Oft handelt es sich um marktdominierende Unternehmen, wie die Opelwerke, Ford, die Lanz AG, Mannheim, die Standard Elektrik-Lorenz, Stuttgart, die AEG, Neckermann, um nur einige zu nennen. In den vergangenen Jahrzehnten hat die amerikanische Wirtschaft nur relativ geringe Beträge in kontinental-europäischen Unternehmen investiert. Bevorzugte Anklagegebiete waren Kanada, Südamerika, Mittelamerika sowie England und einige Commonwealth-Länder. Doch schon 1962 wurden mehr als ein Drittel der ausländischen Direkt-Investitionen der verarbeitenden US-Industrie innerhalb des EWG-Bereichs angelegt. Hauptanziehungspunkt für das US-Kapital in Westeuropa ist die Bundesrepublik. Seit 1952 haben sich in der Bundesrepublik die von amerikanischen Gesellschaften durchsetzten oder beherrschten Unternehmen von 193 auf etwas mehr als 800 erhöht. Der Anlagewert der US-Beteiligungen im Bundesgebiet stieg im gleichen Zeitabschnitt um mehr als 400 %. Von den rund 800 westdeutschen Aktiengesellschaften, in denen amerikanisches Kapital steckt, sind US-Unternehmen an ca. 200 sogar maßgeblich beteiligt, wie der Hamburger CDU-Vorsitzende Blumenfeld kürzlich errechnete. Der stärkste amerikanische Kapital- und Machteinfluß konzentriert sich allerdings auf 37 große westdeutsche Aktiengesellschaften, die zusammen über ein Grundkapital von 2 Milliarden DM verfügen. Das sind etwa 7,5 % des gesamten bundesdeutschen Aktienkapitals. Das aber sind, wie erwähnt, nur 37 Gesellschaften von rund 800.

Die Schwergewichtsverlagerung der amerikanischen Ausland-Anlagen in Richtung Westeuropa geht auch aus folgenden Zahlen hervor. Von den rund 4,2 Milliarden Dollar, die die amerikanischen Unternehmer 1961 im Ausland anlegten, entfielen etwa 1,5 Milliarden Dollar — 10 % mehr als im Vorjahr — auf Westeuropa. Im Jahre 1962 erhöhten sich die Auslandsinvestitionen der USA auf 4,8 Milliarden Dollar, davon entfielen 39 % oder 1,9 Milliarden auf Westeuropa. Auch 1962 steht die Bundesrepublik erneut an der Spitze jener Länder Westeuropas, in denen amerikanisches Geld angelegt wurde. Vom US-Außenhandelsministerium werden die amerikanischen Direktinvestitionen 1962 in der Bundesrepublik auf 432 Millionen Dollar (rd. 1,72 Milliarden DM) geschätzt. Im Vorjahr waren es 318 Millionen Dollar. Die Deutschland-Offensive der Großunternehmen der USA hat ganz reale Gründe — die mit wenigen Ausnahmen auch auf die anderen Länder der EWG zutreffen. In der Bundesrepublik herrscht weitgehende Niederlassungsfreiheit auch für ausländische Gesellschaften. Diese Tatsache begünstigt die amerikanische Kapitalanlage in Deutschland ebenso wie die handfesten steuerlichen Vorteile, die die ausländischen Gesellschaften in der Bundesrepublik genießen. Ferner spielt in der Bundesrepublik noch die breite Basis der gut ausgebildeten und erfahrenen Facharbeiter eine Rolle, ebenso ein eingespieltes und durchrationalisiertes Absatz- und Vertriebssystem. In der Regel übernehmen die Amerikaner nur die europäischen Betriebe, die mit neuestem Maschinenbestand ausgerüstet sind, um Kosten einzusparen. Und das finden sie vor allem in der Bundesrepublik, die nach dem Kriege ihren industriellen Maschinenpark im wesentlichen zu erneuern hatte.

In erster Linie ist die bundesdeutsche Steuergesetzgebung eine der wesentlichen Ursachen dafür, daß die auswärtigen Kapitalanlagen der USA im EWG-Raum zu 55 % in der Bundesrepublik erfolgen. Nur 20 % werden in Frankreich, 16 % in den Benelux-Staaten und 9 % in Italien angelegt. Während in den USA die Norm der Kapitalverzinsung bei 6 % liegt, gelangen die Amerikaner in Europa, voran in der Bundesrepublik, auf eine Durchschnittsrendite von 14 bis 16 % selbst dann, wenn der Gewinn in der Bundesrepubilk „normal" besteuert und bei der Einfuhr in den Vereinigten Staaten auch den dortigen Steuergesetzen unterworfen wird. Die Körperschaftssteuer in der Bundesrepublik be-

trägt für ausländische Gesellschaften etwa 15 %, die Gesetzgeber der USA verlangen aber 52 %. In den USA vermögen die Gesellschaften, die ihren Gewinn vom Ausland heimholen, die im Ausland bezahlten Steuersätze voll abzuschreiben. Die ausländischen Gesellschaften haben in Westdeutschland noch einen weiteren Steuervorteil, der die deutschen Unternehmen erheblich im Nachteil läßt. Das deshalb, weil die von den deutschen Unternehmen an die deutschen Aktionäre ausgeschütteten Beträge der Einkommens- bzw. Körperschaftssteuer auch dann unterliegen, wenn die ausgeschütteten Beträge sofort wieder reinvestiert werden. Die ausländischen Tochtergesellschaften hingegen sind von diesen Steuern befreit, wenn sie ihre Gewinne sogleich wieder in Investitionen anlegen. So kommt es, daß die ausländischen Tochtergesellschaften eine „Märchen-Dividende" von 86 %, wie jetzt Ford, ausschütten. Je mehr die ausländischen Tochterunternehmen bezahlen und wieder investieren, um so mehr Steuern ersparen sie sich.

Neben der Bundesrepublik ist auch England eines der Hauptzielgebiete für europäische US-Kapitalanlagen. Beide Länder werden als Schwerpunkt-Zentren bezeichnet, das eine für die EWG und das andere für die EFTA. Die Positionen sowohl im EWG- als auch im EFTA-Raum zu verbessern, ist das erklärte Ziel der gesamteuropäischen Wirtschaftspolitik der USA. Etwa die Hälfte der im gesamten europäischen Bereich getätigten amerikanischen Kapitalinvestitionen entfiel bis 1961 auf Großbritannien, wo das US-Kapital besonders in der chemischen Industrie, dem Automobilbau und im Maschinenbau angagiert ist. Die US-Investitionen in Großbritannien werden mit ca. 3,5 Milliarden Dollar angegeben. Auch in Holland ist der US-Anteil sehr auffallend. In den Niederlanden bestehen z. Z. etwa 498 ausländische Industriegesellschaften, die teils an holländischen Unternehmen beteiligt sind, teils eigene Tochterunternehmungen haben. Mit 136 Tochtergesellschaften stehen die USA an der Spitze.

Interessantes Material über die Anlageinvestitionen der Amerikaner innerhalb des Gemeinsamen Marktes veröffentlichte dieser Tage auf Anregung Frankreichs die EWG-Kommission. Im Bericht der EWG-Kommission wird hervorgehoben, daß der Wert der amerikanischen Direktinvestitionen in der EWG seit Beginn des Gemeinsamen Marktes im Jahre 1958 um 81 % gestiegen ist, während im gleichen Zeitabschnitt die Direktinvestitionen der USA in England um 78 % zugenommen haben. Von Bedeutung ist, daß die Amerikaner dabei sind, sich vor allen Dingen einen bestimmenden Einfluß in der für das Pulsieren der Wirtschaft lebenswichtigen Mineralindustrie Europas zu sichern. Von den Gesamtinvestitionen der USA in Westeuropa von 1958 bis 1961 (auf diesen Zeitabschnitt erstreckt sich die EWG-Untersuchung) entfielen in Großbritannien 21 % und in der EWG 31 % auf die Erdölindustrie; davon in der Bundesrepublik 25 %, in Frankreich 29 % und in Italien sowie in den Niederlanden je 46 %. Von den amerikanischen Gesamtinvestitionen wurden ferner in England 65,5 Prozent und in der EWG 54,5 % in der verarbeitenden Industrie angelegt. Diese Tendenz des Eindringens des US-Kapitals in die bedeutendsten Bereiche der westeuropäischen industriellen Produktion dürfte sich freilich zum Leidwesen der europäischen Wirtschaft wesentlich verstärken.

In Frankreich, Holland, England, Italien und in der Bundesrepublik dominieren die amerikanischen Unternehmer über einen beachtlichen Anteil wichtiger Industriezweige, wie in der Auto- und Elektroindustrie, zunehmend aber auch in der Lebensmittelindustrie. In den genannten Zweigen nehmen sie sogar Schlüsselpositionen ein. Ihre gewaltigen ökonomischen Potenzen, die sie in Europa errangen, garantieren ihnen aber gleichzeitig einen bedeutenden politischen Machteinfluß. Je mehr wirtschaftliche Machtballung in den Händen amerikanischer Großmonopole in Westeuropa, um so nachhaltiger wird auch ihr Druck auf die politischen Instanzen der betreffenden Länder sein. Und das fürchtet de Gaulle, deshalb sein Protest gegen die Überfremdung der französischen Wirtschaft durch das US-Kapital. Auch weitschauende Wirtschaftskreise der Bundesrepublik versuchen, dem zunehmenden Druck des US-Kapitals entgegenzuwirken. Westeuropas Wirtschaft fürchtet den Konkurrenzkampf mit den US-Monopolen zu verlieren, denn die Amerikaner dringen mit ungeheuerem Kapitalaufwand in Europa ein. Es ist ein Konkurrenzkampf mit ungleichen Mitteln. „Wir fürchten diesen Kampf nicht auf offenem Feld, auf dem Weltmarkt, aber wir haben Angst vor dem Kampf aus dem Hinterhalt, vor dem Kampf im Untergrund", sagte kürzlich ein angesehener Wirtschaftsmann

der Bundesrepublik. Als Kampf im Untergrund bezeichnete er den Aufkauf einer deutschen Gesellschaft um die andere durch das Kapital der USA. Von den Käufen erfährt die Wirtschaft der Bundesrepublik erst, wenn sie getätigt sind, wenn es also zu spät ist, einzugreifen. Schon spricht man davon, um die totale Überfremdung wichtiger Wirtschaftszweige abzuwenden sogenannte Notgemeinschaften oder Aktivvereinigungen zu gründen, deren Aufgaben es sein müßte — wie es heißt —, in die „schwachen Stellen" der deutschen Wirtschaft deutsches Kapital zu lancieren, um so die ausländische Konkurrenz auszuschalten. So erfreulich die Eigenhilfe der Wirtschaft auch sein mag, der Ausweg aus der prekären Lage freilich ist nur im politisch-gesetzgeberischen Raum zu suchen, so unter anderem im Beschränken der Niederlassungsfreiheit für ausländische Gesellschaften und im Abbau der Steuerprivilegien für die ausländischen Tochterunternehmen. Auch ansonsten sind die nationalen Belange der deutschen Wirtschaft gegenüber einer unlauteren Konkurrenz in Schutz zu nehmen.

Ernst Heinrich

Anmerkungen, Glossen, Zuschriften

Jaspers und die Wiedervereinigung

An seinem 80. Geburtstag hat Karl Jaspers dem Schweizer Journalisten Bondy ein Interview gegeben, in dem er vorwiegend seine politischen Gedanken rekapitulierte. Leider hat Jaspers jene Gedanken, seitdem er sie zum ersten Male geäußert hat, in offener Diskussion nicht überzeugender zu begründen unternommen. Sie sind Thesen geblieben, und so enttäuschte auch dieses Interview alle, die hier philosophisch vertiefte Argumente zu hören hofften.

Jaspers vertritt, Bonn damit schneidend desavouierend, vor allem die These, daß das Bismarckreich von den Nationalsozialisten verspielt worden sei. Aus dieser Erkenntnis heraus sei auf eine Wiedervereinigung bewußt zu verzichten, doch seien wir aufgerufen, den Deutschen in der Zone die Freiheit wiederzugewinnen.

Kann man nun einen geschichtlichen Vorgang — die ungeheuere Machtentfaltung des Dritten Reiches und den folgenden ungeheueren Zusammenbruch — so ausschließlich nach moralischen Maßstäben beurteilen? Welches Volk hätte sich, wenn es sich schon einmal als Folge seiner Torheit das Fell über die Ohren ziehen lassen mußte, in seiner Zerknirschung einfach damit abgefunden? Das wird nur ein Volk tun, das in seiner Niederlage den letzten Halt verloren hat und, nur auf das Vergangene starrend, seine Zukunft aufgibt.

In einem Punkt hat Jaspers jedenfalls recht. Er sieht das Bismarckreich als eine Macht, die schon in ihren Anfängen eine gefährliche Richtung genommen hat. Auch Nietzsche hatte einen erklärten Widerwillen gegen die Schöpfung Bismarcks, ja er ließ sich zu den bitteren Worten hinreißen: „‚Deutschland, Deutschland über alles' ist vielleicht die blödsinnigste Parole, die je gegeben worden ist. Warum überhaupt Deutschland — frage ich: wenn es nicht etwas will, vertritt, darstellt, das mehr Wert hat, als irgendeine andere bisherige Macht vertritt!"

Nietzsche ahnte den Weg, den diese Großmacht Deutschland nehmen würde. Weniger Bismarck war es, es waren die Deutschen, die Bismarckianer, die sein Ärgernis erregten; sie erschienen ihm allzu anfällig für die Dämonie der Macht, ohne die große Klugheit des Reichsbaumeisters. Nietzsches Ahnungen haben sich in einer schauerlichen Weise erfüllt: die deutsche Eiche ist bis auf den Grund gespalten worden. Und wie nehmen die Deutschen das hin? In der Ohnmacht haben sie sich genau so deutsch — im Sinne Nietzsches — verhalten wie im Hochgefühl der Macht. Fast könnte man an die Worte erinnert wer-

den, die Görres 1814 Napoleon über die Deutschen in den Mund legte, die härtesten Worte, die über die Deutschen je gesagt wurden: „... waren die Väter elend, dreimal elend fand ich die lieben Söhne." Eine Politik, die praktisch alles tut, was die Wiedervereinigung verhindern muß, sie aber zugleich als ihr größtes Anliegen proklamiert, muß sich eine solche Charakterisierung gefallen lassen.

Es gibt zwei Arten von Bankerotteuren: die einen richten sich in zäher Arbeit, ihre Verpflichtungen Stück für Stück erfüllend, wieder auf, die anderen reißen eine ganze Welt mit hinein. Wenn man hier etwas rühmen darf, dann die Zähigkeit, mit der die Deutschen nach 1945 ihren wirtschaftlichen Bankerott überwunden haben. Leider gilt dies nicht in gleicher Weise in bezug auf den politischen Bankerott, der heute seine Schatten über die ganze Welt wirft; er wurde abgewikkelt mit der Moral enttäuschter Bismarckianer.

So geht heute das unerlöste Gespenst des Bismarckreiches um. Es stellt noch einmal die Frage nach der Moral, mit der heute die Position in der Mitte Europas gehalten werden kann, und zwingt zur Entscheidung zwischen dem Provisorium Bundesrepublik und Deutschland. Ja, das Bismarckreich ist vor die Hunde gegangen, aber verspielt ist es noch nicht — verspielt wird es erst heute!

Das Bismarckreich hatte, trotz Blut und Eisen, eine wesentliche geschichtliche Funktion in der Mitte des Kontinents zwischen den Mächten. Ein wiederhergestelltes „Bismarckreich" — soweit das heute noch in engeren Grenzen überhaupt möglich ist — hätte ebenfalls eine bedeutsame Funktion zwischen West und Ost. Allerdings nur unter der Voraussetzung, daß es den Preis dafür zu zahlen bereit wäre, nämlich sich als befriedete Einheit zwischen den Blökken zum Schwerpunkt eines gesicherten Gleichgewichtes zu entwickeln, anstelle eines Machtfaktors zu einem Friedensfaktor zu werden. Es scheint zwar aller Staatskunst zu widersprechen, daß ein Land ein Friedensfaktor sein könne, ohne ein Machtfaktor zu sein, aber gerade dies ist die Lehre, die wir aus unserem Schicksal und der heutigen Weltsituation ziehen müssen, — was aber auch eine Revolution des Denkens voraussetzt. Dann könnten wir die Funktion des Bismarckreiches in einem höheren Sinne erfüllen.

Jaspers will „nur" die Freiheit der Deutschen in der Zone. Praktisch heißt das aber doch nichts anderes, als fast alle jene politischen Schritte tun, die für die Wiedervereinigung gefordert werden, denn die Freiheit der Zone ist nicht isoliert zu haben, sie ist gekoppelt mit einem Ausgleich mit der Sowjetunion, also mit all jenen Zugeständnissen, die wir — im Namen unserer Freiheit — gerade nicht machen wollen.

Um zu solchen Einsichten zu kommen, hätten die Deutschen die Vergangenheit bewältigen müssen — nicht bloß die Unmenschlichkeiten und Verstiegenheiten der Hitlerei, sondern ihre deutschen Schwächen, wie sie schon immer, nicht nur unter Hitler oder im Bismarckreich, hervorgetreten sind; unter Hitler haben diese Eigenschaften nur Formen angenommen, die sie jedem erkennbar machen müssen. Jaspers hat die „Bewältigung der Vergangenheit" eine Halbwahrheit genannt, das Schuldbekenntnis gewisser Theologen als „unwürdig" bezeichnet. Mancher Unverbesserliche wird ihm im Geiste dafür gerührt die Hand drücken.

Nun, lassen wir die Frage nach der Schuld und nach der Vergangenheit, die, tief genug dringend, vieles Gegenwärtige in einem ganz anderen Lichte erscheinen lassen würde, hier in der Schwebe; man muß für sie die moralische Kraft haben. Wer sie nicht hat, sollte das Winseln um das verlorene Bismarckreich lassen. Wer sich aber diesen Fragen stellen will, der kann dafür von Nietzsche — ja, ausgerechnet von Nietzsche, der als einer der Väter des Dritten Reiches gilt (leider nicht ebenso von Jaspers) — wesentliche Hilfen erhalten. Doch auch was die Zukunft betrifft, kann man überraschende Funde bei ihm machen, und so möchte ich, abschließend, eine Zukunftsvision Nietzsches hier wiedergeben:

„Die wirtschaftliche Einigung Europas kommt mit Notwendigkeit — und ebenso, als Reaktion, die Friedenspartei ...

Eine Partei des Friedens, ohne Sentimentalität ..., welche den Kampf, den Widerspruch, die Verfolgung gegen sich heraufbeschwört: eine Partei der Unterdrückten, wenigstens für eine Zeit; alsbald die große Partei." (Wille zur Macht Nr. 748)

Wenn Deutschland fähig wäre, diese europäische Aufgabe zu übernehmen, so wäre das eine einzigartige Rechtfertigung

des „Bismarckreiches", und dann, ja dann erst könnte man mit Stolz sagen: Deutschland, Deutschland über alles ...

E. S.

Völkerverbindend

Es läßt sich streiten, ob Sechstagerennen gesund sind, ob die landläufige Fußballbegeisterung dem edlen Wettkampf oder bloß der „Show" gilt und ob einem Großmeister des Schachs derselbe Rang gebührt wie einem Landessieger im Gewichtstemmen. Einigkeit herrscht jedoch über die völkerverbindende Rolle des Sportes. Mir schwant, diese Erkenntnis kam dem Propagandaminister König Totos des Ersten, und seitdem sitzt der Slogan vom „völkerverbindenden Sport" in den Hirnen wie Adenauer im Kanzlersessel — dauerhaft.

Wo hätten je Sportler den Ausbruch von Feindseligkeiten vereitelt? Dagegen sind allerwegen Reden über den Nutzen der Leibesübung zwecks vormilitärischer Dressur im Schwange; schon Turnvater Jahn predigte den Wert der körperlichen Ertüchtigung für präsumtive Kriegsknechte. So wurde aus dem Sport die nationale Kraftmeierei. Das in diesem Sinne erzogene Volk lernte zwischenstaatliche Athletentreffen wie Menschenmaterial-Prüfungen für den „Ernstfall" ansehen. Was je an freundschaftlicher Verbundenheit zwischen Mannschaften und Einzelkämpfen hätte keimen können, ging unter in patriotischem Brimborium: Nicht Meier, Smith oder Wronzow siegte, sondern Deutschland, USA, Sowjetunion. Das Internationale Olympische Komitee verhandelt nationalistische Prestigestreitigkeiten ohne Ende. Und nicht der Marsch der Marathonläufer, der Eiskunstwalzer oder die Paukenschlagserenade der Boxer erklingt nach der Muskel-Leistungs-Messe, sondern die Nationalhymne des Landes, dem der Sieger zufällig angehört.

Ich finde nun weder unser „Deutschland über alles", noch Frankreichs „Auf, Kinder des Vaterlands", noch Belgiens „Marschiere mit deinem energischen Schritt", noch das „Rufst du, mein Vaterland" der Schweiz samt den dazugehörigen bunten Laken besonders völkerverbindend. Aber ein Zank um Konventionen ist — hier wie im Privatleben — sinnlos; die Höflichkeit gebietet, ihnen Reverenz zu erweisen. Höflichkeit definierte Wilhelm Busch als „zierliches Betrügen", aber die zwischenmenschlichen wie die zwischenstaatlichen Beziehungen erfordern um des lieben Friedens willen nette Gesten; diese freilich sind reine Formsache: Die Russen grüßen die Stars and Stripes, ohne sich zum US-Kapitalismus zu bekennen; die Franzosen respektieren den Union Jack, obwohl sie England nicht in der EWG haben wollen; und die Holländer grüßen selbstverständlich die rote Fahne mit Hammer und Sichel, ohne mit dem Regime der UdSSR zu liebäugeln.

Diese Exkursion in die gute Kinderstube erscheint nötig, um die Forderung nach miserablem Benimm einzustufen, welche die Bundesregierung jüngst an die westdeutschen Eishockeyspieler richtete. Im Stockholmer Weltmeisterschaftsspiel gegen die Mannschaft der DDR lief der freie deutsche Westen die entsetzliche Gefahr, die kommunistische „Spalterflagge" ehren zu müssen, falls die ostdeutschen Spieler obsiegten. Notstandsfanatiker Höcherl, der, wenns sein muß, auch außerhalb des Rechts amtszuwalten versteht, heischte von den bundesrepublikanischen Scheibenschlägern eine Haltung außerhalb der Courtoisie: Als Staatsbürger sollten sie vor der Siegerehrung die Kurve kratzen, falls sie gegen die Landsleute des Bruderstaates unterlägen. Staatsbürger sein heißt offenbar: sich rüpelhaft betragen.

Von rheinischer Warte aus betrachtet, kennzeichnet demnach gute Erziehung den potentiellen Landesverräter. Die „Deutsche Zeitung" verrenkte sich das Taktgefühl, indem sie zum Ausdruck brachte, die Anwesenheit bundesdeutscher Schlittschuhknüppler beim Hochziehen des Hammer-und-Zirkel-Lappens bedeute keine Huldigung; die Sportler könnten sich derweil ja am Kopf kratzen oder an ihrer Kleidung nesteln.

Wo ist die vor Jahren so weithin belachte Bonner Anstandsdame Erica Pappritz? Man möchte ihr die kleinstaatlichen Sittenwahrer Dufhues, Höcherl und deren journalistische Claque zur Nachhilfestunde in diplomatischer Etikette zutreiben. Wer beim Fahnengruß in der Nase bohrt, ist selbst ein Schwein; das fällt nicht auf den Leihgeber des Tuches. Das Reglement gesellschaftlichen Schliffs kümmert sich mehr um formale Korrektheit als um den Geist, in dem sie erfüllt wird.

„Man muß doch wohl fragen", kommentierte Dr. Joachim Besser, Redaktionschef des Kölner Stadt-Anzeigers, „was das eigentlich für eine Politik ist, die harmlose

Sportsleute in solche Situationen bringt. Man kann doch nicht den Spielern die Starterlaubnis geben, ohne die Konsequenzen zu übersehen. Eine Regierung muß doch wohl erst nachdenken und dann handeln. Sie kann doch nicht alles so larifari treiben lassen bis zu einem Punkt, an dem ihr nichts übrigbleibt, als ihre Sportler zur Flegelei aufzurufen."

Es gibt doch kaum eine unwürdigere Zumutung an Sportler als die, sich gegebenenfalls nach Art bockiger Kindergartenzwerge als schlechte Verlierer aufzuführen. Die Regierung möbelte das gesunde Volksempfinden auf, als sich die renitenten Querholzschläger auf jene sportliche Fairneß zu berufen wagten, die sich in den luftdünnen Höhen der Politik längst verflüchtigt hat. Dahinter stand freilich nicht nur Empörung über die verlangte Ungebühr wider St. Knigge, sondern auch das Interesse der westdeutschen Rutschbahnmeister, vom internationalen Eishockeyverband weiter als Ländervertretung anerkannt zu werden. Längst der germanischen Quengelei müde, mit der beide Hälften darauf bestehen, das ganze Vaterland zu repräsentieren, ohne sich mit dem anderen Teil einigen zu wollen, haben die internationalen Verbände die Realitäten längst für real genommen und die Zwei-Staaten-Theorie praktisch akzeptiert.

Die Frankfurter Rundschau nannte die bundesrepublikanischen Sportler daher auch klüger als die Bonner Regierungsmannschaft; denn durch die Vorab-Weigerung, die DDR-Fahne zu respektieren, hätte sich die Bundesrepublik automatisch aus dem internationalen Eishokeyverband ausgeschlossen und es den Scheibenschießern der DDR überlassen, auf internationalem Glatteis künftig allein für Gesamtdeutschland die Keulen zu schwingen.

Säßen die Atombomben nicht so locker in den Schächten, so würden wir nach Religions-, Erbfolge-, Handels- und Weltanschauungs-Kriegen vielleicht noch konventionelle Kreuzzüge um den völkerverbindenden Sport erleben. Mit Gewalt läßt sich zwar kein Bulle melken, aber eine Galgenfrist lang der Bankrott unfähiger Politiker verschleiern. Die Vorsicht in der Wortwahl, die Kabinettschefs gewöhnlich vermissen lassen, übten mit Rücksicht auf die frostige Atmosphäre rund um die Eisfläche die Berichterstatter von Funk und Fernsehen. Der bundesrepublikanische Guckkastenreporter befleißigte sich z. B., die ostdeutschen Spieler nie „Deutsche" zu nennen. Er half sich mit mühsamen Umschreibungen über die Runden, etwa: „Vier Deutsche sind auf dem Eis und fünf aus der Sowjetzone."

Zum Happyend der Narretei kam alles anders: Die westdeutschen Spieler gewannen, die ostdeutschen verweigerten der bundesrepublikanischen Hymne und Fahne den Salut und zogen maulend vom Platze. Der internationale Eishockeyverband sperrte die DDR-Sportler, so daß es für drei Monate nur e i n e deutsche Mannschaft gibt: die westliche. Die Bundesregierung kann ihren Wappenspruch „Keine Experimente" dank Ulbricht durch das Motto „Den Seinen gibts der Herr im Schlaf" ersetzen.

Im Zeichen germanischer Zwangsneurose und doppelseitiger Verklemmung ist der zum Strichjungen der Politiker degradierte Sport nicht völkerverbindend, sondern völker-, nein volk-spaltend. Heißt-Flagge-Allotria samt Hymnengedudel sind nicht Symbol der Toleranz gegenüber dem Nachbarn, sondern Propaganda-Narkose. In dieser Eigenschaft ist das Beiwerk der Wettkämpfe den Regierungen die Hauptsache. Man sollte nicht die Sportler, sondern die Politiker sperren, die sich vor der Aufgabe drücken, ihr zerrissenes Volk wieder zu verbinden. Wolfgang Baranowsky

eines Buches auch nur einigermaßen zufriedenstellend und zuverlässig informativ zu behandeln. Orth ist kein Universalgenie, und so hat er sich bedeutend übernommen. Am brauchbarsten ist seine Arbeit dort, wo sie sich auf knappe und genaue Wiedergabe empfangener Informationen beschränkt, wo er, beispielsweise, einen Umriß der polnischen Verfassung und ihrer Organe gibt oder aber aus eigenen Erfahrungen über Reisemöglichkeiten in Polen berichtet. Doch solche Bescheidung übt er leider selten; was darüber hinausgeht, hat bestenfalls den Informationswert eines Illustriertenberichts.

Der Verlag hingegen nennt seinen Autor auf dem Waschzettel einen „anerkannten Polenexperten". Diese Behauptung ist leider nicht nur erheiternd, zeigt sie doch, wie beschämend wenig man bei uns von unserem östlichen Nachbarn weiß. Wie, in aller Welt, wäre es sonst möglich, daß ein Mann, der ein paarmal für jeweils wenige Wochen ein fremdes Land bereist hat, sogleich zum Experten, zum „anerkannten Experten" avanciert. Gewiß, wenn Orth weiter fortfährt, sich mit Polen zu befassen, wenn er die Geschichte des Landes studiert, seine Literatur liest, fünf oder zehn Jahre mit seinen Menschen zusammenlebt und dabei die Augen offenhält, dann dürfte er halten können, was der Verlag jetzt schon verspricht. Die Voraussetzung dazu, das vielseitige Interesse, ist in seinem Buch immerhin zu erkennen. Mehr aber auch nicht. Hans Lipinsky-Gottersdorf

Dokumente zum Zeitgeschehen

159 Wissenschaftler aus Ost und West appellieren an die 18-Mächte-Abrüstungskonferenz in Genf

Wir, die unterzeichneten Mitglieder der internationalen wissenschaftlichen Gemeinschaft, die in Genf versammelt sind, um an der Konferenz der Vereinten Nationen über die Anwendung von Wissenschaft und Technik in den Entwicklungsländern teilzunehmen,

— in der Erkenntnis, daß trotz außergewöhnlichen Fortschritts in Wissenschaft und Technik während der letzten Jahrzehnte noch etwa Zweidrittel der Menschheit an Hunger und Unterernährung leiden, die durch Seuchen, Unwissenheit und Armut hervorgerufen werden;

— angesichts der Notwendigkeit einer außerordentlichen Anstrengung im Geiste der Zusammenarbeit, um diese Verhältnisse zu überwinden, und überzeugt, daß eine solche Anstrengung eine beispiellose Mobilisierung der modernen Wissenschaft und Technik für die Unterstützung der unterentwickelten Gebiete voraussetzt;

— überzeugt, daß diese Ziele erreicht werden könnten durch eine breitere internationale Zusammenarbeit, die eine beträchtliche Vermehrung der gegenwärtigen Hilfsmaßnahmen einschließt;

— angesichts der Tatsache, daß das Kapital, das für diesen Zweck zur Verfügung steht, vor allem durch enorme weltweite Ausgaben für unproduktive Rüstungen beschränkt wird;

— in der Erkenntnis, daß die Probleme der Abrüstung und der ökonomischen und sozialen Entwicklung die beiden größten Aufgaben darstellen, deren Lösung die Menschheit in den nächsten Jahren beschäftigen muß;

— angeregt durch die einstimmig gebilligte Resolution der XVII. Vollversammlung der Vereinten Nationen vom Dezember 1962*) zu der Empfehlung, die durch die Abrüstung freiwerdenden Ressourcen für friedliche Zwecke zu verwenden;

*) Die am 18. 17. 1962 ohne Gegenstimmen verabschiedete Resolution der Vollversammlung geht auf einen gemeinsamen amerikanisch-sowjetischen Entwurf zurück. Die Vorlage bezieht sich auf Studien einer Expertengruppe, die den jährlichen Rüstungsaufwand der Welt auf 120 Mrd. Dollar schätzt. Diese Summe macht nach den gleichen Berechnungen mindestens Zweidrittel des jährlichen Nationaleinkommens aller Entwicklungsländer zusammen aus.

wünschen in unserer Eigenschaft als Glieder der internationalen wissenschaftlichen Gemeinschaft:

1. unsere Meinung zu bekunden, alle Völker sollten jede nur mögliche Anstrengung unternehmen, um das Ziel, eine allgemeine und vollständige Abrüstung, zu unterstützen, und

2. die Gelegenheit zu nutzen, um beim Wiederbeginn der 18-Mächte-Abrüstungskonferenz einen feierlichen Appell an die teilnehmenden Delegationen zu richten, dringend zu versuchen, zu einem Vertrag über die Einstellung aller Experimente mit atomaren Waffen zu gelangen und baldmöglichst eine allgemeine und vollständige Abrüstung unter wirksamer internationaler Kontrolle zu erreichen und dadurch die Mittel freizumachen, die dringend für die große und konstruktive Aufgabe der ökonomischen und sozialen Entwicklung in einer friedlichen Welt benötigt werden.

Genf, den 18. Februar 1963

Josué de Castro, Universität Brasilia (Brasilien) — Walsh McDermott, Cornell University, Medical College, New York (USA) — E. K. Fedorov, Akademie der Wissenschaften, Moskau (UdSSR) — Lord Casey, Commonwealth Scientific and Industrial Research Organization, Melbourne (Australien) — Henri Laugier, Sorbonne, Paris (Frankreich) — J. W. T. Spinks, Universität von Saskatchewan (Kanada) — Abba Eban, Weizmann Institute of Science (Israel) — Michael Kalecki, Polnische Akademie der Wissenschaften (Polen) — J. Bognar, Instut für Kulturelle Beziehungen (Ungarn).

(Dem Appell schlossen sich bis Ende Februar weitere 150 Teilnehmer der Genfer Konferenz an.)

Nach: Appeal of Scientists to the Commitee on Disarmament, Geneva.

Manifest über das Recht des Menschen auf Freiheit von Hunger

Über die Hälfte der Menschheit erhält eine qualitativ und quantitativ unzulängliche Ernährung, während im Jahre 1962 der Aufwand für Rüstungszwecke ungefähr 150 Milliarden Dollar erreichte. Demgegenüber sind die Summen, die der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung zugewendet wurden, lächerlich gering. Wenn wir bedenken, daß im zwanzigsten Jahrhundert von drei Neugeborenen einer nicht die geringste Hoffnung auf ein normales Leben hat, dann müssen wir zwangsläufig feststellen, daß unsere Zivilisation ihr menschliches Kapital verkümmern läßt und ihre Fortschrittsmöglichkeiten beschneidet. Dazu kommt, daß diese Situation sich rapid verschlimmert, denn die Bevölkerung nimmt ständig zu, ohne daß die Nahrungsmittelproduktion Schritt hält. Und dennoch bestehen Wege und Möglichkeiten, das Problem in Angriff zu nehmen. Eine wirksame Anwendung der bestehenden Mittel könnte den Traum wahrmachen von einer Welt, aus der der Hunger verbannt ist. Aber ist sich die Menschheit der Gefahr bewußt und ist sie bereit, ihr zu begegnen?

Es ist ein unerträglicher Gedanke, daß das ungeheure Wissen und der große Reichtum, die es heute in der Welt gibt, so wenig eingesetzt werden, um das Los der Massen zu verbessern, die es so dringend nötig hätten. Unter allen Lebensbedingungen ist die wichtigste die, zu essen zu haben. Hunger und Unterernährung können die Kräfte einer Nation auf allen Gebieten lähmen.

Ein dauerhafter Fortschritt ist nur möglich unter voller Ausnutzung der nationalen Hilfsquellen, aber am Anfang ist eine Hilfe von außen nötig, um diese Bemühungen zu leiten und zu vervollständigen. Die Hindernisse, die sich dem Fortschritt entgegenstellen, sind eher sozialer und wirtschaftlicher als wissenschaftlicher Natur, und um die Entwicklung zu einem höheren Lebensniveau sicherzustellen, benötigt es zunächst Experten, Kapital und Erziehungsmöglichkeiten. Die Probleme sind vielseitig, ungeheuerlich und dringend. Ihre Lösung ist nicht möglich, wenn die internationale Hilfe und Zusammenarbeit nicht Hand in Hand geht mit den nationalen Lösungen. Unter diesem Gesichtspunkt müssen die Wirtschafts- und Handelsabkommen darauf abzielen, die Würde und Sicherheit der Entwicklungsländer zu garantieren, indem man ihnen die Möglichkeit gibt, ihre Produkte auf dem Weltmarkt abzusetzen. In der Tat, wenn alle wirtschaftlich starken Länder, seien

sie kapitalistisch oder kommunistisch, in gemeinsamem Bemühen den Kampf gegen den Hunger und das Elend aufnähmen, die der gemeinsame Feind der gesamten Menschheit sind, würde aus einer solchen Zusammenarbeit nicht genügend gegenseitiges Vertrauen erwachsen, um der Welt zu helfen, eine weitere der grundlegenden Freiheiten zu verwirklichen, nämlich die Freiheit, nicht mehr unter dem Druck eines möglichen Krieges zu leben?

Die Hungerkampagne soll die nationalen und internationalen Bemühungen wachrufen mit dem Ziel, die Regierungen über den Stand der Dinge zu unterrichten und die Völker zu erziehen, damit die Hilfsquellen aller Nationen gemeinsam voll ausgenützt werden können.

Mit all unserer Kraft behaupten wir, daß das erste Recht des Menschen das Recht ist, frei von Hunger zu leben. Deshalb rufen wir auf zu sofortiger, tatkräftiger Aktion auf nationaler und internationaler Ebene, die die Völker und ihre Regierungen assoziiert. Im besonderen wünschen wir, die ungeheuere Verschwendung anzuprangern, die sich aus der ständigen Anhäufung neuer Waffen ergibt, und deutlich zu machen, welche ungeheuere Hilfe der Hungerkampagne zuteil werden könnte, wenn man ihr auch nur einen Teil dieses Geldes zuwendete. Wir sind der Meinung, daß eine internationale Aktion zur Überwindung des Hungers die Spannung in der Welt mindern und die menschlichen Beziehungen verbessern würde, indem sie an die besten und nicht an die schlechtesten Instinkte des Menschen appelliert.

Rom, 14. März 1963

Sir Mark Oliphant, K. B. E., F. R. S., Professor der Physik an der Australischen National-Universität (Australien) — Prof. Hans Thirring, Mitglied der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (Österreich) — Rev. Dominique Georges Pire, Träger des Friedens-Nobelpreises (Belgien) — Botschafter Josué de Castro, Leiter der Ständigen Delegation Brasiliens in Genf (Brasilien) — Prof. Henri Laugier, ehemaliger stellvertretender Generalsekretär der Vereinten Nationen für Soziale Angelegenheiten (Frankreich) — Abbé Pierre, Association Emmaus (Frankreich) — Pierre Mendès-France, ehemaliger Ministerpräsident (Frankreich) — Halldór Kiljan Laxness, Träger des Nobelpreises für Literatur (Island) — Prof. Salvatore Quasimodo, Träger des Nobelpreises für Literatur (Italien) — Giorgio La Pira, Bürgermeister von Florenz (Italien) — Prof. G. U. Papi, Rektor der Universität Rom (Italien) — Frau Eva S. de López Mateos, Gattin des Präsidenten von Mexiko, Präsidentin des National Institute of Child Welfare (Mexiko) — S. L. Mansholt, Vize-Präsident der Kommission der Europäischen Wirtschafts-Gemeinschaft (Niederlande) — Sir Muhammad Zafrullah Khan, Präsident der UN-Vollversammlung (Pakistan) — Felix Schnyder, Hoher Kommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlingsfragen, Träger des Friedens-Nobelpreises (Schweiz) — Rudolf Suter, Präsident der Genossenschaft Migros (Schweiz) — L. Maire, Ratsvorsitzender der UN-Organisation für Ernährung und Landwirtschaft (Schweiz) — Aldous Huxley, Schriftsteller (Großbritannien) — Lord Boyd Orr of Brechin, Träger des Friedens-Nobelpreises (Großbritannien) — The Rt. Hon. The Earl Attlee, ehemaliger Premierminister (Großbritannien) — Prof. E. B. Chain, F. R. S., Träger des Nobelpreises für Medizin (Großbritannien) — Prof. C. F. Powell, F. R. S., Träger des Nobelpreises für Physik (Großbritannien) — Denis Moriarty, Sekretär des Friends Service Council, Träger des Friedens-Nobelpreises (Großbritannien) — Dr. E. L. Tatum, Träger des Nobelpreises für Medizin (USA) — Dr. Albert Szent-Györgyi, Träger des Nobelpreises für Medizin (USA) — Robert Lyon, Vertreter des American Friends Service Committee, Träger des Friedens-Nobelpreises (USA) — Dr. Albert Sabin, Vertreter der Children's Hospital Research Foundation (USA) — Msgr. L. G. Ligutti, Ständiger Beobachter des Heiligen Stuhls bei der UN-Organisation für Ernährung und Landwirtschaft (Vatikan).

Ansprache des Papstes an die Vertreter der internationalen Presse anläßlich der offiziellen Mitteilung von der Verleihung des Balzan-Friedenspreises an Johannes XXIII. in der Sonderaudienz vom 7. März 1936, an der auch Alexej Adschubej, Schwiegersohn Chrustschows und Chefredakteur der „Istwestija", mit seiner Gattin teilnahm.

Werte Herren,

Wenn ein internationaler Preis verliehen wird, ist es üblich, daß der Preisträger einige Worte an die Presse richtet. Für Uns ist es — wie Sie wohl wissen — durchaus nichts

Ungewöhnliches, daß Wir die Vertreter der Presse empfangen. Wir schätzen Ihre Arbeit wirklich. Erst jüngst haben Wir bei Begegnungen mit Journalisten von Ihrer Arbeit gesprochen und Ihre Kollegen ermahnt, sich dem Dienst an der Wahrheit und an der Gerechtigkeit zu widmen: Veritas de terra orta est, et iustitia de coelo prospexit (Ps. 84, 12).

Wir wollten Uns an diesen Brauch halten, nachdem Wir am 1. März die offizielle Mitteilung erhielten, daß Uns der internationale Friedenspreis der Balzan-Stiftung verliehen wurde, und Wir wollten Ihre werte Anwesenheit benutzen, um den Mitgliedern der Balzan-Stiftung und dem internationalen Komitee öffentlich erneut Unseren Dank auszusprechen. Wie sollten Wir nicht freudig darüber bewegt sein, daß die Wahl einmütig auf unseren demütigen Namen fiel?

Gewiß, es geht nicht um Unseren Familiennamen, sondern um den Namen den Wir in der Nachfolge des heiligen Petrus angenommen haben. Sie verstehen, daß Wir deshalb heute vor allem die ehrwürdigen Namen Unserer Vorgänger in Erinnerung rufen wollen, zumindest jene fünf, die Wir im Laufe Unseres Lebens kennengelernt haben.

Von Leo XIII. bis Pius XII. ist alles eine wahre Blüte von Lehren, Ermahnungen, pastoraler und caritativer Tätigkeit. Eine Blüte, die jene universale Einmütigkeit vorbereitet hat, die sich so wunderbar manifestierte, als es um die Verleihung des Balzan-Preises an Uns ging.

Damit wird dem beständigen Einsatz der Kirche und des Papsttums für den Frieden Ehre erwiesen: Einem Einsatz, dessen charakteristische Merkmale durch die Umstände der modernen Zeit immer klarer hervortraten. Sie haben, ohne dem Wesen der freien und vollkommenen Souveränität des römischen Papstes Abbruch zu tun, auf der Ebene der internationalen Auseinandersetzungen — der kriegerischen oder der rein verbalen — die vollkommene übernationale Neutralität der Kirche und ihres sichtbaren Oberhauptes begünstigt.

Diese Neutralität versteht sich jedoch nicht in rein passivem Sinne, gleichsam als ob es die Aufgabe des Papstes sei, das internationale Geschehen zu beobachten und dazu zu schweigen. Im Gegenteil, es ist eine Neutralität, die ihre ganze Zeugniskraft bewahrt. Besorgt um die Verbreitung der Prinzipien des wahren Friedens, ermutigt die Kirche immer wieder zu einem Sprachgebrauch und zur Einführung von Gewohnheiten und Institutionen, welche die Stabilität des Friedens garantieren. Wir haben es immer wieder gesagt: Das Wirken der Kirche ist nicht rein negativ, es besteht nicht einzig darin, die Regierungen zu beschwören, sie mögen bewaffnete Auseinandersetzungen vermeiden. Die Kirche will vielmehr zur Formung von Menschen des Friedens beitragen, Menschen, deren Denken, Handeln und Herz friedfertig ist.

Die Friedfertigen, die das Evangelium selig preist, sind keine Inaktivisten: Sie sind im Gegenteil aktive Förderer des Friedens. Es sind jene, die den Frieden schaffen; Facteres Pacis (vgl. Matth. 5, 9).

In allen Riten und Sprachen erklingt im Laufe der Meßliturgie wiederholt das Wort Christi: Pax vobis! Der Friede sei mit Euch! Der Zelebrant richtet im Namen der Assistenz an den auf dem Altar gegenwärtigen Christus die glühende Bitte, die dann vom mächtigen Chor aufgenommen wird: Dona nobis pacem — gib uns den Frieden! So muß der Mensch zuerst um den Frieden bitten, dann muß er lernen, ihn zu leben: Im Kreis der Familie, im sozialen Bereich und in den internationalen Beziehungen.

Es ist eine Fülle schwerer und wohlbekannter Pflichten, die erfordern, daß man fähig ist, in edler Weise sich im Gebrauch der eigenen Rechte zu mäßigen und sich einer Sprache zu befleißigen, die aufrichtig und voller Achtung gegenüber allen ist, — auch wenn es darum geht, eine Anklage zurückzuweisen oder das heilige Erbe der menschlichen Person, der Familie und der Gemeinschaft zu verteidigen.

Das will besagen, daß der christliche Friede in den göttlichen Tugenden seine Wurzel hat, im Glauben, in der Hoffnung, in der Liebe. Und der Friede festigt sich und verbreitet sich durch großherzige und freiwillige Übung der Klugheit, der Gerechtigkeit, der Tapferkeit und der Mäßigung.

Mögen sich doch diese friedfertigen Gedanken immer mehr in der Welt verbreiten, werte Herren! Es wird zum Teil Ihre Aufgabe sein, sie namentlich durch die Presse dem Verstand und schließlich dem Herzen der Menschen nahezubringen. So können Sie sich

selbst das Zeugnis ausstellen, zur Verwirklichung jenes Wunsches beigetragen zu haben, der bei der Geburt des Erlösers vom Himmel erklang: Friede den Menschen auf Erden, die guten Willens sind (Luk. 1, 14).
Dies will auch Unser Wunsch sein für alle Nationen, die Sie hier vertreten. Mögen sie immer mehr die Wohltaten der Eintracht und des Wohlstandes erkennen und überfließen von himmlischen Segnungen, die Wir in diesem Augenblick aus der Fülle des Herzens über jeden einzelnen von Ihnen erflehen.
(KNA-Übersetzung)

Erklärung des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland zu den Naziverbrechen

Bethel, Mitte März 1963

Seit Monaten erleben wir in der Bundesrepublik und in Westberlin im verstärkten Maße Gerichtsverfahren, in denen Verbrechen der nationalsozialistischen Zeit abgeurteilt werden. Ein Vorgang, der bis jetzt das Ausland mehr als unser eigenes Volk zu erregen scheint. In diesen Prozessen — der größte unter ihnen wird der Auschwitz-Prozeß sein — werden Verbrechen, die von Gliedern unseres Volkes an Millionen von Juden und anderen Volksgruppen, an Männern, Frauen und Kindern verübt wurden, in ihrem ungeheuren Ausmaß und in ihrer ganzen Brutalität noch einmal vor uns aufstehen. Unabweisbar werden wir dadurch zu der Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit unseres Volkes, die wir bisher versäumt oder zu leicht genommen haben, herausgefordert.

Auf die naheliegenden Fragen, warum es so spät — nahezu 20 Jahre nach der totalen Kapitulation und nach der Verübung jener Verbrechen — zu ihrer Verfolgung und Aburteilung durch unsere deutschen Gerichte komme und wie unsere Justiz diese ungeheure Aufgabe lösen wolle, hat der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland von zuständiger Stelle die Auskunft erhalten, die ehemaligen Besatzungsmächte hätten auch nach dem Abschluß der Nürnberger Prozesse das von ihnen beschlagnahmte Aktenmaterial unter Verschluß gehalten. Den deutschen Strafverfolgungsbehörden sei erst 1958 wenigstens von seiten der drei westlichen ehemaligen Besatzungsmächte in größerem Umfang Zugang zu den Geheimarchiven gewährt worden. Noch im gleichen Jahr habe die Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Verfolgung nationalsozialistischer Gewaltverbrechen in Ludwigsburg mit der systematischen Vorbereitung der Verfahren begonnen. Es sei dabei nicht an eine neue allgemeine „Entnazifizierung" gedacht; es handele sich um Strafverfahren vor ordentlichen Gerichten, in denen nur gegen Personen verhandelt werden soll, die eine eigene Verantwortung hatten oder besonders grausam handelten. Im ganzen sei nach den bisherigen Ermittlungen mit etwa 1000 Angeklagten zu rechnen, die sich in ungefähr 500 Verfahren vor den zuständigen ordentlichen Gerichten in den Ländern der Bundesrepublik sowie in Westberlin zu verantworten haben.

I.

Wir sehen damit in erster Linie unsere Gerichte vor eine unerhört große und schwere Aufgabe gestellt. Sie werden in Abgründe von Unrecht und Unmenschlichkeit zu blicken haben, die ein normales Vorstellungs- und Fassungsvermögen weit übersteigen. Die Schuld, die hier zu ahnden ist, greift in ihren hintergründigen Zusammenhängen weit hinaus über das, was mit den üblichen Normen und Strafen menschlichen Rechts umfaßt und geahndet werden kann. Unsere Gerichte werden große Mühe haben, nach so langer Zeit die Tatbestände noch genau zu erheben und das Maß der Verantwortung der Angeklagten richtig zu bestimmen. In jedem einzelnen Fall werden sie mit zu bedenken haben, welch mächtigen Einfluß der damalige Terror von Partei und Staat, eine raffinierte Propaganda und suggestive Befehle auf jahrelang planmäßig eingeschläferte oder umgeschulte und irregeleitete Gewissen wie auch die Versuchung unkontrollierter Machtstellungen ausgeübt haben. Unabdingbar aber muß an der persönlichen Verantwortung jedes mit Befehlsgewalt über andere ausgestatteten Menschen festgehalten werden. In den Grenzen, in denen menschliche Rechtsprechung möglich ist, muß in jeder Gemeinschaft um ihrer selbst willen das Unrecht als verwerflich gekennzeichnet und bestraft werden.

An einen Akt der Begnadigung kann der Staat erst denken, wenn zuvor dem Recht Genüge getan ist: „Gerechtigkeit erhöht ein Volk, aber die Sünde ist der Völker Verderben" (Sprüche 14, 35).

Es ist nicht die Aufgabe der Gerichte, mit diesen Verfahren so etwas wie die Reinigung unseres ganzen Volkes zu vollziehen; sie können nur einzelne Verbrecher zur Verantwortung ziehen und aburteilen. Aber es ist ihr hohes Amt, die in der Vergangenheit zerstörte Gebundenheit an das Recht in unserem Volke wiederherzustellen und damit einen wesentlichen Beitrag zur inneren Wiedergenesung unseres Volkes zu leisten.

Wir wollen nicht verschweigen, daß uns im Rückblick auf einige Urteile bereits zum Abschluß gekommener Verfahren der letzten Zeit in der Seelsorge in den Strafanstalten, aber auch in unseren Gemeinden die Frage begegnet, ob nicht ein Mißverhältnis zwischen einigen Urteilen über Verbrechen aus der NS-Zeit zu Urteilen und Verbrechen aus unseren Tagen besteht. Dabei übersehen wir nicht, wie schwer die Aufgabe der Richter und Geschworenen in diesen NS-Verbrecherprozessen wegen der noch immer fortdauernden Verwirrung der Gewissen in weiten Kreisen unseres Volkes ist. Wenn ein mehrfacher Kindsmörder nach siebzehn Jahren gefaßt wird, begegnet dem Gericht, das den Mörder aburteilt, die selbstverständliche Zustimmung des Volkes. Bei den anstehenden NS-Verbrecherprozessen aber müssen unsere Gerichte mit viel Unverständnis und tiefgehenden inneren Widerständen in einem Teil unseres Volkes rechnen. Eben darum wollen wir unsere Gerichte in ihrer schweren Verantwortung nicht allein lassen; sie müssen tun, was ihres Amtes ist. „Denn Recht muß doch Recht bleiben" (Psalm 94, 15).

II.

Im Zusammenhang mit diesen Verfahren sehen wir auch auf die Kirche, auf unsere Pfarrer und Gemeinden neue seelsorgerische Aufgaben zukommen. Die Kirche wird den von der gerichtlichen Verfolgung Betroffenen in jedem Fall seelsorgerischen Beistand anzubieten haben, ob sie nun noch in Angst vor der Aufdeckung ihrer bisher verborgenen Schuld leben oder sich in der Untersuchungshaft und im Prozeß selbst vor die von ihnen einst begangenen, ihnen inzwischen vielleicht selbst unbegreiflich gewordenen Untaten stellen lassen und nun zu ihnen stehen müssen. Die Kirche wird den Betroffenen mit Gottes Wort und ihren Gebeten nahe sein. Sie soll die vor Gericht Geladenen in die letzte und entscheidende Verantwortung rufen, in die Verantwortung vor Gott, der alle unsere Wege gesehen hat und sieht. Sie soll die Angeklagten vor den allezeit gültigen Maßstab der Gebote Gottes stellen und einem jeden so zur Erkenntnis und zum Bekenntnis seiner Sünde vor Gott und Menschen helfen. Sie darf dem Bußfertigen um Jesu Christi willen die Vergebung aller seiner Sünden zusprechen, Gottes vorbehaltlose, ganze Gnade verkündigen und damit den Weg für einen neuen Anfang und eine neue Zukunft freimachen, wie auch das Urteil des menschlichen Gerichts ausfallen mag.

Eine Handreichung zu diesem Dienst will der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland den Gefängnisseelsorgern wie den Gemeindepfarrern zugehen lassen. Wir bitten Pfarrer und Gemeinden, solchen Christusdienst an den von den Verfahren Betroffenen und ihren Angehörigen mit ganzer Treue zu tun. Die Betroffenen selbst aber bitten wir durch sie herzlich, die Zeit der Heimsuchung zu nützen und sich dem Wort von Gottes Gericht und Gnade in Gottesfurcht und Vertrauen zu öffnen.

III.

Schließlich aber wenden wir uns an alle Glieder unserer Gemeinden und an unser ganzes Volk. Denn wir sind in Kirche und Volk von diesen Verfahren allesamt mitbetroffen und durch sie noch einmal vor die Aufgabe der Bereinigung unserer Vergangenheit gestellt.

Wir verkennen nicht, daß die Jugend heute dieser Vergangenheit gegenüber in einer anderen Lage ist, manches anders sehen muß und darf als die Generation, welche die nationalsozialistische Zeit bewußt und mitverantwortlich erlebt hat. Aber wir bitten alle jungen Menschen, sich bewußt zu machen, daß es in dieser kritischen Auseinanderesetzung mit unserer Vergangenheit nicht nur um Vergangenes geht, sondern um die Wiederherstellung tragfähiger Fundamente für den Neubau unseres ganzen deutschen Lebens in allen seinen Bereichen und Beziehungen und damit gerade auch um ihre Zukunft.

Wir Älteren sind jetzt noch einmal gefragt, ob wir das Ausmaß der in nationalsozialistischer Zeit von deutschen Menschen mit staatlichen Gewaltmitteln geplanten, befohlenen und unbeschreiblich grausam ausgeführten Massenverbrechen endlich zur Kenntnis nehmen und uns dieser Vergangenheit stellen wollen, statt die Erinnerung daran zu ver-

drängen und jede Mitverantwortung dafür zu leugnen. Begangenes Unrecht kommt nicht dadurch zur Ruhe, daß man es totschweigt, und nur Unverstand kann von Beschmutzung des eigenen Nestes reden, wo es in Wahrheit darum geht, ein schwerbeschmutztes Nest zu säubern. Es taugt auch nichts, uns hinter dem Unrecht verstecken zu wollen, das während und nach dem Krieg von anderen Völkern an Menschen unseres Volkes begangen worden ist. Der Massenmord an Juden und anderen Volksgruppen, der mit dem deutschen Namen verbunden ist, wird damit nicht ausgelöscht.

Steht es aber so mit unserer gemeinsamen Last, so sind wir nicht schon dadurch von ihr befreit, daß einzelne für die von ihnen in eigener Verantwortung begangenen Verbrechen abgeurteilt werden. Denn diese Verbrechen waren nur möglich, weil unser Volk die politische Gewalt einem Regime überlassen hat, das an die Stelle Gottes und seiner heiligen Gebote die „nordische Rasse" als obersten Wert gesetzt hat, an die Stelle des Glaubens an Gott und seinen Heiland Jesus Christus den Glauben an die Nation und „ihren Führer", an die Stelle der Achtung und Liebe gegenüber dem Mitmenschen die Verachtung anderer Völker und die Verteufelung des politischen Gegners.

So wurden die Gewissen verwirrt und das Pflichtbewußtsein vieler, im bürgerlichen Leben vielleicht anständiger Menschen so weit pervertiert, daß einige selbst zu Verbrechen fähig wurden, andere bis heute glauben, sich jeder Mitverantwortung für das Geschehene durch den Hinweis entziehen zu können, sie hätten nur brav ihre Pflicht getan. Auch der Bürger, der an den Verbrechen nicht beteiligt war, ja nichts von ihnen wußte, ist mitschuldig geworden, weil er lässig war gegen die Verkehrung aller sittlichen Maßstäbe und Rechtsnormen in unserem Volk.

Wir können auch uns und unsere Gemeinden nicht ausnehmen von dieser Schuld. Denn wo es Sache aller Christen gewesen wäre, uns mit dem uns anvertrauten Wort der Wahrheit, mit dem öffentlichen Bekenntnis zur unumstößlichen Herrschaft Gottes über alle Bereiche unseres Lebens schützend vor die Opfer dieses Systems, zumal vor die unter uns lebenden Juden, zu stellen, da haben nur wenige die Einsicht und den Mut zum Widerstand gehabt.

Diese beschämende Erkenntnis verwehrt es uns heute, im Blick auf die laufenden Prozesse uns als Unbeteiligte von den zur Verhandlung stehenden Verbrechen abzuwenden. Es waren die Irrwege unseres ganzen Volkes und die Versäumnisse von uns Christen, die diese Verbrechen möglich gemacht haben. Wir können daran nichts beschönigen und sollten allen Versuchen einer Selbstrechtfertigung absagen. Vielmehr ist uns geboten, uns mit den jetzt Angeklagten vor Gericht und Sein Gericht rufen zu lassen.

Gott aber richtet, um zu retten. Im Wort vom Kreuz, in der Botschaft von der Versöhnung der Welt mit Gott, im Evangelium von Jesus Christus, dem Heiland aller Menschen, und im Sakrament des heiligen Abendmahls wendet er sich uns aufs neue zu mit seiner abgrundtiefen Barmherzigkeit, die so weit reicht, auch die schwersten, unheilvollsten Sünden zu vergeben und einen neuen heilvollen Anfang zu schenken.

Solche Umkehr, die die düstere Vergangenheit nicht verleugnet, sondern sich ihr stellt, um sie zu überwinden, ist also möglich, und sie ist von unserem Volk gefordert um seiner Zukunft willen. Darum dürfen wir auch das, was in diesen Gerichtsverfahren zutage tritt und weiterhin sich enthüllen wird, nicht gleichgültig, angewidert oder verstockt von uns wegschieben, sondern müssen es aufnehmen und uns zur bitteren Lehre dienen lassen. Dazu gibt es vielerlei Wege. Der Unterricht in den Schulen und die kirchliche Unterweisung sollten davon handeln, die Eltern den Fragen ihrer Kinder nicht ausweichen. In der Arbeit der Männerkreise und der evangelischen Akademien muß das Thema seinen Platz bekommen. Nur wer sich um solche Erkenntnis bemüht, wird mit anderen aller Menschenverachtung und Vergewaltigung in West und Ost wehren und für echte Menschlichkeit sowie für ein geordnetes friedliches Zusammenleben der Menschen und Völker zu seinem Teil eintreten. Er wird in der Gemeinschaft mit der Gemeinde Jesu Christi in aller Welt über alle Grenzen und Mauern hinweg in erfinderischer Liebe immer neue Kontakte zu den Menschen und Völkern suchen, ganz besonders zu denen, mit denen wir Deutsche uns so schlimm verfeindet haben, und Unrecht wiedergutzumachen, soweit es noch möglich ist.

Sind wir dazu bereit und vertrauen wir uns in Gottes Gericht über unser Volk seiner Gnade an, dann wird sich der Fluch in Segen wandeln und uns frei machen für ein neues Leben und Wirken in unserem Volk in Gegenwart und Zukunft.
(epd)

Bemerkungen:

Dr. phil. Günther A n d e r s , Schriftsteller, geboren 1902 zu Breslau, lebt in Wien. Studium an den Universitäten Hamburg und Freiburg. — Buchveröffentlichungen u. a.: Pathologie de la Liberté, 1934/36; Der Hungermarsch, 1936; Kafka — pro und contra, 1950; The Acoustic Stereoscope, 1950; Die Antiquiertheit des Menschen, 1956. Besonders bekannt wurde Anders durch sein 1959 erschienenes Buch über den amerikanischen Hiroshima-Atombombenflieger Eatherly „Der Mann auf der Brücke", wofür er 1962 den „Literaturpreis des Widerstandes" der Stadt Omegna erhielt.

Prof. Dr. jur., Dr. phil. Ossip K. F l e c h t h e i m ist ordentlicher Professor für politische Wissenschaften an der Freien Universität Berlin. 1909 in Nikolajew geboren. Studium an den Universitäten Freiburg, Paris, Heidelberg, Berlin, Köln und Genf. 1931 bis 33 Referendar am Oberlandesgericht Düsseldorf, danach Emigration. 1939—40 wissenschaftlicher Hilfsarbeiter am Institut für Sozialforschung der Columbia-Universität New York, 1940—43 Dozent an der Universität Atlanta, 1943—46 Dozent und Professor am Bates College (USA), 1946—47 Sektions- und Bürochef beim Amt des US-Hauptanklägers für Kriegsverbrechen in Berlin, 1947—51 Professor am Colby College (USA), 1952—59 Professor an der Dt. Hochschule für Politik Berlin. — Buchveröffentlichungen: Hegels Strafrechtstheorie, Brünn 1936; Die KPD in der Weimarer Republik, 1948; Politik als Wissenschaft, 1953; Die deutschen Parteien seit 1945, 1957 — u. a.

Gerhard Z w e r e n z , Schriftsteller, lebt in Köln. 1925 in Gablenz in Schlesien geboren. Nach einer Kupferschmiedlehre von 1948 bis 50 Volkspolizist, von 1950—51 Lehrer, dann bis 1956 Studium der Philosophie (als Schüler Ernst Bloch's) und Literatur an der Universität Leipzig. — Buchveröffentlichungen: Aufs Rad geflochten, Roman, 1959; Die Liebe der toten Männer, Roman, 1959; Ärgernisse von der Maas bis an die Memel, Tagebuch, 1961; Wider die deutschen Tabus — Kritik der reinen Unvernunft, 1962.

Es schrieben bisher u. a.:

Prof. Dr. Wolfg. Abendroth
Heinz Abosch
Frank Allaun, M. P.
Dr. Walther Ammann
Dr. Günther Anders
Stefan Andres
Prof. Manfred v. Ardenne
Prof. Dr. Geoffrey Barraclough
Wolfgang Baranowsky
Vikar Albrecht Bausch
Prof. Dr. Dr. Hans Bayer
Prof. Dr. Karl Bechert, MdB, V/1*)
Arno Behrisch
Schalom Ben-Chorin
General a. D. Dr. Franz Beyer
Lucie Beyer, MdB, III/5*)
Lord Boyd Orr, D. S. O., M. C., F. R. S., LL. D.
Staatssekretär a. D. Prof. Dr. Eduard Brenner
Klemens Brockmöller S. J.
Fenner Brockway, M. P.
Dr. Hildegard Brücher, MdL
Kanonikus John Collins
Dr. Gustavo Davidson San Juan
Harold Davies, M. P.
Volkskammerpräsident Dr. Johannes Dieckmann
Dr. Wolf Donner
Dr. Ulrich W. Döring
Dr. Helmut Dörr
Staatssekretär a. D. Prof. Dr. Fritz Eberhard, V/1*)
Klaus Ehrler, M. A.
Prof. Dr. Fritz Eichholtz
Otto Eisenmann, MdB
Dr. Hans Magnus Enzensberger
Dr. Hermann Etzel
Staatssekretär a. D. Dr. Gustav Feick
Dr. Erwin Flaschberger
Prof. Friedrich Wilhelm Foerster, PH, D., D. D.
Dr. Hildegard Forres
Gertrud von le Fort
Prof. Dr. Ernst Fraenkel (Frankfurt)
Hans-Moritz v. Frankenberg und Proschlitz
Min.-Dir. i. R. Dr. Hugo Freund
Prof. Dr. Wolfgang Friedmann
Prof. Dr. Ragnar Frisch
Prof. Dr. Erich Fromm
Prof. D. Emil Fuchs
Christian Geißler
Dr. Werner Gerth
Albrecht Goes
Prof. Gerhard Gollwitzer
Prof. D. Helmut Gollwitzer
Dr. Dr. Georg Groeninger
Kurt R. Grossmann
Propst D. Dr. Heinrich Grüber
Prof. Dr. Walter Hagemann
Prof. Dr. Werner Hahlweg
Rechtsanwalt Heinrich Hannover
Prof. Joh. Harder
Prof. Dr. Wilhelm Hasenack
Dr. Friedrich Heer
Minister a. D. Dr. Arno Hennig, III/5*)
Dr. Elsa Hennings
Dr. Hans Henrich, III/12*)
Botschafter a. D. Dr. Werner Otto von Hentig
Prof. D. Dr. Johannes Hessen
Dr. Rudolf Hilf
Dr. Irene Hilgers-Hesse
Kurt Hirsch
Hans Heinz Holz
Prof. D. J. L. Hromádka
Regierungsrat Rudolf Ismayr
Prof. Rolf Italiaander
Prof. D. Hans Joach. Iwand †
Hans Henny Jahnn †
Mervyn Jones
Dr. Victor Kadalie
Prof. Dr. Erich Kahler
Alexander Karev
Hans Hellmut Kirst
Prof. Dr. Friedrich Klein
Dr. Arno Klönne
D. D. Heinz Kloppenburg
Lorenz Knorr
Dr. Eugen Koller
Prof. J. Korowin
Dr. Erich Küchenhoff
Prof. Dr. Karl Kupisch
Dr. Horst Lademacher
Prof. Dr. Bernard Lavergne
Dr. Jonas Lesser
Dr. Carlo Levi
Prof. Dr. Hanns Linhardt
Pfr. Dieter Linz
Hans Lipinsky-Gottersdorf
Peter J. Loewenberg
Peter Lust
Albert J. Luthuli
Prof. Dr. Walther Maas
Prof. Dr. Werner Maihofer
Dr. Bodo Manstein
Enrico Marussig, Rom
Dr. Lily E. Marx
Wladimir Massitsch
Dr. Basil Mathiopoulos
Prof. Dr. L. L. Matthias
Prof. Dr. Ing. e. h., Dr. phil. h. h. Ernst May
Mathias Joseph Mehs
Prof. Dr. med. Heinrich Meng
Dr. Wilhelm Ritter v. Meng
Prof. Dr. Eberhard Menzel
Prof. Dr. Ernst Wilhelm Meyer, MdB, III/2*)
Herbert Mochalski
Dr. Girya K. Mookerjee
Prof. Dr. Wilhelm Müller
Hans Nätscher, V/1*)
Peter Nellen, Mdb, III/1*)
Prof. Dr. Anton Neuhäusler
Anna Nieklewicz
Prof. Hermann Oberth
Prof. Dr. László Márton von Pákozdy
Prof. Dr. Linus Pauling
Unterrichtsminister Helveg Petersen, Kopenhagen
Bürgermeister Rudolf Pikola
Kurt Pritzkoleit
Außenminister Dr. Adam Rapacki
Prof. Dr. Harold Rasch
Prof. Dr. A. J. Rasker
Prof. Dr. Franz Rauhut
Dr. Hermann Rauschning
Prof. Dr. Hermann Reintanz
Prof. Dr. Hans Rheinfelder
Prof. Dr. Helmut Ridder
Prof. Dr. Renate Riemeck
Prof. Dr. Karl Rode
Rudolf Rolfs
Oreste Rosenfeld
Earl Bertrand Russell, O. M., F. R. S.
E. S. Sachs
Paul Schallück
Prof. Dr. Franz Paul Schneider
Rolf von Schoen
Oberbürgermeister i. R. Robert Scholl
Prof. Dr. Rud. Schottlaender
Prof. Dr. L. Schücking
Hermann Schwann
Dr. Ernst Schwarz
Prof. Dr. Dr. H. Schweigart
Prof. Dr. Michael Seidlmayer †
Dr. Seiei Shinohara
William L. Shirer
Julius Silverman, M. P.
Richard E. Sperber
Prof. Dr. Alexander Schenk Graf von Stauffenberg
Heinrich Steege
Prof. Dr. Karl Stoevesandt
Prof. D. Herm. Strathmann
Herbert Stubenrauch
Bertil Svahnström
Stephen Swingler, M. P.
Dr. Ruth Tangemann
Dr. Hans-Joachim Tepe
Reinhard Tietz
P. A. Timberlake
Dr.-Ing. Jan Friedrich Tönnies
Tomas Torsvik, Bergen (Norwegen)
Hellmut Traub
Prof. Dr. Gregori Tunkin
Prof. D. Heinrich Vogel
Pfr. Peter Walter
William Warbey, M. P.
James P. Warburg
Studentenpfarrer Rudolf Weckerling
Dr. med. Joseph Weill
Günther Weisenborn
Prof. Dr. Leo Weismantel
Prof. Dr. Aloys Wenzl
Max Winiger
Hans Wirtz
Botschafter Dr. Zairin Zain
Konni Zilliacus, M. P.
Prof. Dr. Ernst Zinner
Anton Zischka
Abdelkader Zouari

*) Die römischen Jahrgangsziffern und arabischen Monatsnummern bezeichnen das Heft, in dem der betreffende Autor zuletzt einen Beitrag veröffentlicht hat.

E Rechtsanwalt Dr. Heinrich Bock
Ehrenstr. 84/86
1000

Bemerkungen:

Dr. phil. Günther A n d e r s , Schriftsteller, geboren 1902 zu Breslau, lebt in Wien. Studium an den Universitäten Hamburg und Freiburg. — Buchveröffentlichungen u. a.: Pathologie de la Liberté, 1934/36; Der Hungermarsch, 1936; Kafka — pro und contra, 1950; The Acoustic Stereoscope, 1950; Die Antiquiertheit des Menschen, 1956. Besonders bekannt wurde Anders durch sein 1959 erschienenes Buch über den amerikanischen Hiroshima-Atombombenflieger Eatherly „Der Mann auf der Brücke", wofür er 1962 den „Literaturpreis des Widerstandes" der Stadt Omegna erhielt.

Prof. Dr. jur., Dr. phil. Ossip K. F l e c h t h e i m ist ordentlicher Professor für politische Wissenschaften an der Freien Universität Berlin. 1909 in Nikolajew geboren. Studium an den Universitäten Freiburg, Paris, Heidelberg, Berlin, Köln und Genf. 1931 bis 33 Referendar am Oberlandesgericht Düsseldorf, danach Emigration. 1939—40 wissenschaftlicher Hilfsarbeiter am Institut für Sozialforschung der Columbia-Universität New York, 1940—43 Dozent an der Universität Atlanta, 1943—46 Dozent und Professor am Bates College (USA), 1946—47 Sektions- und Bürochef beim Amt des US-Hauptanklägers für Kriegsverbrechen in Berlin, 1947—51 Professor am Colby College (USA), 1952—59 Professor an der Dt. Hochschule für Politik Berlin. — Buchveröffentlichungen: Hegels Strafrechtstheorie, Brünn 1936; Die KPD in der Weimarer Republik, 1948; Politik als Wissenschaft, 1953; Die deutschen Parteien seit 1945, 1957 — u. a.

Gerhard Z w e r e n z , Schriftsteller, lebt in Köln. 1925 in Gablenz in Schlesien geboren. Nach einer Kupferschmiedlehre von 1948 bis 50 Volkspolizist, von 1950—51 Lehrer, dann bis 1956 Studium der Philosophie (als Schüler Ernst Bloch's) und Literatur an der Universität Leipzig. — Buchveröffentlichungen: Aufs Rad geflochten, Roman, 1959; Die Liebe der toten Männer, Roman, 1959; Ärgernisse von der Maas bis an die Memel, Tagebuch, 1961; Wider die deutschen Tabus — Kritik der reinen Unvernunft, 1962.